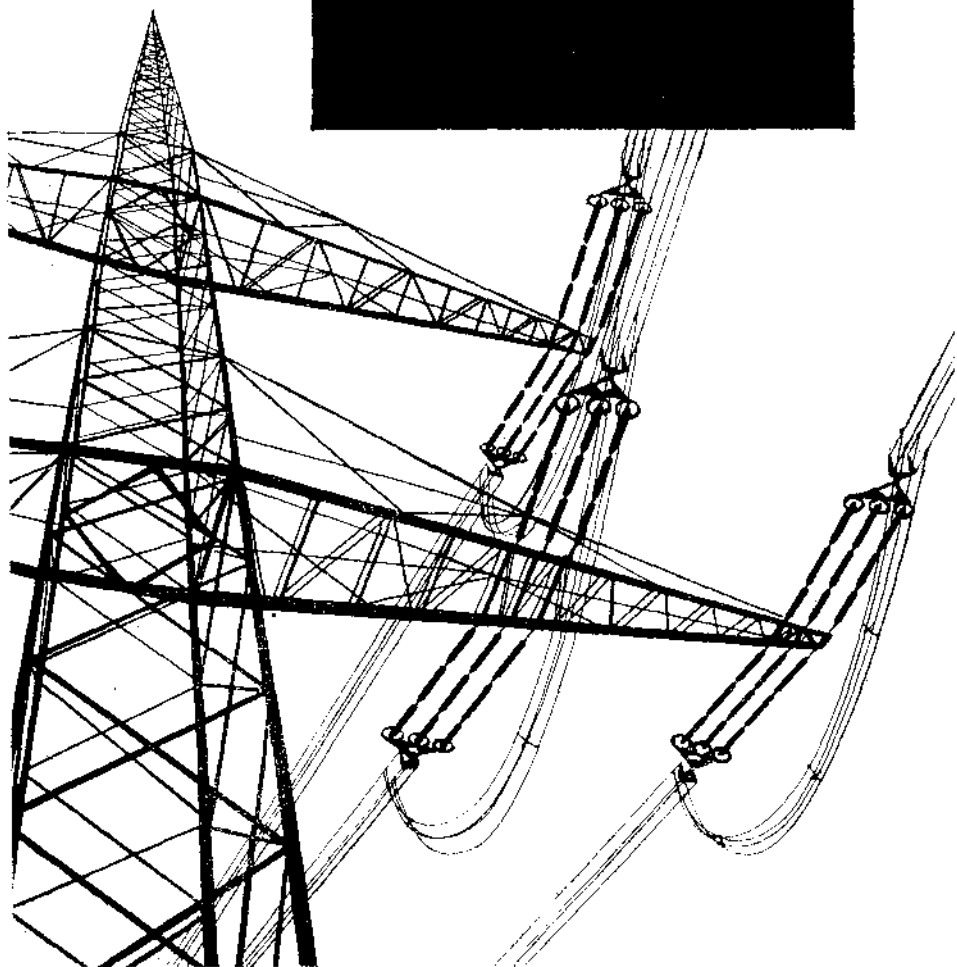


# **DIE ENERGIE UNSERER WELT**



# WISSEN UND TAT

*Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus*

23. Jahrgang / Heft 11/12 November-Dezember 1968

Einzelpreis 50 Pf

## INHALT

	Seite
Zum 50. Jahrestag der KPD . . . . .	2
Die Lehren der Novemberrevolution werden in der Politik der SED erfüllt . . . . .	9
Für die demokratische Erneuerung . . . . .	14
Die KPD im antifaschistischen Widerstandskampf . . . . .	19
Einheitsfrontpolitik statt Koalitions-politik . . . . .	23
Über die Vorbereitung zum 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins . . . . .	26
Die Arbeiterklasse in der Phase der ansteigenden Konjunktur . . . . .	35
Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet . . . . .	40
50 Jahre Novemberrevolution — 50 Jahre Kommunistische Partei Deutschlands — Kleine Chronik — . . . . .	45
Die imperialistische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR . . . . .	47
Tatsachen aus der DDR . . . . .	51
Das neue Buch . . . . .	54

## Zum 50. Jahrestag der KPD

VON ERICH GLÜCKAUF

**A**m 29. Dezember 1918 traten im Festsaal des Abgeordnetenhauses in Berlin 83 Delegierte aus 46 Orten, 3 Vertreter des Roten Soldatenbundes, 1 Vertreter der Jugend und 16 Gäste zur Reichskonferenz des Spartakusbundes zusammen. Diese konstituierten sich am 30. Dezember als Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, der bis zum 1. Januar 1919 in Berlin tagte. Nach einem Referat von Karl Liebknecht wurde der geschichtlich bedeutungsvolle Beschluß über die Gründung der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse gefaßt. Diese selbständige politische Partei erhielt den Namen „Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)“.

Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands war das gesetzmäßige Ergebnis der Entwicklung in der deutschen Arbeiterbewegung. Sie bestätigte die Lehre W. I. Lenins, daß in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus die Herausbildung marxistisch-leninistischer Parteien eine allgemein gültige objektive Gesetzmäßigkeit ist.

Die KPD entstand, nachdem durch die Vorherrschaft des Opportunismus in der Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg die Arbeiterklasse gespalten und damit der reaktionäre deutsche Imperialismus und Militarismus gestärkt wurde. **Der Sieg des Opportunismus in der Sozialdemokratie begünstigte die antinationale, aggressive Kriegspolitik des wilhelminischen Systems und führte schließlich zur verhängnisvollen Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie.**

In welch tiefen Sumpf der Opportunismus die deutsche Arbeiterbewegung führte, wird deutlich, wenn man daran erinnert, daß noch zwei Jahre vor der Bewilligung der Kriegskredite für den deutschen Imperialismus auf dem Sozialistenkongreß in Basel ein Manifest angenommen wurde, in dem es heißt: „Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen zum Vorteil des Profits der Kapitalisten ...“

Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie, allen voran Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg,

erkannten zeitig, welches Unheil der Opportunismus in der Sozialdemokratie anzurichten vermag. In einem Aufsatz „Was ist? Was wird sein?“ sagte Karl Liebknecht voraus, daß der Ka-

pitalismus in Deutschland zum Krieg treibt und warnte die Arbeiterklasse vor dem „Patriotismus“ der herrschenden Kreise, deren Leitmotiv lautet: „Je mehr Völkerhaß, umso mehr Profit!“

### „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner!“

Höhepunkt des Gründungsparteitages der KPD bildete der Beschluß über das Programm der Partei, das von Rosa Luxemburg begründet wurde. Unter der begeisterten Zustimmung der Delegierten erklärte sie: „Nun, Parteigenossen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner!“

Das Programm der KPD zog die Lehren aus der Geschichte, begründete die Notwendigkeit, den deutschen Militarismus und Imperialismus zu stürzen, den Sozialismus zu errichten. Darum war es die konsequente Fortsetzung des „Manifestes der Kommunistischen Partei“ von 1848 unter den neuen weltgeschichtlichen Bedingungen. Die grundlegenden Erkenntnisse im Programm der KPD bestanden darin, daß Deutschland als imperialistischer Staat keine Perspektive hat und daß es nur unter Führung der Arbeiterklasse einen wirklichen Ausweg für die Nation gibt. Nur das Pro-

letariat kann das Chaos des Imperialismus überwinden, der gegenseitigen Zerfleischung der Bevölkerung ein Ende machen und der geschundenen Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen. **Wie wahrhaftig diese Erkenntnisse aus dem Gründungsparteitag der KPD sind, das bestätigt der weitere geschichtliche Ablauf in Deutschland und in der deutschen Arbeiterbewegung.**

50 Jahre sind seit der Geburtsstunde der Kommunistischen Partei Deutschlands vergangen. In diesem Artikel kann es nicht darum gehen, eine chronologische Darstellung und Würdigung der Ereignisse im Zusammenhang mit dem Wirken der KPD zu geben. Das geschieht in hervorragender Weise in der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die im Jahre 1966 im Dietz Verlag erschienen ist und deren Studium für jeden Kommunisten und Demokraten zum geistigen Rüstzeug gehört.

### Die weltgeschichtlichen Veränderungen

In diesen fünf Jahrzehnten hat sich die Welt grundlegend verändert. Aus dem Rußland der Bastschuhe und des Analphabetentums wurde unter Führung der Partei Lenins das Land mit der höchstentwickelten Wissenschaft und Technik, das Land, das aus schwersten Prüfungen zu einer Weltmacht mit einer mächtigen sozialistischen Industrie, einer blühenden Landwirtschaft, einer lebendigen sozialistisch-humanistischen Kultur, zu einem Land der Himmelsstürmer geworden ist. Daß dieses Land dabei auch die größten militärischen Potenzen entwickelt, ist gleichfalls von erstrangiger Bedeutung bei der Einschätzung der gewaltigen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte. Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde die Weltenwende eingeleitet. Mit welchen Perspektiven, das zeigt die Entstehung vieler sozialistischer Staaten, die Veränderungen auf allen Kontinenten, wie auch in unserem

eigenen Land, dem Geburtsland von Marx und Engels, dem Land von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, der Gründer der KPD.

Die in den Januartagen 1919 ermordeten großen Führer der deutschen Arbeiterklasse, die von der Konterrevolution ermordeten und getöteten Arbeiter und Soldaten sind zum Sieger geworden. Da, wo die Gründung der KPD erfolgte, weht heute das siegreiche rote Banner der Arbeiterklasse. Die letzten Worte Karl Liebknechts haben sich erfüllt: „Auch wenn wir nicht mehr leben werden, leben wird unsere Sache, die Sache der befreiten Menschheit. Trotz alledem!“

Diese Sache hat inzwischen auf einem Drittel des Erdballs und in einem Drittel Deutschlands gesiegt. In unserem eigenen Vaterland entwickelte sich der Gang der Geschichte in einem harten, wechselvollen Klassenkampf, nicht zuletzt auch darum, weil auf

deutschem Boden mit und ohne Waffen das große Kräftemessen zwischen dem untergehenden Weltimperialismus und dem aufsteigenden Weltsozialismus sich in besonders zugespitzter Form vollzieht.

In einem Teil Deutschlands, in der DDR, herrscht die geeinte Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei. Damit sind die unzerstörbaren Fundamente für ein deutsches Vaterland gelegt, aus dem die sozialistische Menschengemeinschaft aller Deutschen entstehen wird. Im anderen Teil Deutschlands, in der deutschen Bundesrepublik, herrschen noch die imperialistischen Verderber, die in fünf Jahrzehnten zweimal aus Deutschland eine Leichenhalle machten, herrschen die gleichen Kräfte, die Karl und Rosa, die Gründer unserer Partei, die unseren unvergesslichen Ernst Thälmann ermordeten und die vor 12 Jahren erneut unsere Partei verboten haben.

Nehmen wir alles in allem: wir Kommunisten in der Bundesrepublik begehen den 50. Gründungstag der KPD voller Stolz und aufrecht. Hoffnungsvoll können wir sagen: **Auch in**

**der Bundesrepublik lebt und kämpft eine Partei des Marxismus-Leninismus, unsere Partei, die durch ihre Prinzipienfestigkeit, ihre tiefe Liebe zur Arbeiterklasse, zum Volk, ihren leidenschaftlichen Internationalismus, durch ihr Programm und die feste Einheit ihrer Reihen ihre historischen Aufgaben ehrenvoll erfüllen wird.**

Und auch da, wo der Weltimperialismus seine „Frontstadt“ gegen den Sozialismus ausgebaut hat, in Westberlin, wirkt gleichfalls eine deutsche Partei von Marxisten/Leninisten. So hat der Ablauf der Geschichte, die Widersprüchlichkeit des Klassenkampfes es mit sich gebracht, daß für einen längeren Zeitraum auf deutschem Boden drei marxistisch-leninistische Parteien bestehen, die trotz unterschiedlicher Kampfbedingungen und Aufgaben geeint sind durch gleiche Grundsätze und Ziele. Alle drei Parteien verallgemeinern die Lehren des Marxismus-Leninismus für ihren Kampf und ergänzen sich durch Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem deutschen Imperialismus und Militarismus, im Kampf für den Sieg der Demokratie und des Sozialismus in ganz Deutschland.

### **Der historische Bruch mit dem Opportunismus**

**V**or 50 Jahren erfolgte der tiefste Einschnitt in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Gründung der KPD war der endgültige Bruch mit dem Opportunismus, die organisatorische Trennung der deutschen Marxisten von der Sozialdemokratischen Partei, die in der Zeit größter Bewährung die Interessen des Proletariats, aller Werktätigen mißachtete und sich auf die Seite der macht- und kriegsbessenen deutschen Imperialisten stellte.

Mit der Gründung der KPD wurde die Selbständigkeit und Unabhängigkeit einer Arbeiterpartei wiederhergestellt, ausgehend von der großen Lehre von Marx und Engels, daß es in keiner Frage eine Gemeinsamkeit mit den kapitalistischen Ausbeutern geben kann, weder politisch, noch ökonomisch, noch ideologisch. Auf allen Gebieten sind die Interessen gegensätzlich, und Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie auch auf nur einem Gebiet, zieht gesetzmäßig die auf anderen

Gebieten nach sich, bis zur vollen Unterordnung der Sache der Arbeiter unter die Interessen der Monopolbourgeoisie. Diesen Weg des Opportunismus ist die rechte SPD-Führung bis zu Ende gegangen. Kiesinger und Brandt, Barzel und Schmidt hätten in der jüngsten außenpolitischen Debatte ihre Reden getrost austauschen können — ein Unterschied zwischen den antikommunistischen Hetztiraden, den Aggressionsforderungen, den Methoden der Verschleierung und dem Kurs auf verstärkte militärische Rüstung war nicht zu bemerken. Und was die Ergebnisse des Opportunismus in der Innenpolitik anbetrifft, so trifft das zu, was Karl Liebknecht bereits im August 1915 niederschrieb: „Das auswärtige Abenteuer steigert die innenpolitische Macht des Abenteurers.“ Verschärfter Rechtskurs, bedrohliches Anwachsen der NPD und des Neonazismus beweisen die Richtigkeit der Worte von Karl Liebknecht.

Der Kampf gegen Opportunismus ist die Lebensfrage der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. Die Alternative zum gefährlichen Opportunismus ist allein eine marxistisch-leninistische Partei, eine Partei, die konsequent gegen kapitalistische Ausbeutungs- und Revanchepolitik kämpft, sich der Ge-

fahren des Opportunismus bewußt ist und darum auch erfolgreich gegen Linksspektierertum und Abenteuerlichkeit auftritt.

Fragt man nach den Hauptmerkmalen in der Entwicklung der KPD während der vergangenen 50 Jahre, so schält sich folgendes heraus:

## ① Die richtige Beziehung zwischen nationaler Politik und proletarischem Internationalismus.

Mit dem Übergang der Führung der SPD auf die Seite der imperialistischen Kriegspolitik im Jahre 1914 wurde der Zusammenhang zwischen dem Emanzipationskampf der deutschen Arbeiterklasse und dem internationalen Zusammenhalt der Arbeiterbewegung grundlegend gestört. Das nationale Interesse der Arbeiterklasse wurde gleichgestellt mit dem nationalen Interesse der Bourgeoisie. So wurde der Internationalismus auf dem Altar der „Gemeinsamkeit“ mit der eigenen Ausbeuterklasse geopfert. Das nationale, auf Frieden und Demokratie gerichtete Interesse der Mehrheit des Volkes wurde preisgegeben zugunsten des „nationalen“ Interesses der Großbourgeoisie, des Kaisers und seiner Generale, das allein auf Profit, Krieg und Eroberung ausging. Es ist kennzeichnend für die Linie des Opportunismus, daß die rechte Führung der SPD bis heute niemals die Bewilligung der Kriegskredite im Jahre 1914 verurteilte oder einer kritischen Betrachtung unterwarf. Im Gegenteil. Heute wirkt die rechte SPD-Führung bereits

bei der Vorbereitung der neuen Expansionspolitik der deutschen Monopolbourgeoisie eifrig mit. Diese Haltung der SPD-Führungsspitze beruht also nicht auf einem „zufälligen“ Verrat, sondern ergibt sich aus ihrem Übergang auf die Seite der Imperialisten, zunächst im nationalen Rahmen und jetzt auch im internationalen Maßstab, wie dies ihre Rolle bei der Durchführung der USA-Globalstrategie gegen Sozialismus und Fortschritt in aller Welt bewcist.

Mit der Gründung der KPD vor 50 Jahren kam die dem Opportunismus entgegengesetzte Linie in der deutschen Arbeiterbewegung zum Durchbruch. Die Delegierten des Gründungsparteitages der KPD zogen aus dem Verrat der SPD-Führung im Jahre 1914 die Schlußfolgerung, daß der Kampf um Demokratie und Sozialismus im Rahmen einer Nation untrennbar verbunden ist mit dem Kampf der Arbeiter und Unterdrückten aller Länder gegen Ausbeutung, koloniale Unterwerfung, für Freiheit und gesellschaftlichen Fortschritt.

### Maßstab für jeden Kommunisten

Die Gründung der KPD wurde darum auch zur Geburtsstunde für die ewige Freundschaft unserer Partei zur Partei Lenins, der Partei der Bolschewiki, der Partei der siegreichen Oktoberrevolution, der Partei des Aufbaus des Sozialismus-Kommunismus.

In einer Zeit, als der Kampf zwischen Revolution und Konterrevolu-

tion in Rußland tobte, da alle imperialistischen Invasionsarmeen die junge Sowjetrepublik überfielen, als Wirtschaftschao und Hunger im Land herrschten und der „Prophet“ Kautsky<sup>1)</sup> der Sowjetmacht keine drei Monate Existenz zubilligte, schickten die Delegierten des Gründungsparteitages der KPD folgendes Begrüßungstelegramm an die Sozialistische Sowjetrepublik:

„Das Bewußtsein, daß bei euch alle Herzen für uns schlagen, gibt uns in unserem Kampf Kraft und Stärke.“

Die Worte Ernst Thälmanns, daß die Haltung zur Sowjetunion Maßstab für jeden Kommunisten ist, beseelt auch heute, wo die Wogen des Anti-

<sup>1)</sup> geb. 1864, gest. 1938, Opportunist, führender Vertreter der II. Internationale, Mitverfasser des Erfurter Programms, bezog im I. Weltkrieg eine pazifistische Position und trat für Burgfrieden ein. Als Mitglied der USPD bekämpfte Kautsky den revolutionären Flügel und schloß sich 1919 der SPD wieder an. — d. Red.

kommunismus besonders hoch schlagen, unsere gesamte Partei. Darum heißt es auch in unserem Programm-entwurf:

„Durch unsere Partei ist die Arbeiterklasse der Bundesrepublik mit der Arbeiterklasse der ganzen Welt verbunden. Unter den revolutionären Kräften der Welt bilden die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder des sozialistischen Weltsystems die Hauptkraft.“

Darum hüten wir unsere Freundschaft zur KPdSU als Ausdruck unserer nationalen und internationalen Verpflichtungen wie unseren Augapfel.

**Wir, die wir täglich erfahren, wie der räuberische deutsche Imperialismus gemeinsam mit dem USA-Imperialismus ihre Hauptkräfte gegen die Sowjetunion konzentrieren, beurteilen**

## **2 Der untrennbare Zusammenhang zwischen der sozialen und der nationalen Frage**

Die These der Opportunisten und Revisionisten in der Arbeiterbewegung, daß es möglich sei, auch unter den Bedingungen der kapitalistischen Staatsmacht kontinuierlich und gesichert soziale und demokratische Erfolge für die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Schichten erringen zu können, hat sich als grundlegend falsch erwiesen. Die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte hat den Beweis dafür erbracht, daß alle Erwerbungschaften der Arbeiter und der demokratischen Bewegung unter der Herrschaft des Imperialismus nicht von Dauer sind und im Zuge der Expansionspolitik der großen Monopole stets wieder eingeschränkt oder gänzlich verloren gingen.

Der Opportunismus, theoretisch und praktisch basierend auf dem Verzicht einer selbständigen Position der Arbeiterklasse in der nationalen Frage und deren Unterstellung unter das Interesse des Monopolkapitals, hatte die Großbourgeoisie zu zwei verheerenden Weltkriegen ermuntert, die stets ihren Ausgang nahmen mit der Einschränkung und Vernich-

den Internationalismus aller Kommunisten und Arbeiterparteien, aller Strömungen der Arbeiterbewegung in ihrem Verhalten zur Sowjetunion, zur KPdSU, der Partei, die alle Kompliziertheiten des Klassenkampfes im eigenen Land wie im internationalen Maßstab hervorragend und beispielgebend für die gesamte progressive Menschheit meisterte.

Da in der Bundesrepublik der Antikommunismus nicht schlechthin bürgerliche Ideologie ist, sondern die Hauptmethode der ideologischen Kriegsvorbereitung für die Durchsetzung der Revanchepolitik, für die Veränderung des Status quo, sagen wir auch den mit uns verbündeten Kräften, daß jede Art von Antisowjetismus, gleich wie er begründet wird, immer nur den reaktionärsten, aggressivsten Kräften in der Bundesrepublik zugute kommt.

tung der sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen im Innern. So war das früher, so ist das heute.

Mit der Gründung der KPD trat eine Partei ins Leben, die den Marxismus auch dadurch wiederherstellte, daß sie die soziale Frage als nationale Frage betrachtet und somit das Problem: wer soll herrschen?, wer soll die Staatsmacht ausüben? zur zentralen Frage des Klassenkampfes machte. Man kann die Frage des Kampfes um soziale und demokratische Rechte, um die Sicherung des Friedens nicht im Interesse des Volkes lösen, wenn die Macht im Staat in den Händen der Monopolbourgeoisie liegt. Die Opportunisten lehnen diese Fragestellung ab. Aber die Geschichte hat endgültig bewiesen, daß der Opportunismus, formuliert in den Worten von Bernstein: „Der Weg ist alles, das Ziel ist nichts“, sich für die deutsche Arbeiterklasse nicht als ein kleines, sondern als das größte Übel erwiesen hat.

Die rechten Führer der SPD stellten weder in der Weimarer Republik noch heute die Frage des Regierens oder Mitregierens als Klassenfrage, eine Frage, die lautet: Wer soll Herrschen? Wer soll die Macht ausüben? — die Arbeiterklasse und deren Verbündete in der Gesellschaft oder die Ausbeu-

<sup>2)</sup> Führer des opportunistischen Flügels der Sozialdemokratie und der II. Internationale, theoretischer Begründer des Revisionismus — d. Red.

terklasse mit der Monopolbourgeoisie an der Spitze. Darum mußten auch alle Versuche scheitern, eine erfolgreiche Arbeiterpolitik auf einem dritten Weg, einem Weg zwischen den Klassen zu betreiben.

Noch auf dem Hamburger Parteitag der SPD am 23. Mai 1950 wurde eine politische Resolution angenommen, in der es heißt: „Der Parteitag stimmt der Politik der entschlossenen Inangriffnahme der Sozialisierung, des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts der Arbeitenden unter Beteiligung der Gewerkschaften zu. Die soziale Frage ist die nationale Frage ...“

Es stellt sich aber heute die Frage: Warum ist aus der „Politik der entschlossenen Inangriffnahme der Sozialisierung“ nichts geworden, obgleich zur damaligen Zeit die SPD über einen mächtigen Einfluß, über mehr als 700 000 zahlende Mitglieder verfügte. Sie war die stärkste Partei Westdeutschlands und konnte sich auf den großen Einfluß der Gewerkschaften stützen. Sie regierte in acht von den damals bestehenden elf Ländern und stellte in den meisten größeren Städten die Oberbürgermeister. Trotzdem wurde aus der Bundesrepublik, wie viele Sozialdemokraten heuteselbst erbittert sagen, ein „reaktionärer Obrigkeitstaat“. Es gibt also keinen Weg und auch keinen „Umweg“ zu Fortschritt und Sozialismus, wenn man gemeinsame Sache mit der Bourgeoisie macht und dabei das Hauptfeuer auf die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse richtet.

Auf der 13. ZK-Tagung lieferte Genosse Max Reimann den Beweis dafür, daß in der Vergangenheit wie auch gegenwärtig eine sozialdemokratische Regierungsmehrheit oder ein „Dabeisein“ nichts an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft geändert hat. Im Gegenteil, Mit den

Panzerkreuzern, die während der Weimarer Zeit unter der Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller gebaut wurden, eröffnete Hitler den zweiten Weltkrieg durch die Bombardierung der spanischen Städte. Die Gelder für diesen Panzerkreuzerbau kamen aus der Streichung der Summen für die Kinderspessung. Ähnliches erleben wir heute durch die Regierung der Großen Koalition.

Die Geschichte hat den Beweis dafür geliefert, daß auch der Kampf um soziale und demokratische Reformen nur auf die Dauer erfolgreich sein kann, wenn er mit dem Blick auf die Veränderung der Machtverhältnisse im Staat, auf die Zurückdrängung der Macht der Monopole geführt wird, durch entschiedenen Kampf gegen jede Revanche- und Expansionspolitik und durch die Zurückdrängung der Macht der Monopole.

**Nur im Kampf um die ständige Erweiterung der demokratischen Rechte der Werktätigen und deren Organisationen auf allen Ebenen der Gesellschaft mit dem Ziel, die Macht der kapitalistischen Ausbeuter zu brechen und die Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu errichten, kann die soziale und nationale Frage im Interesse des ganzen Volkes gelöst werden.**

Diese deutschen wie auch internationalen Erfahrungen fanden ihre Begründung und ihre Schlußfolgerung im sozialen und nationalen Befreiungsprogramm des Thälmann'schen Zentralkomitees. Ihre Nutzenanwendung unter den Bedingungen der Bundesrepublik haben ihren Niederschlag im Programmentwurf unserer Partei gefunden, das weiter diskutiert und mit vielen neuen Gedanken untermauert und bereichert wird. So wird nach 50 Jahren bewiesen, wie schöpferisch unsere Partei die Lehren von Marx, Engels und Lenin anwendet.

### **③ Der Kampf um die Massen, um die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten**

Die Gründung der KPD vor 50 Jahren vollzog sich nicht als ein spontaner Akt, sondern in einem jahrelangen Ringen gegen den Opportunismus, ein Ringen, das jedoch zugleich verbunden war mit Auseinandersetzungen in der Frage der Beziehungen zwischen Partei und Massen, der Rolle der Par-

tei als Vorhut bei gleichzeitigem Kampf gegen Sektierertum gegenüber den Massen, vor allem den Sozialdemokraten. Sicherlich war das Wichtigste dabei das Ringen um prinzipielle marxistisch-leninistische Klarheit über die Schaffung einer Partei neuen Typus. Erst die prinzipielle

Klarheit macht es möglich, auch mit Erfolg die Auseinandersetzung mit linken sektiererischen, antiparlamentarischen, trotzkistischen und abenteuereichen Auffassungen zu führen.

Dieser Klärungsprozeß in Grundfragen der Strategie und Taktik war kompliziert, widerspruchsvoll und auch nicht frei von Fehlern. Auf der Brüsseler Parteikonferenz wurden aus bestimmten Fehlern Lehren gezogen. Zu spät waren die Gefahren des aufziehenden faschistischen Unwetters erkannt worden und darum wurden auch zu spät die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen.

Aber gerade jetzt ist es erforderlich, sich gegen jede Geschichtsklitterung zu wenden, die darauf hinausläuft, die grundlegenden unterschiedlichen Positionen zwischen der KPD und der SPD im Zeitabschnitt vor der Machtergreifung des Faschismus zu verwischen.

Nehmen wir einen Schnittpunkt in der Entwicklung der Weimarer Republik. In den Julitagen 1932 bereite die deutsche Hochfinanz alles vor, um Hitler so schnell wie möglich an die Macht zu schieben. Nachdem Hitler Ende Januar 1932 im Düsseldorfer Industrieklub den Vertretern des Monopolkapitals zugesichert hatte, daß sie nicht nur das Recht auf die Führung

der Wirtschaft hätten, sondern, wörtlich, „auch auf dem Gebiet der Führung des Gesamtkampfes um das Leben, nämlich auf dem Gebiet der Politik“, war es im Juli soweit, die sozialdemokratisch geführte Preußen-Regierung davonzujagen, um die Straßen frei zu machen für die braunen Bataillone. Damals antwortete Ernst Thälmann auf Fragen von Funktionären der SPD und des Reichsbanners:

„Es ist für uns Kommunisten selbstverständlich, daß sozialdemokratische und Reichsbanner-Arbeiter an der antifaschistischen Aktion teilnehmen können, ohne daß sie aus ihrer Partei auszubrechen brauchen. Wir würden es mit Freuden begrüßen, selbst wenn über gewisse Fragen der Einschätzung der SPD nach unserer Meinung in euren Köpfen noch Unklarheit besteht. Das brennende Problem, das allen Arbeitern heute gemeinsam auf den Nägeln brennt, ist: Wie kann die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland verhindert werden? Wie kann verhindert werden, daß weiterer Lohn- und Unterstützungsabbau, weitere Notverordnungen, gesteigerte Unterdrückung, Knechtung, Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Arbeiterorganisationen durchgeführt werden?“

### Die Lehren der Geschichte beachten!

Das war eine richtige, verantwortungsbewußte Orientierung, auf die leider die rechte SPD-Führung nicht einging. Damals war es noch möglich, durch die geschlossene Aktion der Arbeiterklasse, ihrer Parteien und Organisationen, das gemeinsame Handeln aller Demokraten dem Faschismus den Weg zur Macht zu versperren. Aber der Parteivorstand der SPD nahm den Staatsstreik gegen die Severing-Regierung in Preußen ohne Gegenwehr hin, lehnte den von der KPD vorgeschlagenen Generalstreik ab und erließ am Tage des Staatsstreiks einen Aufruf, in dem es hieß:

„Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen.“

Und im Aufruf der gewerkschaftlichen Spitzenkörperschaften vom gleichen Tage hieß es:

„Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden, der Staatsgerichtshof ist angerufen.“

So wurde die notwendige Aktions-einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen Faschismus und Krieg verhindert. Der angerufene Staatsgerichtshof wurde alsbald zu einem fürchterlichen Exekutivorgan der Nazidiktatur gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten.

Diese Erinnerung ist darum so wichtig, weil die KPD in ihrer ganzen Politik davon ausgeht, die Aktions-einheit der Arbeiterklasse zu schmieden, das Bündnis aller Demokraten und Sozialisten herzustellen und zwar zeitig genug, damit es nie wieder heißt: zu spät.



Im Programmentwurf unserer Partei heißt es darum auch:

„Aus dem gemeinsamen Handeln der Arbeiterklasse, aus dem Bündnis der Linken und aller Demokraten

☆

☆

In seiner Rede auf der 13. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei sagte Genosse Max Reimann in Würdigung des 50. Jahrestages der KPD:

„Dank der marxistisch-leninistischen Prinzipienfestigkeit konnte auf deutschem Boden, in der DDR, unter Führung der geeinten marxistisch-leninistischen Partei, der SED, der erste deutsche Staat entstehen. Damit hat der Sozialismus, die größte

ten wird die Kraft hervorgehen, die die reaktionäre und neonazistische Entwicklung aufhält, die auch in der Bundesrepublik dem Frieden, der Demokratie und dem gesellschaftlichen Fortschritt Bahn bricht.“

☆

Sache der Menschheit, im Heimatland von Karl Marx und Friedrich Engels, Fuß gefaßt. Das ist ein historisches Ereignis auf dem Wege zum Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland. Der Weg dahin wird schwer sein. Eine entscheidende Voraussetzung, ihn erfolgreich zu gehen, ist die marxistisch-leninistische Partei, ihre Prinzipienfestigkeit, ihr Vermögen, sich mit den Volksmassen zu verbinden.“

## Die Lehren der Novemberrevolution werden in der Politik der SED erfüllt

VON HERMANN MATERN, MITGLIED DES POLITBÜROS DES ZK DER SED

### I

Fünzig Jahre sind vergangen, da sich im November 1918 der deutschen Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Kräften die objektive Möglichkeit bot, Imperialismus und Militarismus zu stürzen, die Macht zu übernehmen und in ganz Deutschland eine wahrhaft demokratische und sozialistische Ordnung zu errichten.

Nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die die neue weltgeschichtliche Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einleitete, war die deutsche Novemberrevolution die größte antiimperialistische revolutionäre Massenaktion in Europa.

Wie in einem Brennspiegel zeigte die Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, daß die Monopolisten von Kohle und Stahl, die preußischen Krautjunker in Ostelbien und die Bankiers von Berlin und Köln jedes Recht auf die Führung der Na-

tion verspielt hatten. Nur die Arbeiterklasse konnte jene gesellschaftliche Kraft sein, die unsere Nation aus dem Chaos imperialistischer Verbrechen wieder zu Ehre und internationalem Ansehen führt.

Obwohl unzählige revolutionäre Kämpfer und große Teile des deutschen Proletariats von dem Willen durchdrungen waren, mit den Mächten der alten Ordnung radikal Schluß zu machen, konnte im Unterschied zu den russischen Werktätigen die deutsche Arbeiterklasse ihre historische Führungsrolle noch nicht durchsetzen. Mit Hilfe des sozialdemokratischen Opportunismus gespalten und gelähmt, noch nicht im Besitz einer erfahrenen marxistisch-leninistischen Partei, erlitt die Novemberrevolution 1918 eine Niederlage. Mit entscheidender Hilfe rechter sozialdemokratischer Führer entschied die Monopolbourgeoisie die Grundfrage der Revolution, die Frage der Macht, zu ihren Gunsten.

### II

Es ist das historische Verdienst der SED, auf deutschem Boden, auf dem Territorium der DDR, ausgehend

von den Lehren der Novemberrevolution, die Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse gelöst zu haben. Wie

vielfältig die Formen und konkreten Bedingungen des sozialistischen Weges auch sein mögen, der Ausgangspunkt wird stets die Frage sein: Wer hat die Staatsmacht? Die Arbeiterklasse oder die Großbourgeoisie? Um diese Frage kann sich niemand vorbeirücken. Die Arbeiterklasse in der DDR hat, um die Macht zu erringen und zu behaupten, den alten Staatsapparat der Monopole zerschlagen und einen neuen, einen sozialistischen Staat aufgebaut. **Seitdem die Arbeiterklasse in der DDR die Macht errungen hat, und diese im Bündnis mit allen Werktätigen ausübt, ist unsere Partei stets wachsam allen Versuchen entgegengetreten, diese Macht anzutasten oder auszuhöhlen.** All jenen, die heute einen „neuen Sozialismus“ anpreisen, der angeblich ohne die Macht der Arbeiterklasse funktionieren könne, sei ins Stammbuch geschrieben:

**Die wichtigste Lehre des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung aus der Novemberrevolution ist die Sicherung und Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Das haben in der ganzen Entwicklung nach dem November 1918 bis heute auch die Führer der Sozialdemokratie bewiesen, die immer und überall gegen die Arbeitermacht und für einen dritten Weg zum Sozialismus eingetreten sind.** Was ist aus ihrer Politik geworden? Nirgendwo auf der Welt gibt es ein sozialdemokratisches Gesellschaftssystem. Überall, wo sozialdemokratische Parteien in den kapitalistischen Ländern in die Regierungen eintraten oder diese sogar selbst bildeten, blieb die Macht des Monopolkapitals unangestastet. Die vielgerühmte „Machtausübung“ sozialdemokratischer Minister hat bis heute zu nichts anderem geführt, als das imperialistische System ihrer Länder jeweils aus Krisensitua-

tionen zu retten und seinen Verfall zu verlangsamen. Genau das tun gegenwärtig auch die sozialdemokratischen Minister in der Kiesinger/Strauß-Regierung. Die Novemberrevolution hat uns in der Praxis die Lenin'schen Erkenntnisse vor Augen geführt, daß der Opportunismus, der schon vor dem ersten Weltkrieg die Sozialdemokratie zersetzt hatte, im System des Imperialismus wurzelt und mit diesem organisch verbunden ist. Rein äußerlich wird das daran sichtbar, daß Parteien der 1951 gegründeten sozialdemokratischen „Internationale“ nur in imperialistischen Ländern existieren. Im Sozialismus ist die soziale und ökonomische Basis für die Existenz des Opportunismus beseitigt.

Zugleich aber können wir beobachten, daß auch in den jungen Nationalstaaten der Sozialdemokratismus nicht Fuß fassen konnte. Selbst in Staaten, die den kapitalistischen Entwicklungsweg beschreiten, ist das der Fall. Dort gibt es eben noch keinen Imperialismus. Es ist auch kein Zufall, daß mit dem Versuch, in der CSSR den Sozialismus zu liquidieren, die Wiederherstellung der sozialdemokratischen Partei verbunden war. Die unter dem Mantel des Sozialdemokratismus verdeckten imperialistischen Theorien und Praktiken sollten helfen, die sozialistische Ordnung zurückzurufen. Das wäre ein Weg des gesellschaftlichen Rückschritts, der in unserer Zeit stets zum Scheitern verurteilt ist.

**Es gehört zu den geschichtlichen Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, daß jeder Fortschritt auf dem Wege zum Sozialismus davon abhängt, wie schnell sich die Arbeiterklasse des jeweiligen Landes vom Gift des Opportunismus befreit.**

### III

Unsere Partei hat aus der Novemberrevolution die entscheidende Schlußfolgerung gezogen, daß die Arbeiterklasse ihre Macht nur erringen und behaupten kann, wenn sie einheitlich und geschlossen ihre führende Rolle in der Gesellschaft verwirklicht, wenn sie von der marxistisch-leninistischen Kampfpartei geleitet wird und wenn sie das enge Bündnis mit der Hauptmasse der Bauernschaft und

mit breitesten Schichten der Werktätigen herstellt.

Es handelt sich also um die richtige Beantwortung der bedeutsamen Frage, mit welchen Kräften und in welcher Kampfordnung die Arbeiterklasse ihren Sieg erringen und festigen kann?

Diese Frage wurde von uns nach der Zerschlagung des Faschismus dadurch beantwortet, daß wir die unselige Spaltung der Arbeiterklasse — die den

Feinden des Volkes soviel Nutzen und uns allen soviel Schaden gebracht hatte — ein für allemal überwunden haben. **Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse durch die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten zur SED war die bis dahin größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes und war das Unterpfand all der großen Fortschritte und Errungenschaften, die das Gesicht des sozialistischen Staates deutscher Nation bis heute geprägt haben.**

So wie im November 1918 die Spaltung der Arbeiterklasse und das Fehlen der marxistisch-leninistischen Partei mit dazu führte, daß die Konterrevolution die revolutionären Kräfte schlagen konnte, so war andererseits in den Jahren nach 1946 die Einheit der Arbeiterklasse und ihre Führung durch die marxistisch-leninistische Partei die Grundbedingung für den Sieg in der antifaschistischen und der sozialistischen Revolution in der DDR. Gerade deshalb richteten auch die modernen Konterrevolutionäre ebenso wie ihre Vorgänger den Hauptschlag — mit dem sie den Sozialismus niederwerfen wollten — gegen die marxistisch-leninistische Partei und ihre bewährte Führung.

Unsere Partei verwirklicht ihre führende Rolle nicht aus Selbstanmaßung, sondern weil es ihre historische Verpflichtung ist, weil es sich dabei um eine objektive Gesetzmäßigkeit handelt, ohne deren Berücksichtigung der Sozialismus nicht aufgebaut werden kann.

**Der Sozialismus ist das bewußte Werk von Millionen Menschen. Daraus folgt, daß es eine Kraft geben muß, die sich auf die wissenschaftliche Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der gesellschaftlichen Entwicklung stützt und daher in der Lage ist, die Millionen Menschen entsprechend ihren objektiven Interessen auf die unbedingt notwendigen Erfordernisse und Aufgaben zu orientieren. Diese lebens-**

**notwendige Funktion der sozialistischen Ordnung erfüllt unsere Partei.**

Indem die Arbeiterklasse der DDR ihre Einheit realisiert und sich in der SED ihren bewußten und organisierten Vortrupp geschaffen hat, wurde zugleich der Grundstein für ein breites und festes Bündnis mit den werktätigen Bauern und mit anderen werktätigen Schichten des Volkes geschaffen. Damit erfüllte unsere Partei konsequent die Lenin'sche Lehre von der **Bündnispolitik der Arbeiterklasse**, die in der Novemberrevolution und in der ihr folgenden Entwicklung bestätigt worden war. Zugleich hat die SED diese grundsätzlichen Erkenntnisse schöpferisch auf unsere konkreten Bedingungen angewandt und weiterentwickelt. Im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Umwälzung entwickelte sie das Bündnis mit allen demokratischen Kräften in Form des **Mehrparteiensystems**. In kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit den progressiven Vertretern aller sozialen und politischen Gruppierungen unseres Volkes ist auf dem Boden der DDR der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und die Nationale Front des demokratischen Deutschland entstanden. Das von der SED geführte Bündnis beruht auf einer stabilen politisch-moralischen Einheit des ganzen werktätigen Volkes in der DDR. In dieser hier entstandenen sozialistischen Menschengemeinschaft ist viel Platz für die verschiedenen individuellen Interessen und Ideen, aber es gibt keine gegeneinander kämpfenden Klassen, da die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gebrochen ist.

Es ist eine große geschichtliche Leistung der SED und der geeinten Arbeiterklasse, daß sie fähig war, alle demokratischen Kräfte zu einigen und auch die Angehörigen früherer Ausbeutergruppen und frühere politische Gegner der Arbeiterklasse auf den demokratischen und humanistischen Weg zu führen sowie in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen.

#### IV

**D**ie Novemberrevolution in Deutschland hat mit Nachdruck bestätigt, was durch die Klassiker des wissen-

schaftlichen Sozialismus schon vorher theoretisch ausgearbeitet und durch die Große Sozialistische Oktoberrevolu-

lution in Rußland praktisch bewiesen worden war, daß nämlich der gesellschaftliche Fortschritt in unserem Jahrhundert nur möglich ist, wenn die Produktionsmittel dem Eigentum der Monopolherren entrissen und in gesellschaftliches Eigentum verwandelt werden. Dementsprechend gilt in der DDR der verfassungsmäßig festgelegte Grundsatz: Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes eigen!

Nachdem die Arbeiterklasse der DDR die politische Macht erobert, die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege geführt und einen modernen Industriestaat aufgebaut hat, muß sie beweisen, daß unter den von ihr geschaffenen fortschrittlichen Produktionsverhältnissen die wissenschaftlich-technische Revolution besser und erfolgreicher gemeistert wird als im Kapitalismus. Jeder versteht, daß eine so gewaltige Aufgabe nicht Sache einiger Monate oder weniger Jahre sein kann, sondern daß ihre erfolgreiche Durchführung nach Jahrzehnten gemessen wird. Es ist sicher, daß in der Klassenauseinandersetzung der beiden sozialen Systeme der Sozialismus den Sieg erringen wird, weil nur das sozialistische System in der Lage ist, dem werktätigen Menschen jene gesellschaftliche Stellung zu verschaffen, die ihm als Träger und Schöpfer des technischen Fortschritts zukommt. **Der Sozialismus wird siegen, weil er allein in der heutigen Zeit den technisch-wissenschaftlichen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu einer Einheit verknüpfen kann. Der Kapitalismus wird verlieren und untergehen, weil er die technische Revolution und die in ihr geschaffenen Produktivkräfte dem Profit und dem Machtstreben einer kleinen reaktionären Schicht von Parasiten unterordnet und den Menschen in ein Anhängsel dieses ihm feindlich gegenüberstehenden Systems verwandelt.**

Die SED hat es trotz riesiger Schwierigkeiten, von denen die jahrelange offene Grenze zum Imperialismus nur eine war, verstanden, eine gesellschaftliche Organisation der Wirtschaft zu entwickeln, die dem Niveau der Pro-

duktivkräfte in den verschiedenen Entwicklungsetappen der DDR entspricht hat. Dabei war und ist die enge Verbindung von gesellschaftlicher Planung und Initiative der Werktätigen und ihrer Betriebe, die Verbindung von Produktion und Wissenschaft von zentraler Bedeutung.

**Besonders in der Gegenwart ist es erforderlich, die Wahrheit zu begreifen, daß es einen Sozialismus ohne zentrale Planung und Leitung nicht gibt und niemals geben kann.** Die Hauptfrage dabei ist, wie weit es der Partei der Arbeiterklasse und dem sozialistischen Staat gelingt, die zentrale Planung und Leitung der wirtschaftlichen sowie anderer gesellschaftlicher Grundprozesse mit der Wahrnehmung der Eigenverantwortung der sozialistischen Betriebe und der schöpferischen Initiative der Werktätigen zu vereinigen, zu verbinden. Das ist die Grundlage der sozialistischen Demokratie und zugleich die Haupttriebkraft für den Fortschritt der sozialistischen Gesellschaft. Wer diese zusammengehörenden Elemente auseinanderreißt, sie gegenüberstellt oder gar den Vorrang der gesellschaftlichen Interessen gegenüber den Gruppen- und Einzelinteressen bestreitet, der vergreift sich am Sozialismus.

Es ist geradezu ein trauriger Witz der Geschichte, daß ausgerechnet jetzt, da der Imperialismus den aussichtslosen Versuch unternimmt, in sein anarchisches System einige Elemente der Planwirtschaft einzuführen, sogenannte sozialistische Theoretiker von „sozialistischer Marktwirtschaft“ schwätzen. Nachdem die Marktwirtschaft im Kapitalismus bereits seit Jahrzehnten nicht mehr funktioniert und nunmehr endgültig ihre absolute Unzulänglichkeit als Organisationsmechanismus der modernen Produktivkräfte erwiesen hat, werden einige Leute nicht müde, diesen verstaubten Ladenhüter als neuestes sozialistisches Ordnungsprinzip, als den letzten Schrei „sozialistischer Theorie“ anzupreisen. Diese Leute sind entweder unfähig oder gefährlich, nur Marxisten — das sind sie nicht.

V

Eine der wichtigsten Vorbedingungen für den erfolgreichen Weg der SED beim Aufbau des Sozialismus war und

ist die **Durchsetzung des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse und in den Reihen ihrer Verbündeten.**

Wir berücksichtigen immer die Erkenntnis der marxistischen Philosophie, daß alles Handeln und Tun der Menschen zuerst durch ihre Köpfe geht. Der politische und ökonomische Kampf ist immer zugleich ideologischer Klassenkampf. Die SED hat stets jede neue Etappe in der Entwicklung der DDR, jeden Schritt und jede Maßnahme zuerst durch die ideologische Arbeit mit den Menschen vorbereitet. Das ist heute um so notwendiger, da der Gegner mit den Methoden der psychologischen Kriegsführung, mit „neuer Ostpolitik“ u. a. seine Angriffe gegen den Sozialismus raffinierter und verfeinert vorträgt.

Der ideologische Kampf in den Klassenauseinandersetzungen zwischen Imperialismus und Sozialismus hat sich verschärft. Er erfordert von der Partei und jedem Mitglied ein hohes politisches Klassenbewußtsein und die wissenschaftliche Erkenntnis, daß nur der Marxismus-Leninismus auf alle Fragen des Klassenkampfes die richtige Antwort geben kann.

Die Bewußtseinsentwicklung unserer Mitglieder erfolgt in einem ständigen Kampf gegen alle Schattierungen der bürgerlichen Ideologie, besonders gegen den Revisionismus und Nationalismus. Der immer offensichtlichere Bankrott der offenen imperialistischen Ideologie und ihre zunehmende Wirkungslosigkeit in den sozialistischen Ländern führten dazu, daß die Meinungsmacher der Monopole ihr Herz für den „neuen demokratischen Sozialismus“, für den „nationalen Kommunismus“ und andere Theorien des Revisionismus entdeckt haben. Die entschlossene Zurückweisung dieser

☆

Theorien erfordert für eine marxistisch-leninistische Partei einen festen revolutionären Klassenstandpunkt und hohes wissenschaftliches Bewußtsein.

Der VII. Parteitag der SED stellte die große Aufgabe, allen Bürgern der DDR eine **hohe wissenschaftliche und humanistische Bildung** zu vermitteln sowie alle Bereiche des Lebens mit sozialistischer Ideologie und Kultur zu durchdringen. Die SED geht dabei von der wesentlichen Erkenntnis des Marxismus-Leninismus aus, daß die revolutionäre Umwälzung auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur und die Herausbildung einer der Arbeiterklasse und dem Sozialismus treu ergebenen Intelligenz eine allgemeine Gesetzmäßigkeit des sozialistischen Aufbaus ist. Es ist kein Zufall, daß die ideologische und theoretische Vorbereitung der Konterrevolution in der CSSR mit der Leugnung und direkten Negation der sozialistischen Kulturrevolution begonnen hatte.

Die revolutionäre Umwälzung auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur entwickelt das Bewußtsein unserer Menschen und bereichert ihr geistiges Leben. Das wiederum ist eine entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung der größer gewordenen Aufgaben in der beruflichen Tätigkeit jedes einzelnen, für die weitere Gestaltung unserer sozialistischen Gesellschaft und für den Kampf gegen den Klassenfeind. Unsere sozialistische DDR ist stark durch das Bewußtsein des Volkes, das die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse versteht und freudig gesellschaftliche Verantwortung ausübt.

☆

☆

Diese knappe Darstellung der wichtigsten Lehren der Novemberrevolution und ihre Berücksichtigung in der Politik der SED macht deutlich: **Die historische Leistung der erfolgreichen sozialistischen Entwicklung in der DDR war nur möglich, weil wir uns strikt und konsequent von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft leiten ließen.** Aus dem Wirken der objektiven allgemeinen Gesetzmäßigkeiten ergeben sich die gemeinsamen Pflichten und Aufgaben aller kommunistischen

und Arbeiterparteien. Die verschiedenen nationalen Besonderheiten und Bedingungen sind nichts weiter als Erscheinungsformen der allgemeinen Bedingungen. Die Selbständigkeit der einzelnen kommunistischen Parteien kann nur darin bestehen, diese allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, entsprechend den nationalen Besonderheiten schöpferisch durchzusetzen, Forderungen nach „freier Selbstbestimmung“ der kommunistischen Parteien bei gleichzeitiger Überbetonung der nationalen Besonderheiten können nur, wie

die Geschichte beweist, dem Kampf der Arbeiterklasse schaden und dem gemeinsamen Feind nützen. Wir handeln entsprechend den Hinweisen Lenins, daß für die Arbeiterklasse die nationalen Forderungen „stets den Interessen des Klassenkampfes untergeordnet“<sup>1)</sup> sind.

**Aus dem objektiven Wirken der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten ergibt sich für jeden Kommunisten die Pflicht und Notwendigkeit, in erster Linie als Internationalist zu arbeiten und zu kämpfen. Die SED hat das immer als grundsätzliche Pflicht betrachtet und ihren Kampf als einen Teil des internationalen Kampfes der Arbeiterklasse um Frieden und Sozialismus gesehen. Daher können wir heute mit Berechtigung sagen, daß die SED an den gewaltigen Veränderungen, die sich nach dem zweiten Weltkrieg in Europa vollzogen haben, ihren Teil beigetragen**

hat. Wir gehören zu den Siegern, weil wir fest an der Seite der Sowjetunion kämpfen und für uns die Haltung zur KPdSU und zum sozialistischen Internationalismus der Prüfstein für eine marxistisch-leninistische Partei ist. Für uns war, ist und bleibt die Freundschaft zur Sowjetunion, die Übereinstimmung mit der Politik der KPdSU, ein Grundpfeiler unserer Arbeit.

Heute, da sich ein gewaltiger Kampf zwischen Imperialismus und Sozialismus vollzieht, hat der proletarische Internationalismus mehr denn je an Bedeutung gewonnen, ja er ist zum lebenswichtigen Element der marxistisch-leninistischen Parteien und der sozialistischen Staaten geworden. Wie nie zuvor gilt die alte Losung der internationalen Arbeiterbewegung: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

## Für die demokratische Erneuerung

### Zur Politik der KPD nach dem zweiten Weltkrieg

VON ERNST FRIEDRICH

Mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus im Mai 1945 beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte unseres Volkes. Die Lehren aus der Entwicklung nach 1945 und der Politik der damals wirksamen Kräfte zu ziehen, ist nicht nur von historischem Interesse, es hat unmittelbare politische Bedeutung für die Strategie und

Taktik der fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik. Das gilt umso mehr, da gegenwärtig in der außerparlamentarischen Opposition eine Strategie-Diskussion geführt wird, wobei die Frage des Verhältnisses zwischen dem Kampf um Demokratie und um Sozialismus im Mittelpunkt der Diskussion steht.

#### Wie war die Lage?

Durch die Zerschlagung des Hitlerfaschismus und die Niederlage des japanischen Imperialismus hatte sich das internationale Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus verändert. Die Sowjetunion, welche die Hauptlast des Krieges gegen den Hitlerfaschismus zu tragen hatte, war trotz großer Verluste und Zerstörungen politisch und militärisch gestärkt aus dem Kriege hervorgegangen. Ihr internationales Ansehen war bedeutend gewachsen. Keine internationale Frage von grundlegender Bedeu-

tung konnte mehr ohne ihr Mitwirken entschieden werden.

In zahlreichen Ländern Ost- und Südosteuropas steigerte sich der Kampf der Völker gegen die faschistischen Eroberer und gegen die eigene Oberschicht zu volksdemokratischen Revolutionen. Unter Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien entschieden sich weitere Völker Europas für den Weg zum Sozialismus.

Die Niederlage des japanischen Imperialismus, die Krise des imperialistischen Systems und die Erfolge der demokratischen und sozialistischen Bewegung schufen günstige Bedingungen für den nationalen Befreiungs-

<sup>1)</sup> Lenin, Werke, Band 20, S. 413, Dietz Verlag Berlin 1964.

kampf. Viele Völker schüttelten die Ketten des Kolonialjochs ab.

Die Kommunisten hatten sich im Kampf gegen die faschistische Barbarei als die mutigsten Vertreter der Interessen ihrer Nation erwiesen. Nun nahmen die kommunistischen und Arbeiterparteien einen machtvollen Aufschwung. Hatten sie in den kapitalistischen Ländern vor dem zweiten Weltkrieg etwa 1,7 Millionen Mitglieder, so waren es 1946 rund 5 Millionen.

### Die geschichtliche Chance

Das deutsche Volk erhielt mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus die Chance zu einem grundlegenden Neubeginn. es galt nicht nur, die Folgen der imperialistischen Kriegspolitik zu beheben, ihre Ursachen mußten ein für allemal beseitigt werden. Die Träger der imperialistischen Kriegspolitik mußten ausgeschaltet und solche Verhältnisse geschaffen werden, die garantieren, daß nie wieder vom deutschen Boden ein Krieg ausgeht.

Die Staaten, deren Armeen Deutschland besetzten, waren Staaten mit entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen. In einem Teil Deutschlands stand die Sowjetarmee, die den deutschen Antifaschisten half, das Leben zu normalisieren und anstelle des zerschlagenen faschistischen Macht- und Verwaltungsapparates neue demokratische Verwaltungen aufzubauen.

Im anderen Teil Deutschlands standen imperialistische Armeen. Die westlichen Besatzungsmächte waren durch internationale Verträge verpflichtet, den deutschen Imperialismus und Militarismus mit seinen Wurzeln zu beseitigen. Doch diese hielten sich nicht an die Abmachungen. Während noch auf vielen Gebieten die Zusammenarbeit der Großmächte der Antihitlerkoalition fortgesetzt wurde, waren reaktionäre Kräfte schon dabei, erneut einen antisowjetischen Block vorzubereiten. In Deutschland sahen sie die geeignete Basis für ihre Aggressionspolitik gegen die Sowjetunion. Darum sabotierten sie die Durchführung des Potsdamer Abkommens, gaben sie den demokratischen, antifaschistischen Kräften in den westlichen Besatzungszonen nur wenig Raum zur Entfaltung. Selbst das „Jahrbuch der SPD 1946“ schreibt: „Infolgedessen

Von 1944 bis 1947 waren in 12 kapitalistischen Ländern Kommunisten in den Regierungen.

Die Monopolkapitalisten der meisten kapitalistischen Länder waren nicht in der Lage, den revolutionären Ansturm der Volksmassen aus eigener Kraft aufzuhalten. Sie suchten daher Halt beim USA-Imperialismus, dessen Armee große Teile Westeuropas besetzt hatte und dort als Stütze der Reaktion auftrat.

blieben ... viele als Nazis bekannte Personen als Beauftragte der Militärregierungen in ihren Ämtern, und nicht wenige von ihnen verstanden es, sich die besonderen Umstände, die sich aus der Besetzung ergaben, zunutze zu machen.“ (Seite 5)

Die deutschen Imperialisten setzten auf die antisowjetische Karte. Sie spekulierten darauf, als Bollwerk gegen die Sowjetunion in Europa unentbehrlich zu sein und so ihre Macht wiederherstellen zu können. Da dies zunächst nicht in ganz Deutschland möglich war, wollten sie wenigstens in den Westzonen ihre Herrschaft retten, selbst um den Preis der Spaltung Deutschlands. So wollten sie Schritt für Schritt wieder Oberhand gewinnen, um die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu korrigieren.

Die Herren der Großindustrie und der Großbanken nutzten dabei den Umstand, daß der Antikommunismus und die nazistische Propaganda tiefe Spuren im Denken des Volkes und selbst der Arbeiterklasse hinterlassen hatten. Nachdem die deutschen Imperialisten nicht mehr fremde Länder ausplündern konnten, begann die Zeit des Hungers und des Mangels mit der ganzen Härte. Erst jetzt lasteten die Folgen des Krieges mit voller Schwere auf der Bevölkerung. Hinzu kam, daß sich ein Strom von Umsiedlern aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße und aus der Tschechoslowakei in die vier Besatzungszonen ergoß. Die Umsiedler waren besonders erbittert und damit leicht durch revanchistische Abenteurer zu beeinflussen.

Andererseits hatten Faschismus und Krieg der Masse des Volkes vor Augen geführt, daß zwischen ihren Interessen und den Zielen des imperialisti-

schen Großkapitals ein unversöhnlicher Widerspruch besteht. Die Mehrheit der Arbeiterklasse, der Bauern, der städtischen Mittelschichten und selbst Kreise der nichtmonopolistischen Bourgeoisie waren darum für demokratische Reformen zu gewinnen, durch die für immer der verderbliche Einfluß der Herren der Großindustrie und Banken auf Staat und Wirtschaft ausgeschaltet werden sollte. Dies kommt zum Ausdruck im Ergebnis der Volksabstimmung, die 1947 in Hessen durchgeführt wurde und in der sich 71,9 Prozent der Wähler für die Überführung der Schlüsselindustrien, der

Großbanken und Versicherungsunternehmen in Gemeineigentum aussprachen.

1945 war ein außerordentlich starker Drang zur Einheit der Arbeiterklasse als der gesellschaftlich stärksten Kraft spürbar. Die Erfahrungen der Klassenkämpfe, insbesondere der Machtantritt des Faschismus 1933 hatten gezeigt, daß die Spaltung der Arbeiterklasse die Ursache vieler Niederlagen des werktätigen Volkes war. So war auch bei vielen Sozialdemokraten die Erkenntnis gewachsen, daß die Arbeiterklasse und das Volk eine einheitliche marxistische Massenpartei brauchen.

### Für eine einheitliche antifaschistisch-demokratische Republik

Die KPD war die einzige Partei, die während der ganzen Zeit des Hitlerfaschismus und des Krieges in Deutschland einen organisierten antifaschistischen Widerstandskampf geführt hat. Sie stand nun vor der Aufgabe, alle nichtmonopolistischen Volksschichten für die Zusammenarbeit mit einem gemeinsamen Ziel zu gewinnen. Das konnte nur die demokratische Wiedergeburt Deutschlands, die Errichtung einer einheitlichen, friedlichen, antifaschistisch-demokratischen Republik sein. Das war der zentrale Gedanke des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 an das deutsche Volk, der u. a. die Unterschriften von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht trägt.

Die politische Linie dieses Aufrufs war die konsequente Fortentwicklung der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz vom Oktober 1935 und der Berner Konferenz im Jahre 1939. Auf der Brüsseler Konferenz untersuchte die Partei die Ursachen, die zu der folgenschweren Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung, dem Sieg des Hitlerfaschismus im Jahre 1933 geführt hatte. Sie legte dar, daß die Einheitsfront der Arbeiterklasse das dringendste Gebot ist und erarbeitete die Strategie und Taktik des Kampfes für den Sturz des Hitlerfaschismus. Die KPD schlug die Bildung einer antifaschistischen Volksfront vor und entwickelte Vorstellungen über die nach dem Sturz des Hitlerfaschismus zu schaffende demokratische

Ordnung. In dem Beschluß der Berner Parteikonferenz heißt es:

„Die neue Demokratische Republik wird ... im Gegensatz zur Weimarer Republik, den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich, wieder im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen.“<sup>1)</sup>

Die Brüsseler Konferenz nahm auch selbstkritisch zu Fehlern in der Politik der KPD vor 1933 Stellung. Die KPD war der konsequenteste Kämpfer gegen die wachsende faschistische Gefahr. Sie warnte: „Hitler, das ist der Krieg.“ Sie kämpfte gegen den Faschierungsprozeß, der Hitler den Weg zur Macht öffnete und ergriff die Initiative zur Entwicklung der „antifaschistischen Aktion“. Sie wandte sich an die Sozialdemokraten und Gewerkschafter zur Herstellung der Einheitsfront gegen den Faschismus. Im Juli 1932 und im Januar 1933 schlug sie dem Parteivorstand der SPD und dem Bundesvorstand des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) gemeinsame Aktionen gegen die immer drohender werdende faschistische Gefahr vor.

Gleichzeitig hinderten einige dogmatische und linkssektiererische Fehler die Partei bei der Mobilisierung der Massen gegen den Faschismus. Die

<sup>1)</sup> KPD 1945—1965, Dietz Verlag Berlin 1966, Seite 11.



Brüsseler Konferenz kritisierte vor allem:

① Seit etwa 1930 wurde offensichtlich, daß der reaktionärste und aggressivste Teil der Kapitalistenklasse Kurs auf die Beseitigung der Weimarer Republik und die Errichtung einer offenen faschistischen Diktatur nahm. Obwohl die Weimarer Republik in den Jahren 1918 bis 1920 die Macht des Kapitals rettete, ließ sie der Arbeiterklasse doch weit mehr Möglichkeiten sowohl bei der Vertretung ihrer Tagesinteressen als auch für den Kampf um den Sozialismus als eine faschistische Diktatur. Bei der Alternative Weimarer Republik oder Faschismus mußten die Kommunisten zu entschiedenen Verteidigern der Weimarer Republik werden. Sie stellten jedoch dem Faschismus als Alternative nur die Errichtung eines Rätedeutschland gegenüber. Damit erschwerten sie breiten Volksmassen, die gegen den Faschismus, aber nicht für

den Sozialismus oder gar ein Sowjetdeutschland waren, sich in eine kämpferische antifaschistische Front einzureihen.

② 1930, 1931, 1932, als immer deutlicher wurde, daß das herrschende Großkapital sich immer mehr auf die Hitlerpartei orientierte, um die faschistische Diktatur zu errichten und den Kampf um die Eroberung der Weltherrschaft aufzunehmen, bezeichnete die KPD die SPD immer noch als „die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“, sprach von den „Sozialfaschisten“. Das wurde zu einem ersten Hindernis bei der Herstellung der Aktionseinheit im Kampf gegen den Faschismus.

Auch aus diesen Fehlern zog die Partei die Schlußfolgerungen, als sie mit dem Ziel einer einheitlichen antifaschistisch-demokratischen Republik eine Politik entwickelte, die den damaligen Bedingungen in Deutschland entsprach.

### Der Aufruf vom 11. Juni 1945

In ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 stellte die KPD die Aufgabe, die bürgerlich-demokratische Umwälzung, die auch 1918 nicht vollendet wurde, unter Führung der Arbeiterklasse konsequent zu Ende zu führen. Es handelte sich nicht um eine sozialistische, sondern um eine antifaschistisch-demokratische Zielstellung. Im Aufruf wird mit allem Nachdruck gesagt, „daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland . . . den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ erfordern.

Das bedeutete keine Wiederholung der nur formalen Demokratie von Weimar, deren Machtmittel gegen links eingesetzt wurden, die der Reaktion aber jeden Spielraum ließ und darum schließlich zum Faschismus führte. Es war aber auch noch keine sozialistische Demokratie. Ihr sozialer und politischer Charakter wurde durch die im Aufruf enthaltenen unmittelbaren Forderungen klar umrissen, wie: Beseitigung aller Überreste des Nazi-regimes, Kampf gegen den Hunger, Enteignung der Kriegs- und Naziver-

brecher sowie des Großgrundbesitzes, Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten für das Volk, Demokratisierung der Justiz und der Verwaltungen, antifaschistische Schul- und Kulturreform, Freiheit für die Gewerkschaften usw.

All diese Forderungen der KPD waren darauf gerichtet, den Schuldigen an Faschismus und Krieg die ökonomischen Machtmittel zu entreißen und damit Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln zu vernichten.

Die Eingriffe gegen die bisherigen Eigentumsverhältnisse richteten sich nicht gegen das kapitalistische Eigentum schlechthin, sondern nur gegen die ökonomischen Grundlagen der Macht des Monopolkapitals und der militaristischen Großgrundbesitzerkaste.

„Die KPD wollte in ganz Deutschland die Frage der politischen Macht, die Hauptfrage auch jeder demokratischen Revolution, zugunsten der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte des Volkes entscheiden. Nur auf der Grundlage tiefgreifender politischer und sozialer Veränderungen konnte das deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht ver-

wirklichen und seinen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa leisten. Nur im Kampf um die antifaschistisch-demokratische Ordnung konnten die Voraussetzungen für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele der Werktätigen geschaffen werden. Indem der Aufruf vom 11. Juni 1945 alle Möglichkeiten des ant imperialistischen Kampfes ausschöpfte, den Hauptstoß gegen die Naziaktivisten und Kriegsschuldigen richtete, wurde er zum umfassenden Programm für die demokratische Etappe der revolutionären Umwälzung in Deutschland.“<sup>2)</sup>

Dieses Programm der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung wurde von den Führern der SPD zunächst von links kritisiert. Kurt Schumacher bezeichnete den Aufbau des Sozialismus als Tagesaufgabe. Auf dem Parteitag der SPD 1946 in Hannover sagte er: „Sozialismus ist nicht mehr ein fernes Ziel. Er ist die Aufgabe des Tages.“<sup>3)</sup>

Die revolutionäre Phrase verdeckte nur die verhängnisvolle Politik Schumachers und der rechten Führer der SPD, die ebenso wie 1918 nun in den Westzonen Deutschlands die Schuldigen am Krieg, die Herren der Monopole und die Militaristen vor ihrer Entmachtung bewahrten. Indem die

SPD-Führung die Einheit der Arbeiterklasse verhinderte, die schon vorhandenen Ansätze dazu zerstörte und statt dessen mit den politischen Vertretern des Großkapitals und der westlichen Besatzungsmächte zusammenarbeitete, ermöglichte sie die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse und die Spaltung Deutschlands.

Ohne demokratische Reformen in der Wirtschaft konnte es keine wirklich demokratischen Verhältnisse in Gesellschaft und Staat geben. Deshalb forderte die KPD entsprechend dem Potsdamer Abkommen, die Grundstoffindustrie und die Banken in die Hände des Volkes zu überführen. Die Demokratisierung der Gesellschaft erforderte, auch auf dem Lande die längst überfälligen Reformen zu vollziehen, die einst zu den Grundzielen der bürgerlichen Revolution gehörten. Die Bodenreform-Politik der KPD diente dem Ziel, ein festes Bündnis von Arbeitern und Bauern zu ermöglichen. Im gleichen Geiste arbeitete die Partei an der Ausarbeitung der Verfassungen in den Ländern und später am Grundgesetz mit. So entwickelte die KPD zur Wahrung der nationalen Einheit Deutschlands und zur Verwirklichung der Volkssouveränität eine Reihe von Verfassungsgrundsätzen.

★

★

★

Im Aufruf der KPD vom Juni 1945 und im Ringen um seine Durchführung wurden von der Führung der KPD unter Leitung von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht die Lehren Lenins auf die Lage in Deutschland angewandt. Das gilt vor allem vom Zusammenhang des Kampfes um Demokratie und dem Kampf um den Sozialismus, von der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der demokratischen Umwälzung, der Gewinnung von Verbündeten und vom Hinüberwachen der demokratischen in die sozialistische Umwälzung.

Im Osten Deutschlands wurde mit der Vereinigung der KPD und der

SPD zur SED die Kraft geschaffen, die in der Lage war, die demokratische Umwälzung zu Ende zu führen und in die sozialistische überzuleiten.

Im Westen konnten die reaktionären Kräfte im Bunde mit den imperialistischen Besatzungsmächten und durch die Hilfe der rechten SPD-Führung die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechterhalten, die Durchführung tiefgreifender demokratischer Reformen verhindern und so ihre Macht wiederherstellen.

Darum steht in der Bundesrepublik trotz einer in vielem veränderten Lage heute prinzipiell die gleiche Aufgabe: Durch den Kampf um die konsequente Demokratisierung, um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt die Lebensinteressen der Bevölkerung wahrzunehmen, die Lösung der Zu-

<sup>2)</sup> Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 6, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 42.

<sup>3)</sup> Sozialismus als Gegenwartsaufgabe, Seite 28.

kunftsarbeiten zu sichern und zugleich den Boden zu bereiten für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele der Arbeiterbewegung. Diese Aufga-

benstellung hat ihren umfassenden und programmatischen Niederschlag im Programmentwurf unserer Partei gefunden.

## Die KPD im antifaschistischen Widerstandskampf

VON DR. HEINZ KÜHNRICH

In der Bundesrepublik häufen sich seit einiger Zeit ernste Stimmen, die das vorherrschende offizielle Geschichtsbild über die antifaschistische Widerstandsbewegung einer teilweise heftigen Kritik unterziehen. Insbesondere wird kritisiert, daß sowohl in der Literatur als auch in den Schulbüchern fast ausschließlich auf die Ereignisse um den 20. Juli 1944 eingegangen und diese Verschwörung als Synonym für die Widerstandsbewegung überhaupt bzw. deren Höhepunkt ausgegeben wird, während man den Widerstandskampf aus den Reihen der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Kräfte, insbesondere den Widerstandskampf der KPD verschweigt und entstellt. Nicht immer sind diese kritischen Stimmen allerdings von der Sorge getragen, ein wahrheitsgetreues Geschichtsbild zu vermitteln; vielfach versteckt sich dahinter auch das Bemühen, unter dem

Druck der historischen Tatsachen Teilwahrheiten anzuerkennen, um desto ungehemmter die ganze Wahrheit entstellen und in das System des Antikommunismus einbauen zu können.

Doch die geschichtlichen Tatsachen sind unwiderlegbar. Sie sagen aus, daß die KPD als einzige politische Kraft während der ganzen zwölf Jahre der Hitlerdiktatur einen zentral geleiteten, einheitlich orientierten Kampf führte und zur führenden und organisierenden Kraft des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland wurde. Die entscheidende historische Leistung der KPD und ihres Zentralkomitees in dieser Zeit bestand darin, daß sie als einzige Partei ein reales antifaschistisches und demokratisches Kampfprogramm ausarbeitete und es gemeinsam mit anderen antifaschistisch-demokratischen Kräften unter großen Opfern zu verwirklichen begann.

### An der Spitze des Widerstandes

Am 28. März 1935 stellte die Gestapo in einem Bericht fest: „Immer und immer wieder bestätigt sich die Tatsache, daß die illegale KPD über einen riesigen Stab taktisch und organisatorisch hervorragend befähigter Funktionäre verfügt, die in den einzelnen Bezirken teilweise mit gutem Erfolg die illegale Arbeit der KPD trotz schärfster Beobachtung in unermüdlicher Arbeit neu aufziehen konnten.“ Das war nach über zwei Jahren faschistischen Terrors.

Am 5. September 1944 schätzte der faschistische Volksgerrichtshof im Todesurteil gegen Bernhard Bästel, Franz Jacob und Anton Saefkow, die der unter der Führung des ZK der KPD stehenden operativen Leitung der Partei und des illegalen antifaschistischen Kampfes in Deutschland angehörten, ein: „Sie haben vornehmlich im fünften Kriegsjahr die KPD in einem derartigen Umfang wieder-

aufgezogen und die Wehrmacht zu zersetzen gesucht, daß hier für das Reich die allerschwersten Gefahren heraufbeschworen wurden.“

Die KPD verfügte während der ganzen Zeit der Hitlerdiktatur über ein Netz illegaler Partei- und Widerstandsorganisationen, Leitungen lokalen und überlokalen Charakters. Das war vor dem Kriege und während des Krieges so. Oft zerschlagen, durch Verhaftungswellen zerrissen, entstanden diese illegalen Organisationen immer wieder neu. Über Instrukteure und Beauftragte der Parteiführung, über Abschnittsleitungen in den angrenzenden Ländern, über den Rundfunk bzw. über illegal verbreitete schriftliche Materialien und nicht zuletzt durch Parteikonferenzen und Tagungen bestand ständig die Verbindung zum ZK der KPD, das den Kampf leitete.

Durch die immer engere Zusammenarbeit der drei größten Bezirksorgani-

sationen der KPD und der größten illegalen Widerstandsorganisationen (der Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation in Berlin, der Neubauer-Poser-Organisation in Thüringen und der Schumann - Engert - Kresse - Organisation in Sachsen) bildete sich Ende 1943 die operative Leitung der Partei und des illegalen antifaschistischen Kampfes in Deutschland heraus. Diese Leitung hatte Mitte 1944 in mehr als 30 Städten und Orten Brandenburgs, in 18 Städten und Orten Sachsens und Sachsen-Anhalts und in über 37

Städten und Orten Thüringens fest organisierte illegale Stützpunkte. Etwa 10 000 aktive illegale Kämpfer wurden von ihr geleitet. Außerdem gab es Verbindungen zu Partei- und Widerstandsorganisationen in mehr als 26 Städten in anderen Teilen Deutschlands. Um die Parteiorganisationen der KPD hatten sich Sozialdemokraten, Christen, Parteilose, Angehörige aus den verschiedensten Schichten des deutschen Volkes zu teilweise großen Widerstandsorganisationen zusammengefunden.

### Keine Verschwörertaktik

**Die KPD betrieb keine Verschwörertaktik; sie arbeitete konspirativ, aber orientierte sich stets auf die breite Einbeziehung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes in den Widerstandskampf gegen Hitler, auf die Schaffung einer umfassenden antifaschistischen, antiimperialistischen Volksfront für den Sturz der Hitlerdiktatur und die Errichtung eines neuen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands.**

Die Skala der Formen und Methoden des Kampfes der KPD gegen die Hitlerdiktatur war vielfältig. In erster Linie gehörte natürlich dazu die Aufrechterhaltung bzw. Umbildung und Neubildung eines Netzes von illegalen Partei- und Widerstandsorganisationen in Betrieben, Wohngebieten, Dörfern und Städten sowie der Aufbau illegaler Leitungen. Dazu gehörte auch die beharrliche Arbeit zur Schaffung einer Volksfront vor dem zweiten Weltkrieg. Die Herausbildung der Bewegung „Freies Deutschland“ nach der Bildung des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) 1943 in der Sowjetunion war die Fortsetzung und Verwirklichung dieser Politik, war die deutsche Antihitler-Koalition in Aktion.

Mit der Verbreitung von illegalen Zeitungen und Zeitschriften, Flugblättern und Klebezetteln, durch mündliche Propaganda und über die

verschiedenen Sender wurde der faschistischen Demagogie, der chauvinistischen Verhetzung des Volkes und der Kriegspsychose die Wahrheit entgegengesetzt, die Arbeiterklasse und das Volk zum Widerstand gegen die Hitlerclique und ihre Drahtzieher, die Rüstungsmillionäre, aufgerufen und die Arbeit der illegalen Partei- und Widerstandsorganisationen angeleitet. Streiks, Arbeitsniederlegungen, die Arbeitslangsam-Methode und die Tätigkeit in der Rüstungsindustrie während des Krieges kennzeichnen die Arbeitsweise der KPD in der Widerstandsbewegung. Aber auch der direkte bewaffnete Kampf von Kommunisten in Spanien und an der Seite der Sowjetunion und der Völker der Antihitler-Koalition kennzeichnen den Kampf der KPD. Die 5000 deutschen Kämpfer, in der Mehrzahl Kommunisten, der internationalen Brigaden im national-revolutionären Krieg in Spanien und Hunderte anderer deutscher Patrioten, die in der Widerstands- und Partisanenbewegung der verschiedensten Länder Europas gegen die faschistischen Truppen standen sowie die bewaffneten Gruppen der Bewegung „Freies Deutschland“ demonstrieren die Gemeinsamkeit der Interessen und Ziele der von der KPD geführten deutschen Widerstandsbewegung mit dem Befreiungskampf der Völker der Sowjetunion und der Antihitler-Koalition.

### Für ein antifaschistisches demokratisches Programm

Gestützt auf die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus und der damit verbundenen Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten und den Verlauf der gesellschaftlichen

Entwicklung arbeitete die KPD mit ihrem Zentralkomitee unter den komplizierten Bedingungen der Illegalität und des faschistischen Terrors ein reales antifaschistisches, demokrati-

sches und antiimperialistisches Programm für den Sturz des Hitlerregimes und die Errichtung eines neuen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands aus.

Auf der **Brüsseler Konferenz** der KPD im Oktober 1935, an der neben den Mitgliedern des Politbüros und des Zentralkomitees Delegierte aus fast allen Bezirksorganisationen teilnahmen, wurden sorgfältig die Ursachen für den Machtantritt des Faschismus in Deutschland untersucht, die Erfolge der Partei, aber auch die Fehler und Schwächen der Arbeit analysiert und der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur entwickelt. **Die Herstellung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront wurden zur zentralen Aufgabe erklärt.**

Die Konferenz entwickelte auch die Hauptprinzipien für die politische und organisatorische Einigung der deutschen Arbeiterbewegung. Mit ihrem Manifest „An das werktätige Volk“ wandte sich die KPD an alle Antifaschisten und Demokraten: „Wir Kommunisten unterbreiten euch unser Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur, für die Freiheit, den Frieden und die Sicherung der Existenz aller Werktätigen. Wir stellen an die Spitze des Programms den Kampf für die Freiheit des werktätigen Volkes, für die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten und Rechte, für volle Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit, für Glaubens- und Gewissensfreiheit, für Gleichheit aller Staatsangehörigen, ohne Unterschied ihrer Religion und Rasse.“ Als Perspektive für die Zeit nach dem Sturz Hitlers wies die KPD den Weg zur Schaffung einer Regierung der prole-

tarischen Einheitsfront, der antifaschistischen Volksfront oder auch anderer Formen einer demokratischen Volksmacht.

Die **Berner Konferenz** der KPD von Anfang 1939 entwickelte die auf der Brüsseler Konferenz beschlossene Strategie und Taktik unter Auswertung der Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes und des Ringens um die Herstellung der deutschen Volksfront weiter. Angesichts der Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus wurde der Kampf um die Erhaltung des Friedens zur höchsten nationalen Aufgabe aller ehrlichen und patriotischen Deutschen erklärt.

Der Hauptinhalt der Politik der KPD wurde in der Resolution der Berner Konferenz mit den Worten formuliert:

**„Das ZK der KPD wiederholt ausdrücklich vor allen Sozialdemokraten, Katholiken, Demokraten, vor allen verantwortungsbewußten Deutschen, daß die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands fest und gradlinig darauf gerichtet ist, in enger Gemeinschaft mit allen fried- und freiheitsliebenden Deutschen Hitler zu stürzen und an die Stelle der Hitlerdiktatur eine vom ganzen Volk frei gewählte Volksregierung in einer neuen demokratischen Republik zu setzen...“**

Die Bildung der Bewegung „**Freies Deutschland**“ (NKFD) 1943 auf Initiative der KPD war die Weiterentwicklung und Verwirklichung der auf der Brüsseler und Berner Konferenz der KPD gefaßten Beschlüsse. Damit hatte die Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD einen großen und für die weitere Entwicklung nachhaltigen Erfolg errungen.

### **Die Bewegung „Freies Deutschland“**

Die antifaschistische Bewegung „**Freies Deutschland**“ entwickelte sich zum politischen und organisatorischen Zentrum der deutschen Patrioten, zu einem Kampfbündnis verschiedener Volksschichten und nationaler Kräfte in der Armee.

In Deutschland, in Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Jugoslawien, Lateinamerika,

Schweden, in der Schweiz, in den USA und in anderen Ländern breitete sich die Bewegung „**Freies Deutschland**“ aus. Die operative Leitung der KPD und des illegalen antifaschistischen Kampfes in Deutschland machte die politische Linie des NKFD zu ihrer Richtschnur. Nicht nur durch die vielfältigsten Formen der antifaschistischen Arbeit im täglichen Kampf er-

warb sich die Bewegung „Freies Deutschland“ bleibende Verdienste für die Zukunft der Nation; zu den bedeutendsten und für die antifaschistisch-demokratische Neugestaltung Deutschlands nachhaltigsten Erfolgen zählt die Umerziehung Hunderttausender deutscher Soldaten und Offiziere, denen die Wahrheit über die Verbrechen des faschistischen deutschen Imperialismus nahegebracht, deren Köpfe vom Unrat des faschistischen Ungeistes befreit und die für eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung

### **Die KPD entwickelt ihr Programm für die Nachkriegszeit**

In den letzten Kriegsmonaten war die Beantwortung der Frage nach der Gestaltung Nachkriegsdeutschlands auf den verschiedensten Lebensbereichen, nach der weiteren Zukunft des deutschen Volkes zu einem Erfordernis von höchster nationaler Bedeutung geworden. Davon hing nicht nur die Sicherung der physischen und nationalen Existenz des deutschen Volkes, sondern auch die zielstrebige Neuformierung des politischen, ökonomischen, kulturellen, des gesamten gesellschaftlichen Lebens ab.

Anfang 1944 begann das ZK der KPD im Bewußtsein seiner Verantwortung gegenüber dem Schicksal des deutschen Volkes nach Vorarbeiten mit der weiteren Konkretisierung der Brüsseler und Berner Beschlüsse auf der Grundlage der sich abzeichnenden Niederlage des Hitlerfaschismus. Eine im Februar 1944 gebildete Arbeitskommission, in der alle Mitglieder der Parteiführung vertreten waren, arbeitete in den folgenden Monaten die Grundlagen für die weitere Politik zum Sturz des Hitlerfaschismus und detaillierte Richtlinien für alle Lebensbereiche aus. Das betraf sowohl Festlegungen über die unmittelbaren Aufgaben zur Ingangbringung des Lebens, der Wirtschaft und Kultur auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage als auch die dringendsten Maßnahmen auf politisch-ideologischem Gebiet.

Die Grundaufgaben für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau waren in dem „**Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie**“ vom Oktober 1944 enthalten, das die Aufgabe stellte, „Entfaltung einer Massenbewegung für die Schaffung

Deutschlands gewonnen wurden. Die Bewegung „Freies Deutschland“ trug maßgeblich zur Erziehung jener Menschen bei, die nach Kriegsende unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei konsequent die Lehren aus der Geschichte zogen, Faschismus und Imperialismus mit der Wurzel ausrotteten und in der heutigen DDR beispielgebend für ganz Deutschland den Weg der wahrhaften Demokratie und des Sozialismus beschritten.

eines Blockes der kämpferischen Demokratie, der alle Organisationen, Parteien, Gruppen und Personen erfassen soll, die für die Rettung Deutschlands durch Vernichtung der faschistisch-imperialistischen Reaktion und Aufrichtung eines demokratischen Volksregimes kämpfen werden“. Folgerichtig führte diese Politik zum programmatischen Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945.

Die KPD war in den zwölf Jahren der Hitlerdiktatur die einzige Partei in Deutschland, die konsequentes, antifaschistisches Handeln mit zielgerichteter wissenschaftlicher Programmation verband, die nicht nur durch die Tat, sondern auch durch ihr reales Kampfprogramm eine wahrhaft nationale Politik im Interesse einer gesicherten friedlichen Zukunft des ganzen Volkes verfolgte. Keine andere gesellschaftliche Kraft, Partei oder Organisation war dazu willens oder in der Lage, eine solche kontinuierliche und konsequente antifaschistisch-demokratische Politik zu betreiben wie die KPD.

Wie lächerlich wirken angesichts dieser Tatsachen die Versuche reaktionärer Ideologen und Historienschreiber in der Bundesrepublik, den Kampf der KPD und ihre führende Rolle in der antifaschistischen Widerstandsbewegung zu verschweigen, zu entstellen, die Kommunisten als „Landesverräter“ zu diffamieren oder zu behaupten, daß die KPD angeblich keine deutsche Politik betrieben habe.

Auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik wurde in zwei siegreichen Revolutionen, der antifaschistisch-demokratischen und der so-

zialistischen Revolution, der Kampf der antifaschistischen Widerstandsbewegung bis zu Ende geführt. In Westdeutschland wurde mit der Restaurierung der Macht des Monopolkapitals der Boden für die Renazifizierung, für das Emporkommen der Neonazis bereitet.

Das Programm der KPD aus dem Widerstandskampf, für das Zehntausende Funktionäre und Mitglieder ihr Leben gaben, für das von den 1933 eingetragenen 300 000 Mitgliedern etwa die Hälfte verfolgt, eingekerkert oder in die Konzentrationslager verschleppt wurden, hat in der DDR geschichtliche Gestalt angenommen und seine Erfüllung gefunden.

Daraus ergibt sich die Frage: Was wäre das ganze Deutschland heute, wenn auch im Westen Deutschlands das Vermächtnis des Widerstandskampfes, die Lehren aus der Geschichte beachtet und die Lehren aus dem Widerstandskampf gezogen worden wären? Es gäbe weder die Spaltung Deutschlands noch die Gefahr, daß von deutschem Boden wieder ein Krieg ausgeht. Ganz Deutschland wäre ein friedliches, blühendes Land zum Segen seiner Bürger, geachtet von den Völkern der Welt. Dieses Ziel zu erreichen und das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandskampfes zu erfüllen, ist die erste Pflicht aller Kommunisten und Demokraten der Bundesrepublik.

## Einheitsfrontpolitik statt Koalitionspolitik

### Einige Probleme der Aktionseinheitspolitik der KPD in den ersten Jahren der Weimarer Republik

VON DR. HANS-JOACHIM KRUSCH

In den Klassenschlachten 1918/1919 war sichtbar geworden, daß der deutschen Arbeiterbewegung ein starker und erfahrener, durch Oktober- und Novemberrevolution gewitzter Klassengegner gegenüberstand, der bei der Bekämpfung der revolutionären Bewegung die Unterstützung des Weltimperialismus besaß. Vor allem gelang es dem deutschen Imperialismus, mit Hilfe der rechten Führer der Sozialdemokratie die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten, die für die Sicherung seiner Herrschaft notwendiger denn je geworden war.

Während die KPD von Anfang an den imperialistischen Klassencharakter der Weimarer Republik und ihrer Verfassung erkannte und sich in ihrer Politik davon leiten ließ, daß die Herrschaft des Konzern- und Bankkapitals im Gegensatz zu den Interessen des Volkes steht, erklärten die rechten Führer der Sozialdemokratie den Klassenstaat der Weimarer Republik für einen Volksstaat und verbreiteten

die Illusion, es sei möglich, ohne die Zurückdrängung und Brechung der Macht der Monopole und ihrer reaktionären Staatsmacht, allein auf Grund von Wahlerfolgen und Koalitionen mit bürgerlichen Parteien zur „Macht“ zu gelangen. Dabei behaupteten sie — und behaupten sie bis zum heutigen Tag —, durch die Mitarbeit in bürgerlichen Regierungen würden sie Anteil an der politischen Macht erhalten.

Die Koalitionspolitik führte und führt nicht nur nicht zur Zurückdrängung der Macht der Monopolbourgeoisie und Militaristen, sondern erleichterte der imperialistischen Reaktion die Erhaltung und Festigung ihrer Herrschaft. Die Teilnahme an Koalitionsregierungen war zugleich immer von besonderer Aktivität zur Verhinderung der Aktionsgemeinschaft der Arbeiter und ihrer Organisationen begleitet und wurde durch antikommunistische Hetze abgedeckt.

### Ein Grundzug der Politik der KPD: Aktionseinheit

Demgegenüber war seit der Gründung der KPD das Ringen um die Schaffung der Aktionseinheit ein Grundzug ihrer Politik. So kämpften die deutschen Kommunisten 1919

Schulter an Schulter mit Hunderttausenden, Gewerkschaftern und Unorganisierten, Sozialdemokraten und Parteiloosen, in außerparlamentarischen Aktionen für die Durchsetzung der

Mitbestimmungsrechte der Arbeiter in den Betrieben und die Nationalisierung der wichtigsten Produktionsmittel, für die Zurückdrängung der Macht der Monopole. Sie kämpften für die Verwirklichung der alten Lösung der revolutionären deutschen Sozialdemokratie unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein!“. Die KPD trat in der Folgezeit gemeinsam mit den klassenbewußten Mitgliedern der anderen Arbeiterorganisationen entschieden für die Verteidigung und den Ausbau der in dieser breiten antimonopolistischen Massenbewegung errungenen demokratischen Rechte der Betriebsräte ein.

Als im Frühjahr 1920 die extrem reaktionären Teile des deutschen Monopolkapitals und der Junker den seit langer Zeit vorbereiteten Versuch unternahmen, durch einen Staatsstreich die demokratischen Volksrechte völlig zu beseitigen, die Arbeiterklasse und alle anderen demokratischen Kräfte niederzuwerfen, ihre Organisationen zu zerschlagen und in Deutschland eine Militärdiktatur aufzurichten, da stellten sich die Kommunisten wiederum in die erste Reihe des antimperialistischen Kampfes. So riefen am 13. März die Organisationen der KPD im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, aber auch in Rheinland-Westfalen zum gemeinsamen Handeln gegen die Verschwörer um Kapp und Lüttwitz auf. Zur Abwehr des Putsches traten über 12 Millionen Arbeiter und Angestellte in den Generalstreik und griffen Hunderttausende zu den Waffen, fanden sich Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Parteilose und Christen zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind zusammen, bildeten sich Einheitsfrontorgane und kam es zu Abkommen zwischen regionalen Leitungen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften.

Im Ruhrgebiet entstand die erste deutsche Arbeiterarmee, der etwa 100 000 Mann angehörten. Der Kampf gegen den Kapp-Putsch entwickelte sich zur größten Einheitsfrontaktion der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren der Weimarer Republik. Ihr schlossen sich viele Angehörige des

Mittelstandes und des demokratischen Bürgertums an.

Der einmütige Generalstreik und die erfolgreichen bewaffneten Aktionen der Arbeiterklasse, an deren Spitze die KPD stand und Weg und Ziel wies, der geschlossen geführte Volkskampf, führten zu einem Sieg über Kapp und Lüttwitz. In jenen stürmischen Märztagen des Jahres 1920, als auch über 8 Millionen deutscher Gewerkschafter einmütig in den Generalstreik zur Abwehr der Militärdiktatur traten, prägte Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, zu Recht das Wort, daß sich gegen den Willen der Gewerkschaften keine Regierung in Deutschland auch nur 24 Stunden an der Macht halten könne, ein Wort, das nichts an Aktualität eingebüßt hat.

Der gemeinsame Kampf gegen den Kapp-Putsch, aber auch die von Mitgliedern aller Arbeiterorganisationen getragene Solidaritätsbewegung „Hände weg von Sowjetrußland!“ und die von der KPD ebenfalls unterstützte Protestbewegung Millionen Werktätiger zum Schutze der Republik anläßlich der Ermordung des Zentrumspolitikers M. Erzberger und des deutschen Außenministers W. Rathenau, gab den Bestrebungen zur Herstellung der Einheitsfront starke Impulse. Dieser Drang wurde noch verstärkt, als die Monopole, gedeckt durch die Koalitionspolitik der Führung der SPD, zur verstärkten Offensive auf die sozialen und demokratischen Errungenschaften der Massen übergingen, und die Schaffung einer gemeinsamen Abwehrfront einmal mehr das Gebot der Stunde wurde.

Die KPD unterstützte vorbehaltlos die 10 Forderungen des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) vom November 1921, in denen die Kontrolle der Monopole verlangt wurde. Sie verband ihre Anstrengungen um die Schaffung der Einheitsfront zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen mit dem Ringen um eine wirklich demokratische Regierung aus Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien, weil es ohne Demokratie im Staate auch keine Demokratie in den Betrieben geben konnte.



## Einheitsfrontpolitik kein „taktisches Manöver“

Im Feuer des Klassengegners und in ständiger Auseinandersetzung mit rechts- und linksopportunistischen Auffassungen in den eigenen Reihen entwickelte die KPD ihre Einheitsfrontpolitik mit Hilfe Lenins und der Kommunistischen Internationale weiter. Sie war und ist kein „taktisches Manöver“, sondern beruhte und beruht auf objektiven Grundlagen. Diese bestehen in den gemeinsamen Klasseninteressen und darin, daß die Arbeiter und alle anderen Werktätigen einen gemeinsamen Gegner haben.

Die KPD führte die Einheitsfrontpolitik konsequent durch, indem sie ihre Bereitschaft erklärte, gemeinsam mit den anderen Arbeiterparteien und Gewerkschaften sowie gestützt auf die Massen eine Arbeiterregierung zu bilden, deren Konstituierung unter Ausnutzung des Parlaments erfolgen konnte. Die Lösung der Arbeiterregierung und die damit verknüpften Forderungen bildeten ein geschlossenes revolutionär-demokratisches Programm. Es stellte eine echte Alternative zur Katastrophenpolitik des Imperialismus und zur sozialdemokratischen Koalitionspolitik dar, trug dem Bewußtseinsstand der Mehrheit der Arbeiterklasse Rechnung und erleichterte der KPD die Schaffung der Einheitsfront. Hier nur einige Beispiele aus dem Jahre 1923, die auch zeigen, daß es stets Möglichkeiten des gemeinsamen Wirkens von Kommunisten und

Sozialdemokraten und in der Sozialdemokratie selbst Kräfte gab, die dafür eintraten.

So wurde am 4. März 1923 vom Landesparteitag der SPD in Sachsen, also der größten Landesorganisation der deutschen Sozialdemokratie, mit großer Mehrheit die Koalitionspolitik abgelehnt und Verhandlungen mit der KPD zugestimmt. Wenige Wochen später, am 29. Juli 1923 — der von der KPD zum Antifaschistentag erklärt worden war — demonstrierten in ganz Deutschland Tausende sozialdemokratische Genossen gemeinsam mit den Kommunisten, ja, reiheten sich ganze Ortsgruppen der SPD geschlossen in die antifaschistischen Kundgebungen ein. Am selben Tag fand in Weimar eine Konferenz von etwa 30 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten statt, die sich für die Zusammenarbeit mit der KPD aussprach. Wörtlich heißt es in dem Beschluß: „Unter vollster Wahrung unserer Anschauungen, Ziele und Selbständigkeit möglichstes Zusammenarbeiten mit den Kommunisten zur Erreichung der nächsten proletarischen Ziele.“<sup>1)</sup> Die Weimarer Konferenz verlangte ferner Maßnahmen gegen die faschistische Gefahr. Sie forderte „energischste Ausnutzung aller möglichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Machtmittel in engster Verbindung mit den Gewerkschaftsorganisationen.“<sup>2)</sup>

## Linke Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen

Während des Generalstreiks gegen die Cuno-Regierung im August 1923 folgten einem gemeinsamen Aufruf der Zentrale der KPD und des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte über 3 Millionen Werktätige. Wiederum standen Kommunisten und Sozialdemokraten Schulter an Schulter im Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die von Teilen des Kleinbürgertums in Stadt und Land unterstützt wurde, erzwang den Rücktritt des von den rechten sozialdemokratischen Führern bis zuletzt tolerierten großbürgerlichen Kabinetts.

Im Oktober 1923 kam es schließlich in Sachsen und Thüringen ungeachtet der Spaltertätigkeit rechter Führer, auf Grund der Einheitsfrontpolitik der KPD und des Strebens der sozialdemokratischen Mitgliedermassen zur Einheitsfront, erstmals in Deutschland zur Bildung von Landesregierungen aus Vertretern der KPD und SPD.

In dieser Stunde der Gefahr für den deutschen Imperialismus eilten wiederum — wie schon so oft in Krisensituationen für die imperialistischen Machthaber — rechte sozialdemokratische Führer zu Hilfe. Sie erklärten sich erneut zur „Arbeit in der Staatsführung“ bereit und traten gemeinsam mit den großbürgerlichen Parteien in die von Stresemann, einem Ver-

<sup>1)</sup> Vorwärts, 3. August 1923.

<sup>2)</sup> Ebenda.

trauensmann des Großkapitals, geführte Regierung der großen Koalition ein.

Indes gab es auch in dieser Zeit oppositionelle Kräfte in der SPD, die erkannten, welche Gefahren aus dem Paktieren rechter Führer mit den Monopolherren und der großen Koalition erwuchsen, und die darum gegen deren Politik auftraten. Diese Opposition beschränkte sich nicht auf den Widerstand einzelner. Vielmehr wandten sich ganze Organisationen gegen die Linie der Klassenzusammenarbeit, sprachen sie sich für außerparlamentarische Aktionen aus und verlangten den vollen Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfmittel zur Verteidigung der Arbeiterinteressen. So lehnten nach dem Eintritt rechter Sozialdemokraten in die Stresemann-Regierung selbst Bezirksorganisationen, darunter auch der Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg der SPD, die große Koalition ab. Kategorisch forderte der Landesvorstand der SPD in Hessen vom Parteivorstand den Austritt der Vertreter der Sozialdemokratie aus der Regierung.

Die Warnungen der Kommunisten vor dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Stresemann-Regierung, der Kampf der KPD gegen die große Koalition, die ablehnende Haltung der Gegner der Koalitionspolitik in den Reihen der Sozialdemokratie selbst, waren nur allzu berechtigt. Gedeckt

durch die große Koalition, im Zeichen des Antikommunismus und Nationalismus, erfolgte der Angriff auf die demokratischen und sozialen Rechte der Werktätigen und wurde die Einheitsfrontbewegung zerschlagen.

Am 13. Oktober 1923 beschloß der Reichstag mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion ein Ermächtigungsgesetz, das es der Reichsregierung ermöglichte, unter Ausschaltung des Parlaments mit Notverordnungen zu regieren. Gestützt auf den Paragraphen 48 der Weimarer Verfassung wurden mit Hilfe der Reichswehr die verfassungsmäßig gebildeten Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen beseitigt. Schließlich, nachdem gewissermaßen der Mohr seine Schuldigkeit getan hatte, entledigte sich die Reaktion ihrer sozialdemokratischen Gehilfen in der Regierung. Am Ende der großen Koalition stand im Herbst 1923 die Militärdiktatur des Generals von Seeckt.

So bestätigen auch die Erfahrungen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aus den ersten Jahren der Weimarer Republik die Richtigkeit der von den Kommunisten seit jeher vertretenen Erkenntnis, daß es auf dem Wege der Gemeinsamkeit mit der Großbourgeoisie und des Antikommunismus keine Politik gibt, die den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes dient.

## Über die Vorbereitung zum 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins

Aus dem Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU



Im April 1970 werden die Kommunistische Partei, das Sowjetvolk, die Werktätigen aller Länder der Welt den 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins begehen.

Mit dem Namen Lenins ist die gesamte moderne Geschichte untrennbar verbunden. Lenin ist der geniale Fortsetzer der revolutionären Lehre von Marx und Engels, der Begründer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Führer der größten sozialen Revolution und der Erbauer des ersten sozialistischen Staates der Welt. Die Leninschen Ideen üben nach wie vor

einen überaus starken Einfluß auf die gesamte Entwicklung in der Welt aus.

Der Name Wladimir Iljitsch Lenins ist unsterblich, ebenso wie seine Ideen, die Taten, die er vollbrachte, unsterblich sind. Sein ganzes Leben widmete er der edlen Sache des Dienstes am Proletariat, an den werktätigen Massen, der revolutionären Erneuerung der Welt. Lenin verlieh den Wünschen und Hoffnungen der Arbeiterklasse, des werktätigen Volkes Ausdruck und gab Antwort auf die Grundfragen, die das Leben gebieterisch stellte. Unter der Führung Lenins mobilisierte

unsere Partei die Arbeiterklasse, alle Werktätigen, zum Kampf für den Sturz der Ausbeuterordnung, für ein besseres Leben, für den Sozialismus.

Mit dem Leninismus sind die hervorragendsten revolutionären Errungenschaften des 20. Jahrhunderts verknüpft — die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die Beginn einer neuen Epoche in der Geschichte der Menschheit war, die Bildung des sozialistischen Weltsystems, die grandiosen Befreiungskämpfe und -siege, die von der Arbeiterklasse, den Werktätigen, über den Kapitalismus errungen wur-

den. Der Name Lenins ist zum Symbol der proletarischen Revolutionen, des Sozialismus und des Fortschritts, zum Symbol der kommunistischen Umgestaltung der Welt geworden.

Im Kampf um den Sieg des Kommunismus schöpfen wir ständig aus den Leninschen Ideen Kraft und Inspiration. Die Kommunistische Partei, das Sowjetvolk, die Werktätigen aller Länder bekunden Iljitsch ihre grenzenlose Liebe und Hochachtung und orientieren sich in ihren besten Gedanken und Bestrebungen nach ihm.

### **Der geniale Theoretiker der proletarischen Revolution und der sozialistischen Umgestaltung**

**L**enin ist als genialer Theoretiker der proletarischen Revolution und der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft in die Geschichte eingegangen. Er vereinigte in sich die Weisheit des Denkers und die Lebenserfahrungen des Volkes, die glänzende Kenntnis der marxistischen Theorie und das Verständnis für die dringenden Erfordernisse der Arbeiterbewegung. An der Grenze zweier historischer Epochen hat Lenin die Lehre von Marx auf der Grundlage neuer historischer Erfahrungen, des Studiums des Kampfes der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung der Völker schöpferisch weiter entwickelt und bereichert. Der Leninismus ist der Marxismus der neuen historischen Epoche, der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen, des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus und des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft. Der Leninismus ist die ewig lebendige Quelle des revolutionären Denkens und des revolutionären Handelns.

In den Werken von Wladimir Iljitsch wurden alle Bestandteile des Marxismus — Philosophie, politische Ökonomie und wissenschaftlicher Kommunismus — bereichert und konkretisiert.

Die Lehre Lenins vom Imperialismus als dem höchsten Stadium des Kapitalismus, von der Partei neuen Typs, der sozialistischen Revolution, der Diktatur des Proletariats in ihren verschiedenen Formen, der sozialistischen Demokratie, vom Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft

und allen Werktätigen, von der nationalen und der Agrarfrage sowie von den Wegen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft — dieser ganze Reichtum der Ideen Lenins ist die zuverlässige Waffe unserer Partei und der internationalen revolutionären Befreiungsbewegung.

Lenin hat die Positionen des historischen und dialektischen Materialismus kompromißlos verteidigt, eine tiefeschürfende philosophische Verallgemeinerung der neuesten naturwissenschaftlichen Entdeckungen vorgenommen und die Lehre von der Gesellschaft um neue Schlußfolgerungen bereichert, die in der gesellschaftlichen Praxis und in den Erfolgen der modernen Wissenschaft ihre glänzende Bestätigung gefunden haben. Die unschätzbaren Werke Lenins behalten auch in unseren Tagen ihre Aktualität. Der Leninismus ist die theoretische Grundlage für die Lösung der kompliziertesten Fragen des revolutionären Kampfes und des Aufbaus der neuen Gesellschaft.

Lenin sah in der Theorie kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. Gerade in der schöpferischen Entwicklung des Marxismus liegt die unvergängliche Kraft der Ideen W. I. Lenins. Kennzeichnend für Lenins Verhältnis zur Theorie sind revolutionäres Schöpferium und Treue zu den Prinzipien des Marxismus, die Verbindung der Theorie mit dem Leben, mit der revolutionären Praxis.

Lenins Denken galt stets den Interessen der Werktätigen.

Konsequent verteidigte Lenin die Reinheit des Marxismus und unversöhnlich bekämpfte er revisionistische und dogmatische Entstellungen der revolutionären Theorie. Die historischen Erfahrungen haben gezeigt, daß jegliche Abweichung von den Prinzipien der marxistisch-leninistischen Lehre von ihrem internationalen Charakter, alle Versuche, die wissenschaftliche Theorie durch eine bürgerlich-liberale oder pseudorevolutionäre Phrase zu ersetzen, unweigerlich in einen unversöhnlichen Konflikt mit den historischen Zielen der internationalen Arbeiterklasse und mit den Grundinteressen des Sozialismus geraten.

### Lenin — Begründer und Führer der Partei der Bolschewiki

**L**enin ist in die Geschichte eingegangen als größter Führer der proletarischen Revolution, als Begründer und Führer der Partei der Bolschewiki — der Vorhut der Arbeiterklasse, der Partei neuen Typs, der Partei der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats, der Partei des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus, der höchsten Form der gesellschaftlich-politischen Organisation.

Sein Leben und Wirken sind vom Kampf der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei nicht zu trennen. Er hat klar gesehen, daß ohne eine revolutionäre marxistische Partei weder der Sieg der sozialistischen Revolution noch der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus möglich sind.

Das Leben hat die Idee Lenins bestätigt, daß nur die Partei vorbildlicher Kämpfer sein kann, die sich von einer fortschrittlichen Theorie leiten läßt und die in der Lage ist, richtige politische Führung zu sichern. Lenin hat die Partei gelehrt, von den realen Gegebenheiten ausgehend, kühn die Initiative zu ergreifen, eine elastische und variable Taktik sowie die verschiedenen Formen und Methoden des Klassenkampfes anzuwenden. Die Partei und Lenin haben ein Programm für demokratische und sozialistische revolutionäre Umgestaltungen ausgearbeitet, die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen für den Sturm auf die Selbstherrschaft und den Kapital-

Die Ideen des Marxismus-Leninismus leben und triumphieren in den grandiosen Umgestaltungen, die das Sowjetvolk unter Führung der Partei Lenins vollbracht hat. Die Ideen des Marxismus-Leninismus leben und triumphieren in den Errungenschaften der Völker der sozialistischen Länder, in den Erfolgen der kommunistischen Weltbewegung, der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungskräfte.

Die revolutionäre Theorie wird ständig durch die theoretische Tätigkeit der KPdSU und der Bruderparteien, durch das kollektive Denken der kommunistischen Weltbewegung bereichert.

lismus politisch organisiert. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die weltgeschichtlichen Errungenschaften des Sozialismus sind der größte Sieg der Strategie und Taktik des Leninismus.

Lenin hat allseitig dargelegt, daß die kommunistische Partei nicht nur bei der Eroberung der Macht, sondern auch beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus die führende Rolle innehat. Er hat die großen Ziele und die historische Berufung der Partei für lange Zeit bestimmt. „Indem der Marxismus die Arbeiterpartei erzieht, erzieht er die Vorhut des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und das ganze Volk zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu lenken und zu organisieren, Lehrer, Leiter und Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten beim Aufbau ihres gesellschaftlichen Lebens ohne Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie zu sein“, sagte Wladimir Iljitsch.

Die Kommunistische Partei, die in ihren Reihen die besten Vertreter der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz vereint, tritt als führende politische Kraft der sozialistischen Gesellschaft auf. Bei der Lösung neuer komplizierter Aufgaben, die während des Aufbaus des Kommunismus entstehen, stützt sich unsere Partei auf die Theorie von Marx, Engels und Lenin, auf die überaus reichen Erfahrungen der Sowjetunion, der sozialistischen Bruderländer, der internationalen kommunistischen und Ar-

beiterbewegung. Die Kommunistische Partei entwickelt und bereichert den Inhalt des Marxismus-Leninismus, die Wissenschaft vom Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Die tief-schürfende Analyse der objektiven Prozesse des sozialökonomischen und geistigen Lebens der Gesellschaft und die allseitige Berücksichtigung des Verhältnisses der Klassenkräfte und der konkreten Besonderheiten jedes geschichtlichen Moments sind die Grundlage der Entwicklung des Marxismus-Leninismus, der Ausarbeitung der Innen- und Außenpolitik der Kommunistischen Partei.

Lenin hat der Einheit der Ansichten und Handlungen der Partei, der Festigung der bewußten Disziplin und Geschlossenheit ihrer Reihen, der Entfaltung der innerparteilichen Demokratie und der schöpferischen Aktivität der Parteimitglieder sehr große und entscheidende Bedeutung beigemessen. Er hat die Normen und Prinzipien des Parteilebens ausgearbeitet und be-

gründet. Geleitet von diesen Prinzipien, hat unsere Partei hervorragende Erfolge erzielt. In der festen Verbindung mit der Arbeiterklasse und allen Werktätigen, in der ständigen Selbstkritik liegen die Stärke und die Unbesiegbarkeit unserer Partei.

Die Dokumente des XXIII. Parteitages der KPdSU enthalten die wichtigsten Forderungen nach weiterer Stärkung der Reihen der Partei, nach Entwicklung der innerparteilichen Demokratie und Festigung der Parteidisziplin, nach Hebung der Kampfkraft der Grundorganisationen der Partei, nach besserer Arbeit bei der Auswahl, dem Einsatz und der Erziehung der Kader sowie bei der Kontrolle der Erfüllung der Parteibeschlüsse und nach Wissenschaftlichkeit in der Parteiarbeit.

Bei der Erfüllung der Beschlüsse des XXIII. Parteitages der KPdSU konnten die Parteiorganisationen ihre Tätigkeit bedeutend beleben und die Aktivität der Kommunisten erhöhen.

### **Die marxistische Staatslehre**

#### **und ihre Verwirklichung im ersten sozialistischen Staat der Erde durch Lenin**

**L**enin ist in die Geschichte eingegangen als Begründer und Führer des ersten sozialistischen Staates der Welt — des Staates der Arbeiter und Bauern. Lenin hat die marxistische Staatslehre entwickelt und die historische Bedeutung der Sowjetrepublik umfassend dargelegt, eines Staates neuen Typs, der unermesslich höher steht und demokratischer ist als jede beliebige bürgerlich-parlamentarische Republik. Er hat betont, daß das werktätige Volk, durch die Sowjets geeint, alle Angelegenheiten des Staates verwalten kann und muß.

In der ständigen Festigung der Sowjets und des sozialistischen Staates sah Lenin die notwendige Grundvoraussetzung, die den zuverlässigen Schutz der Interessen der Arbeiterklasse, aller Werktätigen und die Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf sozialistischer Grundlage sichern kann.

Die Menschheit kann nicht vorankommen, wenn sie nicht Schritte zum Sozialismus tut, sagte W. I. Lenin. Der Sozialismus ist die Verwirklichung der objektiven Erfordernisse der gesell-

schaftlichen Entwicklung, der Ausdruck der Interessen der Arbeiterklasse und der breitesten Volksmassen. Allein die sozialistische Organisation der Gesellschaft ist in der Lage, die Entwicklung der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zum Wohle des Volkes zu lenken, die Werktätigen zur freien Arbeit und zum freien Schöpfer-tum zu inspirieren, der allseitigen Entfaltung der Talente und Fähigkeiten der Menschen ein weites Feld zu öffnen. Der Sozialismus ist der rasche und unaufhaltsame Fortschritt auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und der menschlichen Tätigkeit.

Lenin betonte, daß die nach dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik geschaffene Großindustrie die einzige materielle Grundlage des Sozialismus sein kann. Nur eine hochentwickelte Produktion vermag die Arbeit der Arbeiter und Bauern zu erleichtern und einen Überfluß an materiellen Gütern zu schaffen. Nur der Aufbau kann als sozialistisch bezeichnet werden, der nach einem großen umfassenden Plan in dem Bestreben

vorgenommen wird, die ökonomischen und wirtschaftlichen Werte gleichmäßig zu nutzen.

Auf Initiative und unter direkter Leitung W. I. Lenins ist der Goelro-Plan ausgearbeitet worden — der erste einheitliche Volkswirtschaftsplan, dessen Verwirklichung die wichtigste Etappe bei der Schaffung der materiell-technischen Basis der sozialistischen Gesellschaft war. Die Industrialisierung des Landes, die sich mit den ersten Fünfjahrplänen entfaltete, war eine gigantische Schlacht des Sowjetvolkes für den Sozialismus. Sie schuf das feste Fundament für die Entwicklung aller Zweige der Volkswirtschaft und die Hebung des Volkswohlstands, sie sicherte die Verteidigungskraft unserer Heimat und führte das Land in die vorderste Linie des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die fünfzigjährigen Erfahrungen des Sozialismus haben die Richtigkeit der Leninschen Politik der Schaffung einer sozialistischen Großindustrie bestätigt.

Um mit der jahrhundertelangen Rückständigkeit der Bauernschaft Schluß zu machen und eine feste ökonomische Grundlage des Sozialismus auf dem Lande zu errichten, war es

notwendig, die tiefstgreifenden sozialistischen Umgestaltungen in der Landwirtschaft auf der Grundlage des Leninschen Genossenschaftsplans vorzunehmen. W. I. Lenin sagte wiederholt, daß man mit der Kleinwirtschaft nicht aus der Not herauskommen könne, daß man die Grundlage des Kommunismus in der Landwirtschaft nur durch eine gewaltige technische Entwicklung schaffen könne.

Der freiwillige massenweise Zusammenschluß der Bauern in Kollektivwirtschaften, die Liquidierung des Kulakentums, der letzten Ausbeuterklasse, und die Organisation der Sowchose bedeuteten eine grundlegende soziale Umwälzung im Leben der Bauernschaft und führten zur Schaffung der modernen landwirtschaftlichen Großproduktion, die das Leben im Dorf von Grund auf veränderte. Die Kollektivierung führte das Dorf auf den sozialistischen Entwicklungsweg, festigte das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Die fünfzigjährigen Erfahrungen des Sozialismus bestätigen die Richtigkeit der Leninschen Politik der Partei zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft.

### **Sozialismus — lebendiges Schöpfungstum des Volkes**

**W. I. Lenin sagte, daß der Sozialismus lebendiges Schöpfungstum des Volkes ist, wenn die Werktätigen selbst das neue Leben aufbauen, mit ihren Erfahrungen die schwierigsten Fragen der sozialistischen Organisation lösen.** Darin besteht der reale demokratische Inhalt des Sozialismus. Der Sozialismus bezieht Millionen Arbeiter und Bauern in das aktive gesellschaftlich-politische Leben ein, schafft breite Möglichkeiten für ihre Beteiligung an der Leitung der Gesellschaft, garantiert materiell und politisch die Rechte und Freiheiten der Werktätigen.

Beim Aufbau des Kommunismus werden der sozialistische Staat und die sozialistische Demokratie vervollkommen und weiterentwickelt. Im Leben der sowjetischen Gesellschaft, bei der Entfaltung der Aktivität der Massen im politischen Leben und in der Arbeit nehmen die Organe der Volksmacht — die Sowjets — sowie die gesellschaftlichen Organisationen — die sowjetischen Gewerkschaften,

der Leninsche Komsomol, die Genossenschaften und andere Organisationen — einen wichtigen Platz ein. Unsere Partei sieht ihre Aufgabe darin, die Aktivität und die Initiative der Sowjets, der Gewerkschafts-, Komsomol- und der anderen gesellschaftlichen Organisationen auch weiterhin allseitig zu erhöhen. Eine entscheidende politische Voraussetzung für die Festigung und Entwicklung der sozialistischen Demokratie ist die führende Rolle der Kommunistischen Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse, der Volksmassen zum Ausdruck bringt.

Freiheit für die Werktätigen ist vor allem Freiheit von Ausbeutung, von sozialer, politischer und nationaler Unterdrückung, von Rückständigkeit und Unwissenheit. Lenin lehrte, die Frage der Freiheit konkret-historisch zu betrachten: Freiheit für wen, für welche Klasse? Freiheit wovon? Freiheit wofür? Die Interessen des Sozialismus, die Interessen des Volkes erfordern, die Errungenschaften der so-

zialistischen Demokratie gegen die Intrigen des Imperialismus, gegen gesellschaftsfeindliche, antisozialistische Elemente zu verteidigen. Die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie, der Freiheit der Persönlichkeit setzt die Erziehung aller Mitglieder der Gesellschaft zur Unversöhnlichkeit gegenüber jeglichen Anschlägen auf die Prinzipien und Normen des sozialistischen Zusammenlebens voraus.

Für die Stärkung des Sozialismus, für das Wohl des Volkes ist es von großer Bedeutung, daß jedes Mitglied der Gesellschaft um seine Verantwortung für unsere gemeinsame Sache, seine staatsbürgerliche Pflicht gegenüber der sozialistischen Heimat weiß. Freiheit ist ohne Verantwortung jedes Mitglieds der Gesellschaft gegenüber der Gesellschaft undenkbar. Lenin betonte: Man kann nicht in der Gesellschaft leben und frei von der Gesellschaft sein.

Der Aufbau des Sozialismus, lehrte Wladimir Iljitsch, ist ohne eine ganze historische Etappe der kulturellen Entwicklung der Massen nicht möglich. Die Oktoberrevolution, die Sowjetmacht, schufen die Voraussetzungen für die Bildung und das bewußte schöpferische Wirken der Arbeiter und Bauern. Die Kulturrevolution in unserem Lande hat den Sowjetmenschen Bildung und Wissen, eine Blüte der Wissenschaft gebracht, eine Volksintelligenz geschaffen, die sozialistische Ideologie in allen Bereichen des geistigen Lebens der Gesellschaft durchgesetzt, die Schätze der Weltkultur bewahrt und vermehrt. Von den Ideen der sozialistischen Revolution durchdrungen, sind Literatur und Kunst zum Bestandteil der proletarischen Sache, des Kampfes des ganzen Volkes für den Sieg des Kommunismus geworden. Die fünfzigjährigen Erfahrungen des Sozialismus haben die Richtigkeit der Leninschen Politik der Partei auf dem Gebiet des kulturellen Aufbaus bestätigt.

Lenins Genius löste theoretisch und praktisch die Nationalitätenfrage. W. I. Lenin unterstrich die Notwendigkeit eines solchen Bündnisses der befreiten Nationen, das auf vollstem Vertrauen, auf der klaren Erkenntnis der brüderlichen Einheit im Kampf um den Sieg des Sozialismus und Kommunismus beruht.

Die unverbrüchliche Brüderlichkeit der Völker der UdSSR, das Aufblühen der Wirtschaft und Kultur der sozialistischen Republiken unserer Heimat, ihre feste Einheit bestätigen überzeugend die Richtigkeit der Leninschen Lehre und der Politik der Partei bei der Lösung der Nationalitätenfrage, den Triumph der Ideen des proletarischen Internationalismus.

Mit dem Namen W. I. Lenins sind die Entstehung der sowjetischen Streitkräfte, ihre heldenhafte Geschichte untrennbar verknüpft. Ihm gebührt ein historisches Verdienst bei der Begründung des militärischen Programms der proletarischen Revolution, der Lehre von der Verteidigung des sozialistischen Vaterlands. Im Laufe der gesamten Geschichte des Sowjetstaates haben unsere Streitkräfte im Kampf gegen die Feinde ihr Kampflunnen ehrenvoll getragen, Freiheit und Unabhängigkeit der sozialistischen Heimat verteidigt und die Völker der Welt vor der faschistischen Knechtschaft bewahrt. Das Sowjetvolk und seine Streitkräfte werden sich stets des Vermächtnisses Lenins bewußt sein — Wachsamkeit zu üben und gegenüber den Ränken der Imperialisten immer auf der Hut sein.

Die Partei und das Sowjetvolk haben, dem Vermächtnis Lenins folgend, gewaltige Schwierigkeiten und den wütenden Widerstand der Reste der Ausbeuterklassen überwunden und unser Land in kürzester historischer Frist in eine starke sozialistische Macht verwandelt, die auf dem unzerstörbaren Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, auf der brüderlichen Freundschaft aller Völker der UdSSR begründet ist.

Die Generallinie zum Aufbau des Sozialismus hat die Partei im Kampf gegen den Trotzismus, den „linken“ und „rechten“ Opportunismus, gegen nationale Abweichungen und andere antileninistische Gruppierungen verteidigt, die versuchten, die Partei vom richtigen Weg abzudrängen, der von Lenin vorgezeichnet war.

Der vollständige, endgültige Sieg des Sozialismus in der UdSSR und der Übergang zum Aufbau des Kommunismus sind die reale Verkörperung der Leninschen Ideen, der Triumph der Politik der Kommunistischen Partei.

Der Sozialismus hat vor der ganzen Welt seine große umgestaltende Kraft, die unbestreitbare Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus demonstriert. Der Sieg des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg, die Zerschlagung des schlimmsten Feindes des Fortschritts und der Zivilisation, des Faschismus, war eine überzeugende Bestätigung für die Unerschütterlichkeit des Sowjetstaates und für die

Treue des viele Nationen vereinigenden Sowjetvolkes zu den Ideen des Marxismus-Leninismus.

Die Ergebnisse der fünfzigjährigen Entwicklung der Sowjetunion sind ein unwiderlegbarer Beweis für die Richtigkeit und Lebensfähigkeit der marxistisch-leninistischen Lehre, für die Richtigkeit des Weges, den unser Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei geht.

### **Der anerkannte Führer des Weltproletariats und der internationalen Arbeiterbewegung**

**L**enin ist als anerkannter Führer des Weltproletariats und der internationalen kommunistischen Bewegung in die Geschichte eingegangen. Auf der Grundlage der Verallgemeinerung der Erfahrungen von drei russischen Revolutionen und des Kampfes der internationalen Arbeiterklasse leistete er einen gewaltigen Beitrag zur Ausarbeitung der Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung. W. I. Lenin kämpfte unermüdlich für die Festigung der Einheit des Proletariats. In der Einheit der Arbeiterklasse sah er die wichtigste Voraussetzung für den erfolgreichen Vormarsch zum festgelegten Ziel.

Lenin hielt das Banner des Internationalismus hoch und erzog die Kommunisten und alle Werktätigen im Geiste der internationalen Solidarität. „Das Kapital ist eine internationale Kraft“, erläuterte Lenin. „Um es zu besiegen, ist ein internationales Bündnis der Arbeiter, ihre internationale Brüderlichkeit notwendig. Wir sind Gegner der nationalen Feindschaft, der nationalen Zwietracht und der nationalen Isoliertheit. Wir sind Internationalisten.“

Beim Zusammenschluß der revolutionären Kräfte hat die auf Initiative Lenins gegründete Kommunistische Internationale eine hervorragende Rolle gespielt. W. I. Lenin kämpfte mit der ihm eigenen revolutionären Leidenschaft gegen Opportunismus, Abenteurertum und Nationalismus in der internationalen Arbeiterbewegung und machte die kommunistischen Parteien warnend auf die Gefährlichkeit dieser Erscheinungen für das Schicksal der Revolution und des Sozialismus aufmerksam.

Der Verlauf der Geschichte hat die Leninsche Analyse der internationalen

Entwicklung, die Charakteristik des reaktionären Wesens des Imperialismus und die Beurteilung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution als Wendepunkt in der Entwicklung der Menschheit, als Beginn der kommunistischen Weltrevolution voll und ganz bestätigt.

Unter dem Kampfbanner des Marxismus-Leninismus hat die internationale kommunistische Bewegung einen wahrhaft heroischen Weg zurückgelegt — von einer kleinen Gruppe revolutionärer Kämpfer bis zu der mächtigen Armee, die in ihren Reihen Millionen von Kommunisten vereinigt. Die marxistisch-leninistischen kommunistischen und Arbeiterparteien, die in fast allen Ländern der Welt bestehen, schreiten in der Vorhut der revolutionären Bewegung und leisten ihren Beitrag zur gemeinsamen Schatzkammer des Marxismus-Leninismus.

Die kommunistischen Parteien, die Arbeiterklasse, die Werktätigen haben hervorragende Siege im Kampf gegen den Imperialismus, für die Befreiung vom Klassenjoch des Kapitals, für die Beseitigung des schändlichen Systems der kolonialen Versklavung erzielt. Die Tatsache, daß die internationale Arbeiterklasse und das sozialistische Weltsystem in den Mittelpunkt der gegenwärtigen Epoche gerückt sind, sowie die Erfolge der nationalen Befreiungsrevolutionen sind welthistorische Siege des Marxismus-Leninismus.

Es erfüllt sich die Voraussicht Lenins, daß der Sieg der neuen, der sozialistischen Ordnung unausbleiblich ist, wie sehr die imperialistische Bourgeoisie auch toben und wüten mag.

Die imperialistische Reaktion geht bei dem Versuch, mit den wirtschaft-



lichen und politischen Erschütterungen fertig zu werden und aus der Sackgasse der unlösbaren sozialen Widersprüche herauszukommen, immer mehr den Weg der militärischen Abenteuer und Provokationen. Der Imperialismus bedroht das Leben von Millionen Menschen, die Früchte der Zivilisation und der Kultur. Der amerikanische Imperialismus, der zur Hauptgefahr für Frieden und Sicherheit der Völker geworden ist, verstärkt seine verbrecherischen Handlungen in den verschiedenen Teilen der Welt. Die Kräfte der Reaktion verüben Anschläge auf die Unabhängigkeit und Freiheit der Völker. Wie in der Vergangenheit greift die imperialistische Bourgeoisie immer häufiger zu den Methoden der faschistischen Diktatur.

Unter diesen Bedingungen ist der Aufruf Lenins zur Einheit aller revolutionären und fortschrittlichen Kräfte im Kampf gegen die imperialistische räuberische Politik, für Demokratie, Sozialismus und Frieden von besonderer Aktualität.

In der Welt von heute tobt ein heftiger Kampf der zwei Ideologien — der sozialistischen und der bürgerlichen —, ein Kampf, der die Unversöhnlichkeit der Klassenpositionen des Proletariats und der Bourgeoisie, des Sozialismus und des Kapitalismus widerspiegelt. W. I. Lenin betonte, daß

### **Der leidenschaftliche Kämpfer und Erzieher**

**L**enin ist als leidenschaftlicher Kämpfer für die Freiheit und das Glück der Werktätigen in die Geschichte eingegangen. Er hat selbstlos für den Sieg des Sozialismus gekämpft. „Es ist eine große Sache, und für diese Sache lohnt es, auch das Leben einzusetzen“, schrieb Lenin. Und sein ganzes Leben war der Sache der Arbeiterklasse, des werktätigen Volkes, der Sache der Revolution, der Sache des Kommunismus gewidmet. Iljitsch war den Feinden gegenüber unversöhnlich, war prinzipienfest in der Politik und elastisch bei der Lösung konkreter Probleme, untrennbar mit den Massen verbunden, feinfühlig und aufmerksam gegenüber Menschen, bescheiden, anspruchsvoll gegenüber sich und anderen — das ist das unvergängliche Bild unseres Führers und Lehrers.

**Es gibt nichts Erhebenderes und Edleres, als Lenin zu folgen, selbstlos für**

„es unsere Aufgabe ist, den ganzen Widerstand der Kapitalisten, nicht nur den militärischen und politischen, sondern auch den ideologischen, der am stärksten und mächtigsten ist, zu brechen“. Die imperialistische Bourgeoisie setzt hauptsächlich auf die nationalistischen, revisionistischen und linkssektiererischen Elemente, sie versucht, das Klassenbewußtsein abzustumpfen, die ideologisch-politische Einheit der Völker der sozialistischen Länder zu schwächen und Zwietracht unter den Werktätigen zu säen.

Es gibt keine Neutralität und keinerlei Kompromisse im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, und es kann sie auch nicht geben: Die Prinzipien der Klassen lassen sich nicht aussöhnen, sie müssen im Kampf siegen. Die Entlarvung der bürgerlichen Ideologie ist die revolutionäre Pflicht der Marxisten-Leninisten.

Unter dem Banner des Marxismus-Leninismus schließen sich die Werktätigen der ganzen Welt im Kampf gegen den Imperialismus, gegen die imperialistische Politik der militärischen Abenteuer und der internationalen Provokationen, für Frieden, Demokratie und Sozialismus, für nationale Unabhängigkeit und Freiheit der Völker zusammen. Die Lehre von Marx, Engels und Lenin ist allmächtig, weil sie richtig ist.

**die Sache zu kämpfen, der er sein Leben widmete.** Die Arbeiter, Bauern, die Intelligenz, das ganze viele Nationalitäten umfassende Sowjetvolk sind dem Leninismus treu, leben, arbeiten und siegen im Namen Lenins. In der bewußten Arbeit und im Schöpferium der Massen zeigt sich die Treue zum Leninismus, zur Sache des Kommunismus. In allen Taten der Sowjetmenschen findet die Größe der Ideen und der Gedanken von Wladimir Iljitsch Lenin ihre lebendige Verkörperung.

Unsere Partei ist in ihrer gesamten ruhmreichen Geschichte der Leninischen Generallinie des kommunistischen Aufbaus gefolgt. Im Programm der Partei und in den Beschlüssen des XXIII. Parteitags der KPdSU wurden die weiteren Aufgaben für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, für die Vervoll-

kommnung der gesellschaftlichen Beziehungen und für die Erziehung der Sowjetmenschen im Geiste hohen politischen Bewußtseins festgelegt.

**W. I. Lenin hat der kommunistischen Erziehung der Jugend, ihrer aktiven Beteiligung am revolutionären Kampf und am Aufbau der neuen Gesellschaft sehr große Bedeutung beigemessen.**

Er hob die Wichtigkeit hervor, daß die Jugend eine einheitliche revolutionäre Weltanschauung entwickelt, sich die überaus reichen Erfahrungen der älteren Generation zu eigen macht und die Fähigkeit erwirbt, den Kommunismus zu einer Anleitung für das praktische Handeln zu machen. Iljitsch sagte, daß der Jugend eine gewaltige und edle, aber auch schwere Aufgabe zufällt — der Kampf für den Sozialismus. W. I. Lenin schrieb, daß an dem Gebäude der sozialistischen Gesellschaft, für das wir den Grundstein legten, von unseren Kindern noch eifriger gebaut werden wird. An die Jungen und Mädchen ist der flammende Aufruf Lenins gerichtet: „Junge Genossen, verstärkt, Eure Arbeit in dieser Richtung, um mit frischen, jungen Kräften an die Gestaltung des neuen, lichten Lebens zu gehen.“

Wenn die Jugend in das bewußte Leben eintritt, geht sie unter der Führung der Partei den Weg der Väter, setzt die revolutionären Traditionen fort und vermehrt die materiellen und geistigen Schätze unserer Gesellschaft. Die Kommunistische Partei und das

Sowjetvolk sind stolz auf die heldenhafte fünfzigjährige Geschichte des Leninschen Komsomol, auf die ruhmreichen Taten unserer Jugend, die in allen Etappen des revolutionären Kampfes und des sozialistischen Aufbaus ihre grenzenlose Treue zu den Ideen des Kommunismus bewies. Unter Führung der Partei ist der Leninsche Komsomol zu einer hervorragenden Schule des gesellschaftlichen Lebens, der politischen Stählung und der kommunistischen Erziehung für die junge Generation geworden.

Die Sowjetmenschen haben unter der Führung der Partei auf allen Gebieten des kommunistischen Aufbaus große Erfolge erzielt. Mit gewaltiger Begeisterung verwirklicht unser Volk die vom XXIII. Parteitag der KPdSU und von den Plenartagungen des Zentralkomitees ausgearbeiteten politischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Maßnahmen zur Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion, des materiellen und kulturellen Lebensstandards der Werktätigen und zur weiteren Festigung der moralisch-politischen Einheit der sowjetischen Gesellschaft. Die Entwicklung der Wirtschaft ist durch ein beschleunigtes Tempo der Industrieproduktion gekennzeichnet. Die Arbeit in der Landwirtschaft wird verbessert. Es wächst der Wohlstand des Volkes. All das inspiriert die Sowjetmenschen zur erfolgreichen Lösung neuer großer Aufgaben.

### **Fest auf Leninschem Kurs**

**Die Partei wird auch weiterhin fest und konsequent den Leninschen Kurs einhalten.**

Den Leninschen Kurs steuern und für die Erfüllung des Vermächtnisses Lenins kämpfen bedeutet:

— Alles Notwendige für den Aufbau des Kommunismus tun, mit selbstloser Arbeit die materiellen und geistigen Schätze der sozialistischen Heimat mehren;

— die materiell-technische Basis des Kommunismus schaffen, für ein ständiges Wachstum der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion sowie für die Hebung des Wohlstands und des kulturellen Niveaus des Volkes kämpfen, die Leitungsmethoden der Volkswirtschaft vervollkommen, die

Arbeitsproduktivität steigern, beharrlich für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts kämpfen und zur Achtung vor dem werktätigen Menschen erziehen;

— die weitere Festigung der moralisch-politischen Einheit der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Volksintelligenz, die brüderliche Verbundenheit und Freundschaft der Völker unseres Landes — das Unterpfand aller unserer Siege — anstreben;

— den Sowjetstaat festigen, die sozialistische Demokratie entfalten, die Rolle und die Verantwortung der Sowjets und der gesellschaftlichen Organisationen in unserem ganzen Leben stärken, die Werktätigen immer mehr in die praktische Arbeit zur Lenkung des Staates einbeziehen, einen neuen

Menschen — den aktiven Kämpfer für den Kommunismus — erziehen;

— ständig die Reihen der Kommunistischen Partei festigen, die Einheit von Partei und Volk hüten, die Leninischen Normen des Partei- und des staatlichen Lebens strikt einhalten, sich prinzipiell verhalten, sachlich in der Arbeit, bescheiden und feinfühlig sein, Disziplin und Organisiertheit festigen, unversöhnlich gegen gesellschaftsfeindliche Handlungen sein und die Mängel entschlossen aufdecken und beseitigen;

— die Reinheit der marxistisch-leninistischen Theorie hüten, sie entsprechend den konkret-historischen Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung schöpferisch bereichern, einen prinzipiellen und unversöhnlichen Kampf gegen jegliche Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie führen;

— ständig für die Erhöhung der Verteidigungsmacht der sowjetischen Heimat sorgen, die ständige Bereitschaft

des Volkes und der Armee unterstützen, eine Aggression der Imperialisten abwehren und die sozialistische Heimat verteidigen;

— seine internationalistische Pflicht erfüllen, die internationale proletarische Solidarität im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion festigen, den revolutionären Kampf des Proletariats gegen kapitalistische Knechtschaft und Unterdrückung und die nationale Befreiungsbewegung allseitig unterstützen, die Macht des sozialistischen Weltsystems und die Geschlossenheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung stärken.

Unsere Partei, die Arbeiterklasse, das sowjetische Volk haben als erste den Weg des Sozialismus und Kommunismus beschritten. Die sowjetischen Menschen sind sich ihrer hohen historischen Verantwortung bewußt und setzen alle ihre Kräfte für den Triumph der großen Ideen des Marxismus-Leninismus ein.

\* \* \*

Im abschließenden Teil des Beschlusses des ZK der KPdSU werden die Parteiorganisationen, die gesellschaftlichen Organisationen, Presse und Rundfunk, die Ministerien usw. darauf hingewiesen, umfassende Anstrengungen zu unternehmen, konkrete Pläne zur Vorbereitung auf den 100. Geburtstag W. I. Lenins auszuarbeiten. Das Vermächtnis Lenins soll die ganze politische Arbeit auf die Erziehung der Sowjetmenschen im Geiste der Treue zum Leninismus richten und zur Unversöhnlichkeit gegenüber dem Kapitalismus und der bürgerlichen Ideologie. Der bedeutsame Gedenktag soll durch schöpferische Arbeit zur Weiterentwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus vorbereitet werden. Große Aufmerksamkeit wird

im Beschluß auf das gründliche Studium der revolutionären Theorie durch die breiten Massen der Parteimitglieder und Parteilozen gelegt.

Diese Hinweise aus dem Beschluß der KPdSU sind auch für unsere Parteiorganisationen von aktueller Bedeutung für die Verstärkung der Positionen des Leninismus in der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie, im Kampf gegen die revisionistischen und sektiererischen Auffassungen und für die weitere ideologisch-politische Festigung unserer Partei.

Zentralkomitee  
der Kommunistischen Partei  
der Sowjetunion

(Zwischenüberschriften von der  
Redaktion)

## Die Arbeiterklasse in der Phase der ansteigenden Konjunktur

### Die westdeutsche Wirtschaftsentwicklung bis Mitte 1968

Nachdem der Index der Industrieproduktion zwischen August 1966 und September 1967 fast ununterbrochen unter dem Stand des Vorjahres gelegen hatte, zeigte die westdeutsche Wirtschaftskurve seit dem Oktober 1967 — trotz sehr unterschiedlicher

Entwicklung in den einzelnen Teilbereichen — insgesamt wieder nach oben. Seit Februar 1968 ging ferner die ausgewiesene Zahl der Arbeitslosen zurück, nicht allein saisonmäßig bedingt, sondern auch gegenüber der vergleichbaren Zeit des Vorjahres.

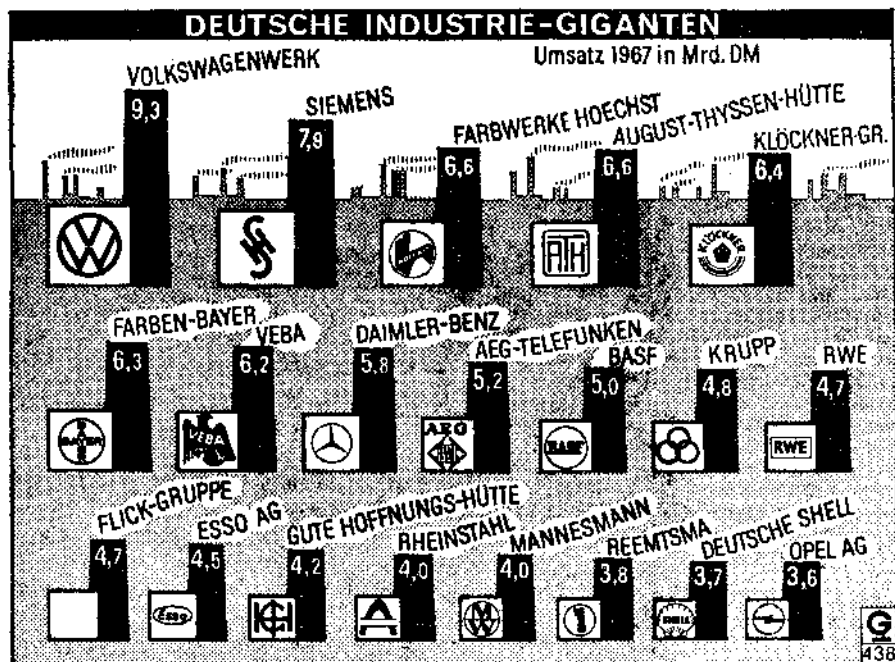
Es wäre allerdings falsch, die gegenüber dem Krisenjahr verhältnismäßig hohen Wachstumsraten überzubewerten, die sich deutlich von den niedrigen Produktionszahlen des Jahres 1966/1967 abheben. Zieht man das vorletzte Jahr (1965/66) zum Vergleich heran, so ist — mit Ausnahme des Monats Dezember 1967 — der Produktionsfortschritt in zwei Jahren nur gering, in den meisten Zweigen sehr schwach oder selbst negativ.

Wie das Deutsche Wirtschaftsinstitut bereits in früheren Arbeiten darlegte, war die Krise von 1966/67 nicht nur zyklisch bedingt, sondern zugleich eine strukturelle Überproduktionskrise. Sie war nach dem Kriegsende die erste sich auf die meisten Branchen erstreckende Überproduktionskrise; ihre Besonderheit bestand in ihrer engen Verflechtung mit den Folgen der aggressiven Politik des Imperialismus in Westdeutschland unter den Bedingungen eines voll entfalteten staatsmonopolistischen Systems. Das bestimmte den gesamten Verlauf

des Krisenzyklus und damit auch wesentliche Momente in der zeitweiligen Überwindung der Krise.

In ihrem Verlauf zeigten sich gewisse Potenzen der staatsmonopolistischen Eingriffe in den Reproduktionsprozeß, aber zugleich unverkennbar auch deren Grenzen. Der staatsmonopolistische Kapitalismus verfügt nicht über die Macht, Überproduktionskrisen, Überkapazitäten, Arbeitslosigkeit, Strukturschwierigkeiten usw. im kapitalistischen System einfach zu beseitigen. Aber wenn die zeitweise und bedingte, insgesamt äußerst widerspruchsvolle Wirkung konkreter staatsmonopolistischer Maßnahmen für das Monopolkapital deswegen negiert wird, so muß dies zu unrichtigen Folgerungen für die Strategie und Taktik der Arbeiterklasse führen.

Gleichfalls falsch wäre es jedoch, das Überschreiten des Krisentiefpunktes Mitte 1967 allein oder in erster Linie aus staatsmonopolistischen Eingriffen abzuleiten bzw. die Krise von 1966/67 vorwiegend aus angeblich vermeidba-



ren „Fehlern“ der Erhard'schen Wirtschaftspolitik zu erklären. Solche Meinungen finden sich selbst in der westdeutschen Gewerkschaftspresse. Sie überschätzen nicht nur die 1966 gegebenen objektiven Wirkungsmöglichkeiten der Bundesregierung, der Bundesbank usw. Sie schreiben auch dem Notstandskabinett Kiesinger/Strauß praktisch fast unbegrenzte „ökonomische“ Kräfte zu.

In Wirklichkeit stand der erhebliche Rückgang der westdeutschen Produktion während des ersten Halbjahrs 1967 in krasssem Gegensatz zu den überoptimistischen Prognosen Schillers vom Dezember 1966. Die von ihm mit Genehmigung des im Kabinett tonangebenden Franz Josef Strauß eingeleiteten staatsmonopolistischen Maßnahmen zeigten keineswegs den sofort erhofften antizyklischen Effekt.

Die beiden Reproduktionszyklen, die der Krise 1966/67 vorausgingen, zeig-

ten für die gesamte Industrie nach dem jeweiligen zyklischen Tief der Zuwachsraten (II. Quartal 1958 und I. Quartal 1963) zunächst eine deutliche Aufwärtsbewegung, danach zwei bis drei Quartale hindurch ein Verharren etwa auf dem gleichen Stande, schließlich jedoch bis zum folgenden Hoch (I. Quartal 1960 und I. Quartal 1964) einen verhältnismäßig steilen Anstieg. Der Zeitraum zwischen Tief und Hoch verkürzte sich dabei von Zyklus zu Zyklus.

Das bisherige Bild der Aufwärtsbewegung seit Herbst 1967 zeigt einen erheblich steileren Anstieg. Der Kontrast der letzten Monate gegenüber dem Krisenjahr 1967 kann allerdings bei genauerer Analyse nicht verdecken, daß — wie bereits einleitend dargelegt — das Niveau von 1966 im Durchschnitt bisher nur wenig übertroffen wurde.

### Arbeiterklasse und Krisenausweg

Mit dem Beginn der 60er Jahre trat der westdeutsche staatsmonopolistische Kapitalismus in eine neue Phase seiner Entwicklung. Sie ist durch die Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche gekennzeichnet, die sich aus den Veränderungen der ökonomischen Entwicklungsbedingungen, den wachsenden Anforderungen der technischen Revolution unter Beibehaltung des aggressiven Kurses und dem wachsenden Einfluß des Sozialismus ergeben. Durch stärkere staatsmonopolistische Regulierung der ökonomischen Prozesse und der Klassenbeziehungen soll diesen Faktoren begegnet und die innere Stabilität der kapitalistischen Ordnung gewährleistet werden. Die Wirtschaftskrise war der unmittelbare Anlaß, um diese strategische Konzeption des westdeutschen Monopolkapitals jetzt mit Hilfe sozialdemokratischer Minister durchzusetzen. Diesem Zwecke dienten zahlreiche 1967 erlassene gesetzliche Regelungen, denen die erklärte Absicht zugrunde lag, den von den Monopolen verfolgten aggressiven Kurs auch innenpolitisch abzusichern.

Der Komplex der bisher erlassenen Gesetze und Bestimmungen zum Ausbau des staatsmonopolistischen Instrumentariums hat vor allem eine starke

Beschränkung der demokratischen Rechte der westdeutschen Werktätigen zum Inhalt, und ferner dient er dazu, ihren Anteil am Nationaleinkommen zu verringern. Bis dahin regulierte der Staat das Verhältnis von Lohn und Profit im wesentlichen über die Sekundärverteilung des Nationaleinkommens. Nunmehr versucht er, über die Festlegung von Lohnleitlinien darauf bereits bei der Primärverteilung im Interesse der Monopolherren bestimmenden Einfluß zu nehmen. Im Kampf um die Verbesserung ihrer materiellen Lage stehen die Arbeiter daher nicht allein den Unternehmern gegenüber, sondern stärker als zuvor dem mit den Monopolen eng verflochtenen Staatsapparat. Diese veränderte Klassenkampfsituation wurde für die westdeutschen Werktätigen im vergangenen Krisenjahr und später beim Austritt aus der Wirtschaftskrise ganz offen sichtbar.

Die Produktionszahlen stiegen seit Oktober 1967 wieder an, obwohl für die einzelnen Zweige unterschiedlich. Doch für die Werktätigen erfolgte in dieser Zeit kaum eine Verbesserung ihrer bis dahin von der Krise geprägten ökonomischen Situation. Im Gegenteil: Es wurde deutlich, daß sich der Austritt aus der Krisenphase für

die „Wirtschaft“ unter verschärftem Druck auf die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung vollzog. Nun ist es zwar nicht neu, daß der Ausweg aus der Krise auf dem Rücken der Werktätigen vor sich geht. Doch die Schillersche „Antikrisenpolitik“ modifizierte den Prozeß in der Richtung, daß sie die Anstrengungen der privaten Konzerne und Unternehmen, die Krisenlasten durch brutalere Ausbeu-

tung von sich abwälzen, durch neuartige staatliche Eingriffe direkt unterstützte und durch die betonte Stimulierung der Profite ergänzte. Sie hat damit die Krisensituation für die Werktätigen noch verlängert und Bedingungen für eine noch stärkere Abwälzung der Krisenlasten seitens der Monopole und für eine drastische Steigerung der Profite geschaffen.

### **Profitexplosion bei stagnierendem Masseneinkommen**

Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sollten nach der ersten Bonner Prognose im Jahre 1968 um 11,8 Prozent steigen. Aber nach der Voraussage von sechs westdeutschen wirtschaftswissenschaftlichen Instituten ist in diesem Jahr eine Gewinnexplosion zu erwarten, die noch darüber hinausgeht. Die Profite werden hiernach im ersten Halbjahr 1968 um 19,3, im zweiten um 19,9 Prozent steigen. Die inzwischen bekanntgewordenen Zahlen übertreffen selbst diese Voraussage noch.

Löhne und Gehälter dagegen stiegen 1968 programmgemäß nur schwach. Die Summe der Nettolöhne und -gehälter erhöhte sich im ersten Vierteljahr gegenüber 1967 um wenig mehr als ein Prozent. Dabei sanken die Effektivverdienste je Arbeitsstunde auf Grund verschiedener Unternehmermanipulationen häufig sogar absolut ab. Zum Beispiel versuchten die Unternehmer in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie, im Zuge der Einführung neuer Lohnrahmenabkommen die Löhne durch „Neueinstufungen“ abzubauen. Mit mehrtägigen Streiks und Demonstrationen setzten sich die Arbeiter dagegen zur Wehr. Die Bestrebungen der Unternehmer, vor allem in der Textil- und Bekleidungsindustrie, tariflich nicht abgesicherte Lohnbestandteile abzubauen, wurden durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom 14. Februar 1968 unterstützt. Dieses stellte die sogenannte „Effektivklausel“ in Zweifel, nach der tariflich vereinbarte Lohn-erhöhungen auch für übertariflich Entlohnte effektiv wirksam werden müssen. Berücksichtigt man die Erhöhung der Lebenshaltungskosten — selbst nach dem amtlichen Index betragen sie 1,3 Prozent im ersten Quartal 1968 —, so ergibt sich, daß zwi-

schen Januar und März die Reallöhne der westdeutschen Arbeiter und Angestellten im Durchschnitt jedenfalls gegenüber 1967 nicht gestiegen sind.

Von den Gewerkschaften erzielte Tarifloohnerhöhungen wurden überwiegend erst im zweiten Vierteljahr wirksam. Trotz Nuancen in einzelnen Zweigen, die von 3,5 Prozent im Bauhauptgewerbe bis 5,2 Prozent in der chemischen Industrie reichten, lagen sie insgesamt noch unter den im Rahmen der „konzertierten Aktion“ abgesteckten Grenzen von 4 bis 5 Prozent. Die Nettosumme aller Löhne und Gehälter erhöhte sich nach den bisher vorliegenden Angaben um weniger als 3 Prozent. Nach dem direkten Kaufkraftverlust der Werktätigen im Jahre 1967 — von den Gewerkschaften mit 3,3 Milliarden DM ermittelt — hat die einsetzende Belebung den Arbeitern und Angestellten keineswegs die erwartete Verbesserung ihrer materiellen Lebenslage gebracht.

Der von der „konzertierten Aktion“ ausgehende Lohndruck führt nicht allein zu einer zeitlichen Verzögerung zwischen Belebung der Produktion und Belebung der Massenkaufkraft; er bewirkte zugleich ein weitaus schwächeres Steigen der Löhne als nach früheren konjunkturellen Tiefpunkten (1952, 1958 und 1963). Während die Kaufkraft nach früheren „Tiefs“ vielfach durch von den Werktätigen erkämpfte Verbesserungen auf sozialem Gebiet — z. B. Rentenreform und Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle im Jahre 1958 — gestärkt wurde, sind ab Januar 1968 umgekehrt die Auswirkungen des während der Krise vorangetriebenen Sozialabbaus spürbar.

Im Gegensatz hierzu zeigen die ersten veröffentlichten Geschäftsberichte

des Jahres 1967, daß für eine Reihe führender Monopole die Krise nicht einmal zu einem Rückgang der Profite geführt hat. Das ist beispielsweise der Fall bei den großen Konzernunternehmen der chemischen Industrie, u. a. bei der Farbenfabriken Bayer AG. Sie steigerte ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 3,6 Prozent, ihren ausgewiesenen Bruttogewinn um 4,8 Prozent. Als Erfolg wird verbucht, daß infolge der Rationalisierungsmaßnahmen der Anteil des „Personalaufwandes“ an der Gesamtleistung deutlich zurückgegangen ist. Auch die Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG verbesserte im Krisenjahr ihren bilanzierten Jahresüberschuß um 13 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr; der „Personalaufwand“ verminderte sich von 24,4 auf 23,5 Prozent der Gesamtleistung. Die während der Krise begonnene Verringerung der Belegschaft wurde auch im ersten Quartal fortgesetzt, in dem der Konzern weitere 1000 Beschäftigte entließ. Ähnliche Angaben machten die Konzernfirmen Mannesmann, Daimler-Benz, Babcock-Wilcox und andere. Sie unterstreichen die Tatsache, daß die Krise für die Monopole zugleich eine Art „Verjüngungskur“ war. Soweit sie sich bei einem Teil der Monopole nicht sofort in höheren Gewinnen niederschlug, legte sie doch die Grundlage zu einer „Profitexplosion“ nach der Krise.

Die durch die Krise ausgelöste bzw. begünstigte Rationalisierungswelle er-

höhte den Ausbeutungsgrad der Beschäftigten wesentlich und verbesserte damit die Verwertungsbedingungen des Kapitals. Durch „gezielte“ Freisetzung vor allem älterer und wenig qualifizierter Arbeitskräfte wurde die Struktur der Arbeitskräfte „verbessert“ — und damit die Produktivität je beschäftigte Arbeitskraft erhöht; die Arbeitslosenquoten der über 55jährigen und der Unqualifizierten lagen im Krisenjahr doppelt so hoch wie diejenigen der anderen Gruppen.

Als Resultat dieser Entwicklung stieg das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde in der westdeutschen Industrie außerordentlich schnell. Stärker als im ersten Halbjahr 1967 erhöhte es sich im zweiten und erreichte vor allem im letzten Quartal Zunahmeraten, wie sie in der Nachkriegszeit selbst bei starkem Produktionsanstieg nur während kurzer Perioden, dann aber meist von entsprechenden Lohnerhöhungen begleitet, zu verzeichnen waren. Diese Entwicklung setzte sich nach den bisher vorliegenden Veröffentlichungen auch im ersten Vierteljahr 1968 fort. Das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde in der westdeutschen Industrie erhöhte sich in diesem Zeitraum um weitere 9 Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit.

Die in der westdeutschen Industrie geleisteten Arbeiterstunden je Kopf entwickelten sich im Durchschnitt wie folgt:<sup>2)</sup>

#### Prozentuale Veränderung gegenüber dem gleichen Vorjahrsquartal:

Jahr	1966				1967				1968
Quartal	I.	II.	III.	IV.	I.	II.	III.	IV.	I.
Änderung	-0,8	-1,8	-1,8	-2,5	-3,9	-2,8	-1,8	-0,3	+3,7

Ohne Rücksichtnahme auf die Gesundheit der Werktätigen nutzten die Unternehmer die durch Krise und Lohndruck verstärkte Bereitschaft der Arbeiter zur Überstundenarbeit aus, um ihre Profite zu steigern.

Durch Rationalisierungsmaßnahmen wurden die Lohnkosten je Produk-

tionseinheit stark gesenkt. Volkswirtschaftlich spiegelte sich dies — allerdings nur abgeschwächt — in der Entwicklung des Anteils der Bruttolohnsumme am Umsatz wider.<sup>3)</sup>

#### Bruttolohnsumme in Prozent des Industrieumsatzes:

Quartal	I.	II.	III.	IV.
1966	14,9	15,3	15,8	15,2
1967	15,3	14,9	15,0	13,9
1968	14,9	14,2		

Seit dem zweiten Vierteljahr 1967 hat sich demgemäß der Anteil der

<sup>2)</sup> Wochenbericht (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Westberlin, Nr. 26 vom 27. 6. 1968

<sup>3)</sup> Berechnet nach: Wirtschaft und Statistik (Statistisches Bundesamt Wiesbaden), Stuttgart-Mainz, lfd.

Bruttolöhne am Umsatz gegenüber dem Vorjahr ständig verringert.

Auf diese Weise wurde die Basis für eine „Gewinnexplosion“ der Monopole gelegt, die in ihrem Umfang, vor allem aber in der Relation zur Einkommensentwicklung der westdeutschen Werktätigen, einmal ist. Sie fällt in eine Zeit, die Karl Schiller als Phase der „sozialen Symmetrie“ angekündigt hatte, in der angeblich die lohnpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften während der Krise honoriert werden sollte. Das Mißverhältnis ist so offensichtlich, daß selbst bürgerliche Kreise anregen, Gewinne und Löhne wenigstens optisch in eine bessere Relation zu bringen, weil sonst das „Image“ der Schillerschen Wirtschaftspolitik gefährdet werden könnte.

Die Monopole dagegen wissen ihre Interessen in guten Händen, der großindustrielle Industriekurier würdigt die Schillersche Wirtschaftspolitik mit den Worten:

„Es ist bei dem Rang, der der Industrie zukommt, schon ein Politikum, wenn der Bundesvorstand der Deutschen Industrie eine allgemeine Loyalitätserklärung gegenüber einer Wirtschaftspolitik abgibt, die von einem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister gemacht wird.“)

Gewinnsteigerungen sind noch nie den Werktätigen zugute gekommen.

Bei gegebenem Wertprodukt muß jede relative Steigerung der Profite mit entsprechender Begrenzung der Löhne verbunden sein. Die Schillersche staatsmonopolistische Stimulierung der Profite stärkt die Akkumulationskraft der Monopole, fördert Rationalisierungsinvestitionen und ruft wachsende soziale Unsicherheit und erhöhten Druck auf die Löhne hervor. Schillers Versprechungen auf eine „soziale Symmetrie“ sollen diesen Sachverhalt vor der arbeitenden Bevölkerung nur verhüllen.

Daß die Löhne seit Überwindung des Krisentiefpunktes noch schwächer gestiegen sind als nach früheren Tiefjahren, ist das wirkliche Ergebnis dieser neuen Etappe in der staatsmonopolistischen „Einkommenspolitik“, die unter scheinwissenschaftlicher Verbrämung und „Objektivierung“ des Ausbeutungsverhältnisses reale Zusammenhänge verfälscht und die Gewerkschaften an die Kette legen will, um die Verteilung des National Einkommens noch stärker zugunsten der Profite zu verändern. Lohn und Profit sind aber nicht nur „volkswirtschaftliche Größen“. Ihre Festlegung erfolgt nach dem Kräfteverhältnis im Klassenkampf und ist ein Ausdruck des antagonistischen Klassengegensatzes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie.

(Auszug aus DWI-Bericht, Nr. 9/1968)

## JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

### Bonn und das Münchner Abkommen von 1938

Die Bundesregierung entdeckte während der Ereignisse in der CSSR urplötzlich ihr Herz für unseren tschechoslowakischen Nachbarn und, obwohl sie im eigenen Lande schon den kleinsten Fortschritt in der Gesellschaft stranguliert — man will es kaum glauben — sogar für den „demokratischen Sozialismus“. Dabei ist jedoch auffallend und insofern klingen

alle lautstarken Ovationen blechern: Nach wie vor ist die Kiesinger-Regierung nicht bereit, das Münchner Abkommen von 1938 als echten Prüfstein eines ehrlichen Verhältnisses zur CSSR **von Anfang an als null und nichtig zu erklären**. Davon war, trotz allem geheuchelten „Mitgefühl“ nie die Rede. Und auch heute noch wagen Presse und Politiker selten, an diesem Tabu bundesdeutscher Außenpolitik zu rütteln.

) Industriekurier, Düsseldorf, Nr. 83 vom 11. 6. 1968



## Worum geht es dabei?

Das Münchner Diktat vom 29. September 1938, von Hitlerdeutschland, Mussolini-Italien, England und Frankreich vor nunmehr 30 Jahren ausgeschachtelt, zwang die Tschechoslowakei zur Abgabe des Sudetengebietes an das faschistische Deutschland.

„1. Die Räumung beginnt am 1. Oktober. 2. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebietes bis zum 10. Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen und daß die tschechoslowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, daß die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.“<sup>1)</sup> so umschreibt das entspre-

chende Dokument die näheren Ausführungsbestimmungen des Diktates.

Dieses schändliche Abkommen ist gegen den Willen der CSR und ohne ihr Zutun, über ihren Kopf hinweg, entstanden. Hitlerdeutschland erhielt durch diesen Akt der Schande eine günstige Ausgangslage für weitere aggressive Schritte. Der Appetit des faschistischen Reiches wuchs durch dieses „Zugeständnis“ der imperialistischen Westmächte an Hitlers Aggressionspolitik um weitere Grade.

England, Frankreich und auch Italien rückten schon im zweiten Weltkrieg von diesem völkerrechtswidrigen Abkommen ab. Die DDR vollzog diesen Schritt im Juni 1950 gemeinsam mit der CSR.<sup>2)</sup>

## Bonn und München

Bisher verweigerten alle Bundesregierungen eine klare Absage an das Münchener Abkommen. Bonn will bis heute nicht den Status quo in Europa anerkennen. Das Verhältnis zur Tschechoslowakei wurde vom kalten Krieg geprägt. Die „Politik der Stärke“, von Adenauer so verstanden: „Ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen“<sup>3)</sup>, wurde auch gegenüber dem tschechischen Nachbarstaat praktiziert. Der Schatten dieser Politik überlagerte das Verhältnis zur CSSR bis 1961. Allerdings wuchsen schon Anfang dieses Jahrzehnts selbst in Bonn ernste Zweifel an der Wirksamkeit dieser Politik.

„Adenauer erklärte mir einst“, schrieb zum Beispiel W. Lippmann

„) Neue Dokumente zur Geschichte des Münchner Abkommens, Prag 1959, Seite 147.

2) Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I, Berlin 1954, Seite 378 und ebenda, Bd. VI, Berlin 1959, S. 398.

3) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 4. März 1952.

4) New York Herald Tribune, 26. April 1967.

5) Vgl. den folgenden Beitrag in dieser Rubrik.

rückblickend dazu, „daß das kommunistische Osteuropa seinem Zusammenbruch entgegengehe und daß in dem entstehenden Chaos die Westmächte die rote Invasion zurückdrängen würden und wieder Polen und die einst von den teutonischen Rittern eroberten Gebiete in Besitz nehmen würden. Die Politik des Zurückdrängens war der Hauptgedanke in den Tagen der Adenauer-Dulles-Achse, und es war die einzige Politik, die damals für geeignet gehalten wurde, den kalten Krieg zu beenden und Deutschland wiederzuvereinen. Sie versagte völlig.“<sup>4)</sup>

1961, als Adenauers Politik in der Tat sichtbar in der Sackgasse endete, entstand in Bonn eine flexiblere Taktik, und zwar die **Methode** der „allmählichen friedlichen Durchdringung“ der sozialistischen Länder, feilgeboten als „neue Ostpolitik“<sup>5)</sup>

Diese „neue Ostpolitik“ fand uneingeschränkt auf das Verhältnis zur CSSR Anwendung. Die CSSR verlangte eine **eindeutige** Absage der BRD an das Münchener Abkommen von 1938. „Die Regierung der Bundesrepublik sollte eindeutig erklären“, diese Meinung vertrat der Präsident der CSSR in einem Interview im „Stern“, „daß das Münchener Abkommen ungültig ist ... Wir können uns nicht damit zu-

frieden geben, daß erklärt wird, das Münchener Abkommen sei für die Regierung der Bundesrepublik nicht mehr verbindlich.<sup>(9)</sup>

Bonn war aber dazu nach wie vor nicht bereit. Der Sprecher der Bundesregierung, von Haase, erklärte zwar im Mai 1964, daß die Bundesregierung keine Revision der deutsch-tschechoslowakischen Grenze anstrebe, aber darauf bestehe, daß auch die tschechoslowakische Regierung das Heimatrecht für die Sudetendeutschen respektiere.<sup>(7)</sup> Erhard ging als Bundeskanzler scheinbar sogar noch einen Schritt weiter: Hitler, so erklärte er in New York, habe das Münchener Abkommen zerrissen und, so belonte er ausdrücklich, er distanzieren sich von Erklärungen, die zu einer anderen Deutung geführt haben.<sup>(8)</sup> Dieser Passus war zweifelsohne an die Adresse der Sudetendeutschen Landsmannschaften gerichtet. Diese erklärten nämlich wiederholt: Das Ansinnen der tschechoslowakischen Regierung, die Regierung der Bundesrepublik solle auf das Münchner Abkommen verzichten, wird „den historischen Tatsachen nicht gerecht“. Man müsse den Sudetendeutschen die Gebiete wieder geben.<sup>(9)</sup>

### **Und warum will Bonn von dieser Ansicht nicht abrücken?**

Weil auf diese Weise alles, was bis zum Einmarsch des faschistischen Deutschlands in die CSR im März 1939 geschah, d. h. die Einverleibung des Sudetengebietes in das „Großdeutsche Reich“, alle „Ansprüche“, die bis dahin bestanden bzw. geschaffen wurden, unangetastet würden. Das ist der Kern der Sache! Alle Revisionsforderungen gegenüber der CSSR blieben dadurch unberührt.

<sup>9)</sup> Archiv der Gegenwart, 1964, Seite 11 262.

<sup>7)</sup> Ebenda, Seite 11 112.

<sup>8)</sup> Ebenda, Seite 11 263.

<sup>9)</sup> Ebenda, Seite 11 262.

<sup>10)</sup> Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 16. Dezember 1966.

<sup>11)</sup> Ebenda, 27. August 1968, Seite 893.

<sup>12)</sup> Sudetendeutsche Zeitung, München, 10. Juli 1967.

<sup>13)</sup> Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 9. Juli 1968, Seite 751.

Bonn fand hier bald eine Formel, die — wenn auch zögernd — selbst die Landsmannschaften anerkannten. Diese Formel ist heute noch gültig und findet ihren Ausdruck in der Erklärung der Bundesregierung vom Dezember 1966, die lautet: „Wir stimmen der Auffassung zu, daß das Münchener Abkommen, das unter Gewaltandrohung zustandekam, nicht mehr gültig ist.“<sup>(10)</sup> Die Bundesregierung verurteilt zwar in Worten lautstark „die Politik Hitlers, die auf die Zerstörung des tschechoslowakischen Staatsverbandes gerichtet war“,<sup>(11)</sup> wie Wehner am 25. August 1968 im Rias erklärte, und es gibt auch tatsächlich taktische Divergenzen in der Großen Koalition darüber, seit wann und welche Passagen nicht mehr als gültiges Recht zu betrachten sind, von Anfang an will man aber das Münchner Abkommen nach wie vor nicht für null und nichtig erklären. „Wir haben zur Tschechoslowakei gesagt“, das erklärte der Bundeskanzler im Juli 1967, „daß wir uns nicht mehr auf das Münchner Abkommen berufen. Ich glaube, man sollte auch in Prag aufhören, von uns das Bekenntnis zu verlangen, daß das Münchner Abkommen von Anfang an nicht gut gewesen sei.“<sup>(12)</sup>

Neuerdings tauchte, und zwar im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR, eine neue Variante auf. Kiesinger vertrat auf einmal die Ansicht, daß über den Zeitpunkt, von wann ab das Münchener Abkommen „für politisch nicht mehr praktikabel“ sei, „läßt sich unschwer unter zwei Seiten, die eine Verständigung erreichen wollen, auch eine solche Verständigung erzielen.“<sup>(13)</sup> Das Münchner Abkommen soll danach Gegenstand eines politischen Schachers zwischen der BRD und der CSSR sein, der — wie aus einem Vortrag von Willy Brandt herauszulesen ist, eindeutig zu Lasten des Warschauer Paktes gehen soll. Brandt vertrat in diesem Vortrag in Wien am 10. Juni 1968 die Ansicht: „Das Münchner Abkommen, zu dessen Ungültigkeit wir uns längst geäußert haben, braucht einer vertrauensvollen Nachbarschaft nicht im Wege zu stehen, wenn andere Fragen ihre Antwort gefunden haben werden, und wir sind bereit, sie finden zu helfen.“

Was dies für „andere Fragen“ sind, erläuterte er im gleichen Atemzug, als er der CSSR den Ratschlag erteilte, ihre Bündnisbeziehungen im Rahmen des Warschauer Vertrages zumindest zu lockern und von einer gemeinsam beschlossenen Politik zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit abzugehen, denn es sei „nicht einzusehen, warum die Mitglieder des Warschauer Paktes eine spezifische Haltung gegen die Bundesrepublik übernehmen und sich dadurch an der Verbesserung ihrer Beziehungen mit uns hindern lassen sollten.“<sup>14)</sup>

Wie wir sehen, die Stellung der Bundesregierung zu diesem Abkommen ist ein Bestandteil der „neuen Ostpolitik“. Es wird hier das wahre Verhältnis der Bundesrepublik zur CSSR sichtbar. Falsch wäre jedoch, darauf weisen die

Worte von Kiesinger und Brandt hin, dieses Problem zu verselbständigen, unabhängig von dem Grundanliegen der westdeutschen Politik zu allen sozialistischen Ländern Europas zu betrachten. Der westdeutsche Imperialismus setzt verschiedene Methoden und Mittel zur Durchsetzung seiner aggressiven Politik ein. Verzichtet er auf eines dieser Mittel, so ändern sich noch keineswegs seine revanchistischen Ziele, seine aggressiven Absichten. Die Lehren der Geschichte, und insbesondere des Münchner Abkommens, sowie die aktuellen Erfordernisse der europäischen Sicherheit verlangen deshalb gebieterisch, die Politik der Bundesrepublik grundsätzlich zu verändern mit dem Anliegen, daß vom deutschen Boden nie wieder Krieg und Expansionspolitik ausgehen.

(von Hans Below)

## Was ist Revanchismus in unserer Zeit?

**Viele Genossen fragen uns immer wieder: Wie zeigt sich heute der Revanchismus, kann man von Revanchismus im alten Sinne überhaupt noch sprechen? Revanchismus heißt doch Krieg und Eroberung von Gebieten anderer Länder.**

### Was versteht man unter Revanchismus?

Es ist das Streben der Monopolbourgeoisie nach Wiedererlangung der im 2. Weltkrieg verlorenen Gebiete und Einflußsphären. Der Revanchismus ist der Grundzug der Politik des deutschen Imperialismus seit 1918. Nach dem ersten Weltkrieg ging es darum, die Niederlage im Kriege durch Gebietsforderungen und die Sabotage internationaler Verträge (u. a. Versailler

Vertrag) zu revidieren. Des weiteren strebte der deutsche Imperialismus danach, seine Einflußsphären zu erweitern. Die Losung „Wir sind ein Volk ohne Raum“ diente im zweiten Weltkrieg dazu, die Weltherrschaftsansprüche zu verwirklichen und durch die Neuverteilung der imperialistischen Ausbeutungsgebiete seine Vorherrschaft in Europa zu verwirklichen.

### Revanchismus heute

In der heutigen Zeit ist der in der Bundesrepublik wiedererstandene deutsche Imperialismus mit verschiedenen Methoden bestrebt, die Ereignisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren. Der Revanchismus ist, wenn auch als Friedenspolitik getarnt, die offizielle Staatspolitik der führenden Kräfte in der Bundesrepublik. Der Revanchismus durchdringt das gesamte gesellschaftliche Leben in der Bundes-

republik. Insbesondere richtet er sich, verbunden mit aggressivem Antikommunismus, gegen die DDR und die sozialistischen Länder. Alleinvertretungsanmaßung, Wiedererlangung der deutschen Grenzen von 1937, Streben nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen und deshalb das Nichtunterschreiben des Atomwaffensperrvertrages sind nur einige Erscheinungen des Revanchismus.

### Die Globalstrategie und die „neue Ostpolitik“

Heute zeigt sich der Revanchismus besonders in der Globalstrategie der USA und der sogenannten neuen

Ostpolitik der Bundesrepublik. Die Bonner Politiker wollen mit der „neuen Ostpolitik“ die DDR von den sozialistischen Ländern isolieren. Sie wollen mit

<sup>14)</sup> Ebenda, 12. Juni 1968, Seite 618.

den Ländern des Warschauer Vertrages diplomatische Beziehungen aufnehmen, um auf vielfältige Weise, u. a. auch im diplomatischen Gewande politischen Einfluß zu gewinnen. Wie dieser Einfluß dann aussieht, haben uns die Ereignisse in der CSSR gezeigt. Es ist der Versuch, die schleichende Konterrevolution zu importieren.

Diese in ein Stufenprogramm zerlegte Revanchepolitik wird in regierungsoffiziellen Erklärungen nicht so offen dargestellt. Aber von führenden Persönlichkeiten wird diese Politik offen propagiert. Ernst Majonica, Vertreter der CDU/CSU im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, schreibt z. B. in der „Politisch-sozialen Korrespondenz“: „Daher bleibt der Bundesrepublik keine andere Wahl, als das Sowjetregime zu isolieren und es für die kommunistischen Staaten zu einem immer unbequemer werdenden Partner, ja zu einer Belastung zu machen. Wir müssen die Isolierung verbinden mit dem größten Maß an Einwirkung, das uns erreichbar ist.“

### Die „neue Ostpolitik“ und die CSSR

Mit diesen Methoden bemüht man sich systematisch, die sozialistischen Länder aufzuweichen, um die Einheit dieser Länder im sozialistischen Lager zu zerstören. In diesem Sinne spielten sich die imperialistischen Staaten bei den Ereignissen in der CSSR heuchlerisch als Verfechter des Sozialismus aus.

Die Globalstrategie hat verschiedene taktische Varianten. Direkte Gewalt scheidet zunächst aus; es wird alles versucht, die Konterrevolution auf „friedliche Weise“ einzuschleusen. Diese Taktik nannte Kennedy „Friedensstrategie“. Johnson bezeichnet sie als „Brückenschlag“. Kiesinger hat dieses Wort bereitwillig aufgenommen und in seine „neue Ostpolitik“ einfließen lassen.

Der wesentliche praktische Inhalt dieser Politik besteht nach wie vor darin, mit differenzierten Mitteln auf die sozialistischen Länder Europas einzuwirken, um ihre gesellschaftliche Ordnung auf allen Gebieten zu zersetzen und gleichzeitig die Bindungen zwischen ihnen, besonders aber zur Sowjetunion, zu lockern und das sozialistische Bündnisssystem schließlich zu

Man wird den Sinn der „neuen Ostpolitik“ und den Sinn der Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR und den anderen sozialistischen Ländern besser verstehen, wenn man diese Politik im Zusammenhang mit der Globalstrategie sieht.

Dean Rusk, der amerikanische Außenminister, faßte die Ziele der Globalstrategie in drei Punkten zusammen (nach Europa-Archiv Frankfurt a. M. Nr. 7 vom 10. 4. 1964 S. 223):

1. soll der weitere Vormarsch des Sozialismus, wenn nötig, durch offene Intervention gestoppt werden. Das typische Beispiel hierzu ist die amerikanische Politik in Vietnam.
2. Soll dabei das Risiko eines globalen Atomkrieges vermieden werden.
3. Sollen Strömungen innerhalb der kommunistischen Welt gefördert werden, die nach einer Entwicklung in Richtung auf größere nationale Unabhängigkeit, friedliche Zusammenarbeit und „offene Gesellschaften“ tendieren.

sprengen. Dadurch sollen die Voraussetzungen für die schrittweise Herauslösung der sozialistischen Länder aus dem Warschauer Vertrag und aus dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) geschaffen werden. Der Endpunkt würde dann die Restauration des Kapitalismus sein. Differenzen in der kommunistischen Weltbewegung sowie auch nationale Unterschiede bilden die hauptsächlichen Ansatzpunkte dieser Politik. Entsprechend dieser Vorstellungen wurde in der CSSR vorgegangen. Zuerst wurde der Tourismus verstärkt. Diese „Touristen“ wurden von der „Stuttgarter Zeitung“ als Amateurdiplomaten bezeichnet. Solche „Amateurdiplomaten“ waren z. B. der Vorsitzende der FDP Scheel oder der Bundesbankpräsident Blessing. Bundeswehroffiziere sind wiederholt zu Aufklärungszwecken in die CSSR gereist. So zum Beispiel der Kommandeur der Hammelburger Panzerbrigade 35, Oberst Wentsch, sowie verschiedene Stabsoffiziere der 4. Panzergrenadierdivision. Oberst Wentsch war vor der Übernahme der Panzerbrigade auf dem Gebiet der psychologischen Kriegführung tätig. Er leitete im Bonner Kriegsministerium das Referat 9.

Ebenfalls verbrachte Generalmajor Molinari in der CSSR seinen Urlaub.

Der nächste Schritt war eine immer stärkere Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR mit dem Ziel, die Führungsrolle der KPC in Frage zu stellen. Über Rundfunk, Fernsehen und Presse wurden antisozialistische und konterrevolutionäre Kräfte ermuntert, sich zu organisieren. Daraufhin bildeten sich Vereinigungen, Organisationen und Klubs, so der „Klub 231“, „Klub der engagierten Parteilosen“ usw. Diese Organisationen und Klubs hatten vor allem die Aufgabe, die KPC und den Sozialismus zu verleumdern. Sie propagierten dabei das Modell eines sogenannten „entwickelten europäischen Sozialismus“. In diesem Zusammenhang wurde die Hetze gegen alle, dem Sozialismus treu ergebenden Kommunisten entfacht und viele von ihnen wurden aus ihren Ämtern entfernt. Dem Sozialdemokratismus wurde Tür und Tor geöffnet.

Nachdem die verbündeten fünf Länder des Warschauer Vertrages ihrer internationalen Pflicht nachgekommen und den fortschrittlichen Kräften zur

Hilfe geeilt waren, zeigte sich in vollem Ausmaß, welch tiefer Einbruch der Konterrevolution in der CSSR gelungen war. Es wurde immer offensichtlicher, daß der Sturz des sozialistischen Systems geplant war. Es gab z. B. eine Reihe illegaler Sender und Druckereien, es gab aber auch Waffenlager für die Konterrevolutionäre — alles war auf das Beste vorbereitet.

Heute gibt es großen Katzenjammer bei den Führungskräften in der Bundesrepublik. Der Brückenschlagmisslungen, die Brücke ist ins Wasser gefallen. Der Sozialismus konnte nicht ausgelöscht werden und aus der Isolierung der DDR von den anderen sozialistischen Staaten ist auch nichts geworden. Das heißt jedoch nicht, daß die reaktionären Kreise ihre Revanchepolitik aufgeben hätten. Deshalb ist es notwendig, den Kampf um die Erhaltung des Friedens zu steigern. Jeder Bürger sollte erkennen, daß die Imperialisten der ganzen Welt die Bundesrepublik zur Basis des Kreuzzuges gegen den Kommunismus ausgebaut haben. Jeder sollte erkennen, daß der Feind im eigenen Lande steht.

## **50 Jahre Novemberrevolution – 50 Jahre Kommunistische Partei Deutschlands**

### **Kleine Chronik — Fortsetzung aus Nr. 9/10**

- Januar 1919** Bildung von Ortsorganisationen der KPD in den Städten, in denen bereits Gruppen des Spartakusbundes oder der Linksradikalen bestehen, so in Berlin, Beuthen, Brandenburg, Bremen, Breslau, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Frankfurt (Main), Hamburg, Hannover, Leipzig, Mannheim, München, Stuttgart und anderen.
- 11. 2. 1919** Die Nationalversammlung wählt in geheimer Abstimmung mit 277 von 328 gültigen Stimmen Friedrich Ebert (SPD) zum provisorischen Reichspräsidenten.
- 13. 2. 1919** Bildung des ersten Reichskabinetts aus Vertretern von SPD, DDP und Zentrum (Weimarer Koalition) unter Vorsitz von Philipp Scheidemann (SPD).
- 21. 2. 1919** Ermordung des bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD) durch die Konterrevolution. Ausrufung eines Generalstreiks für ganz Bayern durch die SPD, USPD und die Vollzugsräte der Arbeiter, Bauern und Soldaten-Räte.
- 24. 2.—7. 3. 1919** Generalstreik in Mitteldeutschland für die Sicherung und Erweiterung der Rechte der Arbeiter- und Soldatenräte und Betriebsräte sowie für die Sozialisierung der Großbetriebe.

- 3.—12. 3. 1919** Generalstreik und bewaffnete Kämpfe in Berlin zur Unterstützung des mitteldeutschen Streiks. Verhängung des Belagerungszustands über ganz Berlin und Übertragung der vollziehenden Gewalt an Reichswehrminister Noske (SPD). Einmarsch der Truppen von General von Lüttwitz in Berlin und heftige Kämpfe. Spaltung der einheitlichen Streikfront durch rechte SPD-Führer. Niederschlagung des Streiks. Ermordung von über 1000 Arbeitern, Matrosen und Soldaten durch die Soldateska. Erschießung von 29 Matrosen der Volksmarine-division und Ermordung von L. Jogiches, Mitglied der Zentrale der KPD.
- 4. 3. 1919** Verbot der „Roten Fahne“ — Organ der KPD.
- 29. 3. 1919** Reichskonferenz der KPD in Frankfurt (Main). Die KPD lehnt die Losung „Heraus aus den Gewerkschaften“ ab und fordert stattdessen eine ständige Aufklärungsarbeit in den Gewerkschaften, Beseitigung der alten Gewerkschaftsbürokratie und Propaganda für das Rätesystem. Die Konferenz fordert zur Solidarität mit den Opfern der Januar- und März-kämpfe in Berlin auf. Angesichts des konterrevolutionären Terrors in Berlin beschließt die Konferenz die Verlegung der Zentrale nach Leipzig.
- 6. 4. 1919** Die Reichsregierung veröffentlicht einen Gesetzentwurf über die Verankerung des Rätesystems in der Verfassung. Diese Maßnahme ist ein Täuschungsmanöver und soll vom Kampf der Reichsregierung zur Zerschlagung der Räte ablenken.
- 8.—14. 4. 1919** 2. Reichsrätekongreß in Berlin. Er beschließt, die Arbeiter- und Soldatenräte in der bisherigen Form beizubehalten. Alle Anträge zur Sozialisierung werden dem neu zu wählenden Zentralrat überwiesen. Wahl des neuen Zentralrats.
- 13. 4.—4. 5. 1919** Räterepublik in Bayern. Übernahme der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt durch einen Aktionsausschuß, dem Mitglieder der KPD, USPD und SPD angehören. Wahl eines Vollzugsrats mit E. Leviné an der Spitze. Bewaffnung der Arbeiter und Proklamation eines 10tägigen Generalstreiks. Niederschlagung der Räterepublik durch konterrevolutionäre Truppen am 4. Mai. Verhängung des Standrechts. Bestialische Ermordung hunderter revolutionärer Kämpfer.
- 11. 5. 1919** Rückverlegung der Zentrale der KPD nach Berlin.
- 13. 6. 1919** Beisetzung Rosa Luxemburgs in Berlin-Friedrichsfelde. Daran beteiligten sich 100 000 Berliner Arbeiter. Anläßlich der Beisetzung finden in vielen Städten Deutschlands und des Auslands Streiks und Demonstrationen statt.
- 14./15. 6. 1919** Illegale Reichskonferenz der KPD in Berlin. Die Konferenz beschließt die Satzung der KPD. Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Partei wird die Anerkennung des Programms und der Satzung gefordert. Wahl der engeren Zentrale und der übrigen Mitglieder des gesamten Zentralausschusses der KPD.
- 21. 6. 1919** Neubildung der Reichsregierung durch G. Bauer (SPD) aus SPD und Zentrum.
- 28. 6. 1919** Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch Vertreter der Reichsregierung. Der Vertrag schwächt den deutschen Imperialismus ökonomisch, politisch und militärisch. Er trägt den Keim eines neuen imperialistischen Krieges in sich.
- 11. 8. 1919** Unterzeichnung der Weimarer Verfassung durch Reichspräsident Friedrich Ebert. Sie fixiert staatsrechtlich die Ergebnisse der Novemberrevolution und widerspiegelt die Veränderungen im Kräfteverhältnis der Klassen seit der Revolution.

# Berichte, Dokumente, Tatsachen

## Die imperialistische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR

Die imperialistischen Versuche, die Grenzen des Sozialismus in Europa auf dem Wege der schleichenden Konterrevolution zugunsten des Imperialismus zu verändern, konzentrierten sich in den letzten Monaten eindeutig auf die CSSR. Die nachstehend dargelegten Fakten unterstreichen, in welcher Weise die imperialistische Einmischung die Situation in der CSSR verschärfte und damit eine Gefahr für das ganze sozialistische Lager heraufbeschwor.

### I

#### Die Ziele der imperialistischen Interventionspolitik

Neben die militärische Aggression, wie sie gegenwärtig der USA-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk durchführt, treten in immer stärkerem Maße die Versuche, die gesellschaftliche und politische Ordnung in den sozialistischen Staaten von innen heraus zu beseitigen.

In diesem konterrevolutionären Sinne äußerte sich z. B. Zbigniew Brzezinski in einer geschlossenen Veranstaltung des Instituts für Internationale Politik am 14. 6. 1968 in Prag:

„Unsere Meinung ist, daß heute, 20 Jahre nach dem Abschluß des Krieges, wieder politische Strukturen an die Oberfläche kommen, die hier schon einmal gewesen sind. Damit will ich sagen, daß der Eindruck oder die Schlußfolgerungen von einer oberflächlichen Ähnlichkeit der politischen Strukturen, die eine Folge des zweiten Weltkrieges gewesen ist, jetzt verschwindet und daß an ihre Stelle politische Strukturen treten, die hier schon gewesen sind.“

Die Wiederherstellung der sozialen und politischen Herrschaft des Imperialismus in den sozialistischen Ländern suchen die imperialistischen Mächte mit einem ganzen System der Einmischung zu erreichen. In einer Rede Johnsons vom 7. Mai 1965 heißt es dazu:

„Wir müssen den langsamen Zerfall des Eisernen Vorhangs beschleunigen. Indem wir Brücken zwischen den Ländern Osteuropas und dem Westen schlagen, bringen wir den Tag näher, an dem Europa innerhalb seiner wei-

ten geschichtlichen Grenzen wiederhergestellt werden kann.“

(zitiert nach: „Die Welt“ vom 10. 5. 1965)

Das Wesen dieser „Brückenschlagspolitik“ enthüllt auch Dean Rusk in einer Stellungnahme zur Ost-West-Handelspolitik, die am 10. 4. 1964 veröffentlicht wurde. Nach dieser Stellungnahme besteht das Anliegen des imperialistischen Vorgehens gegenüber den sozialistischen Staaten darin,

„Strömungen innerhalb der kommunistischen Welt zu fördern, die nach einer Entwicklung in Richtung auf größere nationale Unabhängigkeit, friedlichere Zusammenarbeit und offene Gesellschaften tendieren.“

(zitiert nach: „Europa-Archiv“, Frankfurt a. Main, Nr. 7 vom 10. 4. 1964, S. 223)

Das methodische Instrumentarium, mit dessen Hilfe eine Öffnung der sozialistischen Gesellschaft für das Eindringen der Konterrevolution erzielt werden soll, ist vielfältig. In seinem Rahmen ist die ideologische Diversion zu einer Hauptwaffe des Imperialismus geworden. In diesem Sinne heißt es auch in einem Beitrag Brzezinskis für die amerikanische Zeitschrift „Foreign Affairs“ eindeutig:

„Ideologische Veränderungen werden mithelfen, eine politische Veränderung zu bewirken.“

(zitiert nach: „Foreign Affairs“, Januar 1968; Vol 46 No 2)

#### Zielsetzung der Einmischungspolitik

Als natürliches Verbindungsland zwischen den nördlichen und südlichen sozialistischen Ländern Europas und als sozialistischer Staat, der eine gemeinsame Grenze mit dem aggressiven westdeutschen Imperialismus hat, ist die CSSR

auch von erheblicher militärpolitischer Bedeutung. In einer 1965 in Wien und München erschienenen Schrift, „Die böhmische Zitadelle“, räumt der westdeutsche Publizist Christian Willard der CSSR eine Schlüsselstellung im poli-

tischen Geschehen ein. Er bezeichnet die CSSR als

**„entscheidendes Element der Auseinandersetzung zwischen zwei Welten“.**

Ausgehend von dem Bismarck zugeschriebenen Ausspruch, „Wer Böhmen beherrscht, ist der Herr Europas“, schrieb Willard:

**„Als im Herbst 1956 die Blicke Europas in Erwartung und Sorge auf Polen und Ungarn gerichtet waren, wurden sich**

### **„Sozialdemokratisierung der CSSR“**

Für die angestrebte Liquidierung der sozialistischen Ordnung in der CSSR erfanden die ostpolitischen Spezialisten des westdeutschen Imperialismus und anderer imperialistischer Mächte den Begriff der „Sozialdemokratisierung“ der CSSR. Prof. Mehnert, der führende Osteuropa-Spezialist des deutschen Imperialismus, äußerte sich am 30. März 1968 im Fernsehen:

**„Dies bedeutet die Entwicklung in einer Richtung, die Lenin auf das äußerste erregen würde, auf den Sozialdemokratismus, auf einen demokratischen Sozialismus in der Tschechoslowakei ... Es läge also durchaus in der Logik der Dinge, wenn eines Tages auch dort ein, sagen wir, Sozialdemokratismus die Zügel übernehme.“**

## **II**

### **Die Schwerpunkte der imperialistischen Einmischungspolitik**

Das Programm der imperialistischen Intervention in die inneren Angelegenheiten der CSSR ist eindeutig. Es lautet: konterrevolutionärer Sturz der sozialistischen Ordnung und Restauration der politischen und ökonomischen Herrschaft des Imperialismus. Unumwunden hat dieses Programm Radio London eingestanden, als es am 27. März 1968 seinen Kommentator erklären ließ:

**„Mittlerweile können wir den Prozeß der Liberalisierung in der Tschechoslowakei nur begrüßen und darin einen ersten bedeutsamen Schritt sehen, den Beginn einer Entwicklung, die im Laufe der Zeit vor dem sozialistischen System nicht haltmachen sollte und wahrscheinlich auch nicht haltmachen wird.“**

Die Haltung der westdeutschen Monopoulbourgeoisie gegenüber der Entwicklung in der CSSR charakterisierte am 29. März 1968 die „Bonner Rundschau“ mit der Feststellung:

**„Die Bundesregierung war gut beraten, mit äußerster Behutsamkeit auf die neue Lage in Prag zu reagieren ... Langsam allerdings sollten wir beginnen, an der Moldau unseren Part zu spielen, vorsichtig, aber bestimmt.“**

die Beobachter bewußt, daß ein Territorium die damaligen Quellen vieler Hoffnungen trennte. Die Tschechoslowakei war die rätselhaft stille Barriere zwischen der erfolgreich abgeschlossenen Auflehnung Polens gegen Moskau und dem anhebenden Beben der ungarischen Revolution ...

Warschau, Budapest, Berlin ... dazwischen die Tschechoslowakei mit ihren strategisch wichtigen Verbindungen.“

Hinter der von Mehnert aufgestellten Losung verbirgt sich in Wirklichkeit ein umfassender Angriff auf die Grundlagen des Sozialismus und der Arbeiter- und Bauern-Macht. Sehr deutlich wird das in einem Kommentar, der von Matthias Walden am 31. März 1968 im Westberliner Rundfunk SFB gesprochen wurde. Walden führte u. a. aus:

**„Nicht der Kapitalismus, den es in seiner marxistischen Begriffsbestimmung in den freien Ländern des Westens gar nicht mehr gibt, ist das Kriterium unserer Anziehungskraft, sondern die parlamentarische Demokratie mit ihren freiheitlichen Grundrechten.“**

Im gleichen Sinne hieß es im Zusammenhang mit bekanntgewordenen Aktivitäten von Politikern und Wirtschaftlern auf dem Territorium der CSSR am 19. Juli 1968 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“:

**„Wo handfeste Hilfe zu leisten ist, sollte es so unauffällig wie möglich geschehen ...“**

Die dem Kriegsminister Schröder nahestehende Wochenschrift „Christ und Welt“, deren Chefredakteur ein ehemaliger Mitarbeiter des SD, SS-Sturmabführer Giselher Wirsing, ist, soufflierte den Konterrevolutionären in der CSSR folgendes „Argument“:

**„Wo der Kapitalismus überwunden ist, ... muß die kommunistische Partei von ihrem ideologischen Monopol Abschied nehmen; sie muß sich im geistigen Bereich der Konkurrenz ausliefern.“**

Einer der führenden Kräfte eines konterrevolutionären Zentrums, Ivan Svitak, propagierte Anfang März folgendes Ziel:

**„Von totalitärer Diktatur zur offenen Gesellschaft, zur Liquidierung des Machtmonopols und zur wirksamen**



Kontrolle der Machtelite durch freie Presse und öffentliche Meinung. Von der bürokratischen Leitung der Gesellschaft durch die Halsabschnelder der offiziellen Linie zur Geltendmachung der menschlichen und bürgerlichen Grundrechte mindestens in dem Umfang, wie es in der bourgeoisi-

sen Tschechoslowakei war. Mit der Arbeiterbewegung ohne ihre Apparate, mit den Mittelschichten ohne die bereitwilligen Kollaborateure und mit der Intelligenz an der Spitze.“

(Aus einer Umfrage von „Literární listy“, von Anfang März 1968)

### Bildung konterrevolutionärer Zentren in der CSSR

Bereits im Sommer 1967 überreichten die in Prag akkreditierten italienischen Journalisten Dr. Ferdi Zidaro, Pedro Benetazzo und der Redakteur der italienischen sozialistischen Partei Rafaelo Ubaldi an die ehemaligen sozialdemokratischen Funktionäre Frantisek Kubik und Dr. Fr. Trzicky einen Beschluß der Sozialistischen Internationale, in dem erklärt wird, daß es notwendig ist, in der CSSR eine Sozialdemokratische Partei zu schaffen.

Im Juli 1968 kam der tschechoslowakische Emigrant und ehemalige Angestellte des ZK der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei, Broucek, aus den USA nach Prag. Er instruierte führende ehemalige tschechische Sozialdemokraten, wie sie den Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen mit dem Ziel der systematischen Untergrabung der führenden Rolle der KPC am wirkungsvollsten vorantreiben müßten.

Mit dem gleichen Auftrag kam auch der Professor an der Kölner Universität, Dr. Karl Schweitzer, in die CSSR. Ihm ging es besonders darum, den Einfluß der SPD auf die illegale Tätigkeit der tschechischen Sozialdemokraten geltend zu machen.

### Angriffe auf die tschechoslowakische Arbeiterklasse und ihre bewaffneten Organe

Die imperialistischen Einmischungspolitiker lenkten die konterrevolutionären Kräfte der CSSR immer gezielter auf die Entwaffnung der tschechoslowakischen Arbeiterklasse. Diesem Ziel diene die gelenkte und systematische Hetze gegen die Volksmiliz. Den Tenor sämtlicher Angriffe der konterrevolutionären Kräfte auf die Volksmiliz kann man z. B. aus einem Artikel entnehmen, den der wegen feindlicher Umtriebe aus der CSSR ausgewiesene ehemalige Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Graf Razumovsky, am 1. Juli 1968 in diesem Sprachrohr der Monopolbourgeoisie veröffentlichte. Nachdem Razumovsky die Volksmiliz der tschechoslowakischen Arbeiterklasse als „stalinistische Reserve im Hintergrund“ und eine Art „SA der Kommunistischen Par-

Die imperialistischen Mächte stützen sich bei ihrem Bemühen, ideologische und organisatorische Zentren der Konterrevolution in der CSSR zu bilden, auch auf den sogenannten „Club 231“. Tschechoslowakische Emigrantenorganisationen in der Bundesrepublik und anderen imperialistischen Ländern stellten Verbindungen zum „Club 231“ her. Sie beeinflussen die von diesem Klub aufgestellten Forderungen und das Auftreten seiner Mitglieder in der Öffentlichkeit.

Am 30. April 1968 veröffentlichte einer der führenden Männer des „Club der engagierten Parteiloosen“ in der tschechoslowakischen Zeitschrift „Student“ einen Beitrag, der für die Taktik dieses konterrevolutionären Zentrums charakteristisch ist. Der Autor des Beitrags, der schon erwähnte Svíták, gebraucht, um das Verhältnis des „Club der engagierten Parteiloosen“ zur KPC zu charakterisieren, das Bild des Kampfes eines Dachs mit einer Schlange. Er schreibt, daß der kleinere Dachs in der Lage sei, die weit aus größere Schlange im geeigneten Augenblick tödlich zu verwunden, weil er „einen außerordentlich höheren Typ des Signalsystems“ und die Fähigkeit besitze, „daß er im Kampf ständig manövriert, zurückweicht und in einer einzigen Situation angreift“.

te“ mit einem Kübel übelster Hetze übergossen hat, schrieb er:

„Die ‚Volksmiliz‘ ist eine längst überholte Einrichtung. Es wird nun evident, welch ein Fehler es war, diese auf den Bürgerkrieg eingeschworene Parteiarmee nicht abgeschafft zu haben ...“

In einem Artikel der Springer-Zeitung „Die Welt“ vom 25. April 1968 wird — um ein Beispiel von vielen zu zitieren — z. B. ausdrücklich bedauert, daß bisher nichts über die „Reorganisation“ der bewaffneten Organe der Volksmacht im konterrevolutionären Sinne ausgesagt wird. Die Zeitung schreibt:

„Kein Wort betrifft die Reorganisation des Innenministeriums und des Staatssicherheitsdienstes. Offenbar war es hier noch nicht einmal möglich, Kompromißlösungen anzubieten.“

## Isolierung der CSSR von ihren sozialistischen Verbündeten

Gezielt wurde eine Propaganda gegen die Bündnisverpflichtungen der CSSR und insbesondere ihr brüderliches Verhältnis zur UdSSR entfacht. Eine charakteristische Stimme unter vielen ist in dieser Hinsicht ein „Korrespondentenbericht“ der „Stuttgarter Zeitung“ vom 28. März 1968 aus Prag, in dem es u. a. heißt:

„Das war wohl überhaupt der Ausgangspunkt: Prag muß sich aus dieser durch das Comecon gebildeten Klammer lösen, wenn es nicht im Ruin enden will, und folglich muß es eine unabhängige Politik gegenüber Moskau ins Auge fassen.“

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 19. März 1968 schreibt Razumovsky:

„Wenn aber die ‚Demokratisierung‘ der neuen Parteiführung einen Sinn haben und länger und nachhaltiger wirken soll als die Erfindung einer neuen ‚Linie‘ für die Partei, dann doch wohl den, daß das Volk der Tschechen und Slowaken mündig werden soll: daß es sein politisches Verhalten, auch nach außen hin, in freier Diskussion und Wahl selbst bestimmt. Dann wird un-

ausweichlich auch die Richtung der Außenpolitik korrigiert werden.“

Die Bundesregierung verfolgt die von Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa“ dargelegte Konzeption, wonach mit Krediten solche Projekte unterstützt werden sollten,

„die mehr der Auflockerung Europas als der wirtschaftlichen Stärkung der osteuropäischen Regime dienen“.

Mit dieser Zielsetzung wollte Bundesbankpräsident Blessing in Prag. Der „Industriekurier“ vom 18. Juli 1968 schrieb nach der Prag-Reise Blessings:

„Die Bemühungen Prags um westdeutsche Kredite sind nach unseren Informationen schon recht weit gediehen. Mit einigen Geschäftsbanken in der Bundesrepublik wurden erste Gespräche geführt ... Die grundsätzliche Bereitschaft zur Kreditgewährung dürfte in der Bundesrepublik durchaus bestehen ... Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und Chef der fusionierten Nordrhein-Westfälischen Giro-Zentrale, hat bereits vor einiger Zeit auf die Frage, ob sich sein Institut beteiligen werde, mit einem klaren Ja geantwortet.“

### III

#### Methoden der imperialistischen Einmischung und ihrer Tarnung

Die Taktik der Tarnung bezieht sich auf die Formen und Methoden des Vorgehens gegenüber der CSSR im einzelnen. Die ganze Flut breit angelegter politischer, wirtschaftlicher und anderer Kontakte wurde als Privatbesuche, Touristenreisen, Informationsbesuche usw. bezeichnet.

Die „Stuttgarter Zeitung“ vom 18. Juli 1968 verriet in einem Artikel unter der Überschrift „Amateurdiplomaten im Niemandsland der offiziellen Politik“ einiges über den angeblich privaten Charakter der Reisen solcher Bonner Politiker wie Scheel, Eppler u. a. in die Tschechoslowakei. Es heißt dort:

„Die meisten von ihnen reisen mit Wissen und Billigung des Auswärtigen Amtes. Oft sind sie sogar vom Außenministerium eigens für bestimmte Aufgaben präpariert worden. Oder sie fahren im Auftrage der Fraktionen des Bundestages, die für derartige Informationsreisen recht ansehnliche Reisefonds zur Verfügung haben.“

Ähnlich verhielt sich der stellvertretende Vorsitzende der parlamentarischen Gruppe der CDU/CSU des Bundestages, Dr. Ernst Müller-Hermann, und das Mitglied des Präsidiums der

Gruppe, Dr. Werner Marx (CDU), die vom 20. bis 24. Juni 1968 in Prag weilten. Müller-Hermann erklärte in einem internen Rundbrief:

„Sehr systematisch habe ich in den letzten Jahren meine ostpolitische Aktivität auf die CSSR konzentriert. Meines Erachtens besitzt dieses Land eine Art Schlüsselposition für die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen und für das Verhältnis der Bundesrepublik zum Osten im speziellen. Schon die geographische Lage macht die CSSR zu einer Drehscheibe für Warenbewegungen und geistige Strömungen. Ein in der CSSR gelungener Liberalisierungsprozeß und eine Bereinigung der Beziehungen zwischen uns und der CSSR müssen zwangsläufige Rückwirkungen auf das innere Gefüge des Ostblocks und auch auf die Beziehungen anderer kommunistischer Länder zu uns hervorrufen.“

(BPB-Korrespondenz, Hamburg, 26. Juni 1968)

Bei einem Gespräch im Bayrischen Rundfunk, an dem Prof. Snejdarek und Prof. Goldstück teilnahmen, wurde ausführlich die Möglichkeit einer Reprivatisierung der Produktionsmittel als einer möglichen Konsequenz

der von ihnen angestrebten Demokratie erörtert und dies von ihnen als mögliche Hypothese bezeichnet. Auf die Frage des Reporters: „Würden Sie sagen, daß gewisse Formen zur Rückkehr eines Besitzes an Produktionsmitteln denkbar wären“, antwortete Prof. Goldstücker:

„Wir sind am Anfang eines großen, nicht kurzen Prozesses, und wir möchten, daß in diesem Prozeß nicht sofort alles sich herauskristallisiert. Wir möchten, daß dieser Prozeß bis an die Grenzen seiner Möglichkeiten läuft, wir möchten das Ende offenhalten so lange wie nur irgend möglich. Wir möchten nicht schon heute die Gren-

zen festlegen, bis zu welchen dieser Prozeß gehen kann. Und deshalb als Antwort auf Ihre Frage: Wir sagen ganz pragmatisch, wir werden sehen!“

Charakteristisch für die Gestaltung der Kontakte zu tschechoslowakischen Jugendorganisationen ist u. a. folgende Tatsache: Unter dem Einfluß der Westberliner CDU-Führung haben sich Mitglieder der „Jungen Union“, des „Ringes christlich-demokratischer Studenten“ und des „Rings politischer Jugend“ zu einem Komitee zusammengeschlossen, das sich die Propagierung einer sogenannten „nationalen demokratischen Freiheit“ in der CSSR zum Ziel gestellt hat.

## Tatsachen aus der DDR

### Rolle und Stellung des FDGB in der DDR

Der FDGB ist mit seinen 6,8 Millionen Mitgliedern die größte Massenorganisation der Werktätigen und die umfassende Klassenorganisation der machtausübenden Arbeiterklasse in der DDR, 1,7 Millionen Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz üben im FDGB Wahlfunktionen aus. Die entscheidende gesellschaftliche Rolle und Stellung der Gewerkschaften ist in der DDR verfassungsrechtlich fixiert.

### Verfassung und Gewerkschaften

Es ist die erste Verfassung in der deutschen Geschichte, in der die politischen und sozialen Rechte der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft formuliert sind.

Die Verfassung der DDR sichert und überträgt den Gewerkschaften das Recht auf eine umfassende Mitgestaltung und Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

„Die Gewerkschaften nehmen durch die Tätigkeit ihrer Organisationen und Organe, durch ihre Vertreter in den gewählten staatlichen Machtoorganen und durch ihre Vorschläge an die staatlichen und wirtschaftlichen Organe maßgeblich teil

an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, an der Planung und

<sup>1)</sup> Verfassung der DDR vom 6. April 1960, Gesetzblatt Teil I, Nr. 8, vom 9. April 1960

Leitung der Volkswirtschaft, an der Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution,

an der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen, des Gesundheits- und Arbeitsschutzes, der Arbeitskultur, des kulturellen und sportlichen Lebens der Werktätigen.“<sup>1)</sup>

### FDGB-Fraktion in der Volkskammer

Mit mehr als 60 Mitgliedern stellen die Gewerkschaften die zweitstärkste Fraktion der Volkskammer und sie nehmen auf allen staatlichen Ebenen durch ihre Abgeordneten in den Volksvertretungen und die Mitarbeit in den Ständigen Kommissionen aktiv an der Ausarbeitung und Verwirklichung der Politik der Arbeiter-und-Bauern-Macht teil.

In der DDR wird kein Gesetz in Kraft gesetzt, das nicht die Vertreter der rund 6,8 Millionen Gewerkschafter mitbeschlossen, mitgestaltet oder auch selbst vorgeschlagen haben.

Solche Gesetze wie das Gesetzbuch der Arbeit, das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, die Verordnung über die durchgängige 5-Tage-Arbeitswoche und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit entstanden unter maßgeblicher Mitarbeit der Gewerkschaften.

### Recht der Gesetzesinitiative

In der neuen Verfassung der DDR wird den Gewerkschaften sogar ausdrücklich das Recht der Gesetzesinitiative übertragen. Auf solchen für die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen entscheidenden Gebieten wie der Sozialversicherung

und des Feriendienstes und auf dem Gebiet der Kontrolle des Arbeits- und Gesundheitsschutzes haben die Gewerkschaften direkt die Funktionen des Staates übernommen und sie leiten diese Einrichtungen und Organe selbständig und eigenverantwortlich.

### Umfassende Mitbestimmung

In der Verfassung, dem Gesetzbuch der Arbeit und in anderen Gesetzen der DDR sind alle erforderlichen Festlegungen enthalten, die die umfassende Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, bei der Einführung der neuen Technik, dem Arbeits- und Gesundheitsschutz, der Arbeitsnormung und Urlaubsgestaltung, der Qualifizierung, Berufs- und Weiterbildung, bis zur Klärung aller personellen und sozialen Belange sichern.

Diese Rechte nehmen die Gewerkschaften durch ihre gewählten Leitungen, durch ihre Vertreter in den gesellschaftlichen Räten bei den Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) und in den Produktionskomitees der volkseigenen Betriebe und die Arbeit der von ihnen geleiteten Ständigen Produktionsberatungen und die Tätig-

keit der gewerkschaftlichen Kommissionen wahr.

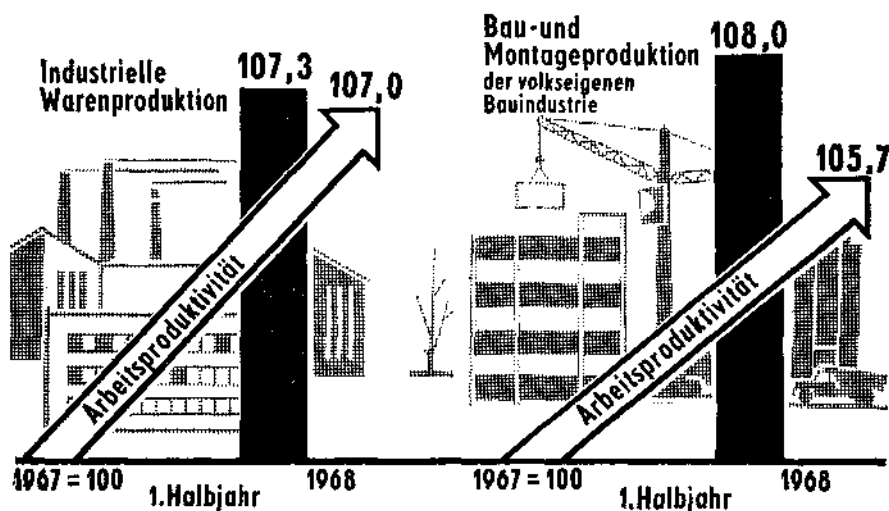
Allein in den Ständigen Produktionsberatungen sind 176 000 Gewerkschaftsmitglieder als gewählte Mitarbeiter tätig. Auf allen Ebenen der Leitung des Staates und der Wirtschaft, angefangen bei der Staatlichen Plankommission bis zum Meisterbereich im Betrieb, entstehen die Pläne unter aktiver Mitarbeit der Gewerkschaften und sie werden nur beim Vorliegen ihrer Zustimmung bestätigt und beschlossen.

### Gewerkschaften und Planung

Bei der Planung 1968 haben beispielsweise nur in der Metallindustrie rund 995 000 Werktätige, das sind etwa 80 Prozent der Beschäftigten dieses Bereiches, an 39 000 Gewerkschaftsversammlungen teilgenommen, in denen über die Planaufgaben beraten wurde. Allein in den Betrieben des Werkzeugmaschinenbaus unterbreiteten die Gewerkschaftsmitglieder 5850 Vorschläge zur Plandiskussion.

Gleiche Rechte haben die Gewerkschaften bei der Durchführung der Pläne. Sie leiten und organisieren durch den sozialistischen Wettbewerb,

## DDR-Wirtschaftserfolge im 1. Halbjahr 1968



die Gemeinschaftsarbeit und Neuererbewegung die ständige Mitarbeit der Millionen Werktätigen an der Planerfüllung. An der von den Gewerkschaften geleiteten Bewegung unter der Losung „Sozialistisch arbeiten, lernen, leben!“ beteiligten sich beispielsweise gegenwärtig 83 000 Produktionskollektive mit 1,8 Millionen Mitgliedern, und 200 000 Werktätige arbeiten in 32 000 Arbeits- und Forschungsgemeinschaften aktiv an der Lösung wissenschaftlich-technischer Aufgaben.

### Rechte bei der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen

Große Rechte besitzen die Gewerkschaften hinsichtlich der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Zusammenhang mit der Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Gewerkschaften nehmen diese Rechte wahr, indem zwischen den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften bzw. Gewerkschaften und den für den jeweiligen Wirtschaftszweig zuständigen Ministerien Tarifverträge bzw. Rahmenkollektivverträge abgeschlossen werden. Hierin werden die Maßnahmen zur Planerfüllung und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaftsmitglieder vertraglich vereinbart.

Lohnformen können zum Beispiel nur unter Zustimmung der zuständigen Gewerkschaftsleitungen in Kraft gesetzt werden.

Arbeitszeit und Urlaubspläne müssen mit der Betriebsgewerkschaftsleitung vereinbart werden.

### Der Arbeitsschutz

Die mehr als 30 000 haupt- und ehrenamtlichen Arbeitsschutzfunktionäre des FDGB haben alle Möglichkeiten, um zu sichern, daß bei der Herstellung neuer Maschinen und Anlagen, bei der Rationalisierung der Betriebe die besten arbeitshygienischen und sicherheitstechnischen sowie arbeitserleichternden Bedingungen geschaffen werden.

Die Arbeitsschutzfunktionäre haben das Recht, die Arbeitsstätten, Betriebseinrichtungen und Anlagen hinsichtlich des Arbeitsschutzes zu überprüfen

und vom Betriebsleiter alle notwendigen Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufserkrankungen wie zur Beseitigung von Mängeln zu verlangen. Die grundlegenden politischen und sozialen Rechte der Gewerkschaften in der DDR versetzen sie in die Lage, nicht nur heute die Interessen der Werktätigen allseitig zu vertreten, sondern diese Aufgabe auch im Prozeß der Herausbildung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen von morgen voll wahrzunehmen.

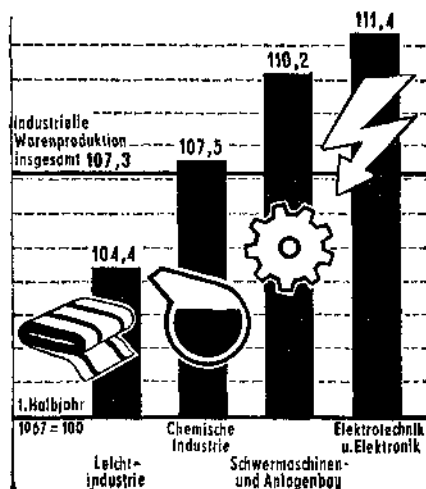
Hans Müller/Karl Reißig

### Wirtschaftswunder DDR

Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Mit 32 Fotoseiten, 16 graf.

### Industrielle Warenproduktion

Steigerung im 1. Halbjahr 1968  
zum 1. Halbjahr 1967 in Prozent



Darstellungen, 25 Tabellen und 4 geograph. Karten. Ganzleinen 9,50 Mark.

Diese Arbeit soll einen Gesamtüberblick über den historischen Verlauf und die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der SED geben und insbesondere die Kontinuität dieses Bestand-

teils der Strategie und Taktik der Partei herausarbeiten. Die Arbeit ist die erste zusammenfassende Darstellung auf diesem Gebiet. Ihr Hauptanliegen ist es, zu zeigen, wie und unter welchen Bedingungen es in der DDR gelungen ist, das wahre deutsche Wirtschaftswunder zu schaffen. Die Autoren versuchen, die Wirtschaftspolitik komplex darzustellen. Die Zusammenhänge zwischen der ökonomischen Politik und der Sozialpolitik, der Bündnispolitik, der Politik auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technik und dem Bildungswesen werden an wichtigen historischen Einschnitten hergestellt.

Breiten Raum nehmen die Fragen der Entwicklung des sozialistischen Menschen ein: Die Autoren zeichnen die Entwicklung der Staatsbürger der DDR nach, von den Aktivisten der ersten Stunde bis zu den heutigen selbstbewußten Bürgern, die mit einem hohen politischen Bewußtsein und großem fachlichen Wissen an der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen

Systems des Sozialismus teilnehmen. Es wird nachgewiesen, daß die heutigen Ergebnisse der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung in der DDR nur durch die führende Rolle der Partei und die organisierende Tätigkeit der sozialistischen Staatsmacht auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet möglich waren.

Das Buch soll dazu beitragen, den Stolz auf die Errungenschaften der DDR und die Schöpferkraft des Volkes zur Weiterentwicklung unseres modernen Industriestaates mit seiner intensiven Landwirtschaft zu fördern und zu einer geschichtsbildenden und produktiv wirksamen Kraft zu machen.

Es ist das Anliegen der Autoren, vor allem der jungen Generation zu zeigen, wie groß die Schwierigkeiten und Hindernisse waren, die es zu überwinden galt. Durch die geschichtswissenschaftliche Würdigung der Leistungen der Arbeiterklasse beim Aufbau der neuen Gesellschaft soll ein Beitrag zu einer stärkeren klassenbewußten Erziehung geleistet werden.

## DAS NEUE BUCH

### Zur Auseinandersetzung mit dem staatsmonopolistischen Herrschaftssystem

(Neue Bücher im Dietz Verlag Berlin)

#### Manipulation

Die staatsmonopolistische Bewußtseinsindustrie. Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Heyden. Mit 16 Seiten Abbildungen. Broschiert 8,80 M.

Je größer der Einfluß des Sozialismus in der Welt wird, desto stärker wächst das Bedürfnis der Monopole, neue, raffiniertere und wirksamere Mittel der Klassenherrschaft und der Leitung der Gesellschaft zu ersinnen und anzuwenden. Ihr Macht- und Lenkungsapparat wächst; der Massenverführung aber gilt ihre besondere Aufmerksamkeit. Zur „neuen Technik des Regierens“ der herrschenden Kreise in Westdeutschland gehört neben dem Arsenal der Notstands-

gesetze ein umfassendes und weit verzweigtes System der Massenbeeinflussung, das eine möglichst lückenlose Kontrolle und Beherrschung des politischen, geistigen und persönlichen Lebens des Bundesbürgers sichern soll. Dieses schwer durchschaubare, sorgsam getarnte und deshalb auch nicht einfach begreifbare System der Manipulation wird im vorliegenden Buch am Beispiel der westdeutschen Praxis dargestellt. Ausführlich werden Struktur und Mechanismus der Manipulation analysiert: Öffentlichkeitsforschung und Öffentlichkeitsarbeit, Meinungsforschung, Psychologie, Humanrelations, Public relations, Staatsapparat, Parteiapparat der Parteien,

Funktion der Massenmedien und der Trivalkultur, Sprache der Manipulation usw. Dabei werden jeweils die Gegenwirkungen und Grenzen sowie die Alternative zur imperialistischen Bewußtseinsmanipulierung gezeigt.

Dieter Ullé

## Technik und Kultur im Imperialismus

Kritik der bürgerlichen Kulturphilosophie Westdeutschlands. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Ganzleinen 8,80 Mark.

Mit dieser Arbeit liegt die erste marxistische Gesamtanalyse der bürgerlichen Kulturphilosophie und Kultursoziologie vor. Die Krisentheorien der bürgerlichen Kulturkritik werden an Hand der Lehren von Spengler, Weber, Sorokin, de Man, Freyer u. a. behandelt. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die neuen Entwicklungstendenzen der westdeutschen Kultursoziologie in den letzten Jahren. Es wird gezeigt, daß die pessimistischen Untergangsprognosen der früheren Kulturkritiker, die die Technik als Feind der Kultur betrachteten, nicht mehr Grundlage für eine den Interessen der herrschenden Monopolisten gemäße Kulturpolitik sein können. Deshalb gewannen Theorien mit einer positiven Einstellung zur Technik sehr an Einfluß. Mit ihrer Hilfe wird versucht, Perspektivbewußtsein zu erwecken, praktische kulturpolitische Aufgaben zu lösen und die Alleinherrschaft der Monopole auf kulturpolitischem Gebiet zu verschleiern.

## Die westdeutschen Gewerkschaften und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945—1966

Herausgeber: Dr. Albert Behrendt, Prof. Dr. Rolf Sieber, Dr. Erwin Swilius, Dr. Johanna Töpfer. Ganzleinen 15,80 Mark.

Hiermit wird erstmalig eine umfangreiche Arbeit über die Stellung der westdeutschen Gewerkschaften im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, über ihre Entwicklung seit 1945, ihre weltanschaulichen und ideologischen Positionen, ihre Stellung zum westdeutschen Staat und zu sei-



Das geschieht nicht mehr ungestraft!

ner reaktionären Innen- und Außenpolitik vorgelegt. Es werden Untersuchungen darüber angestellt, unter welchen politischen Voraussetzungen gewerkschaftliche Forderungen, wie die nach Mitbestimmung, nach demokratischer Planung, nach Überführung der Schlüsselindustrie und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum sowie die Wirtschaftsunternehmen des DGB für eine Einschränkung der Allmacht der Monopole wirksam werden können und der gewerkschaftliche Kampf auf Lohn- und tarifpolitischem Gebiet, für eine Sozialpolitik im Interesse der Arbeiterklasse, ein fortschrittliches Arbeitsrecht, die Rechte der Frau und der Jugend sowie für ein fortschrittliches Bildungssystem erfolgreich sein kann. Material über die Organisation, die internationalen Beziehungen, die Presse, die Schulen und andere Institutionen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, Kurzbiographien führender Persönlichkeiten sowie eine umfangreiche Zeittafel und ein Anhang wichtiger Dokumente des DGB erhöhen den Informationswert der Arbeit.

